

5. Sitzung

Mittwoch, 16. März 2016

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 4. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
 - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung (Nr. 235 der Beilagen)
 - 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Bediensteten-Schutzgesetz geändert wird (Nr. 236 der Beilagen)
 - 3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Patientinnen- und Patientenentschädigungs-Gesetz geändert wird (Nr. 237 der Beilagen)
 - 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird (Nr. 238 der Beilagen)
 - 3.2 Anträge
 - 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, HR Dr. Schöchl und Ing. Sampl betreffend die Änderung der EU-Richtlinie RL 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (Nr. 263 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
 - 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Mag. Schmidlechner, Riezler-Kainzner und Mag. Mete BA MA betreffend Unterstützung der Salzburger Schulen für eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen (Nr. 264 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
 - 3.2.3 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend baurechtliche Vorsorge gegen widmungswidrige Nutzung von Bauten (Nr. 265 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
 - 3.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landes-Beamtengesetzes 1987 (Nr. 266 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

- 3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg (Nr. 267 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)
- 3.2.6 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Ing. Sampl und Neuhofer betreffend eine Änderung der Recycling-Baustoffverordnung (Nr. 268 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 3.2.7 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI und Fürhapter betreffend eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verwendung von Laserpointern (Nr. 269 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)
- 3.2.8 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Scharfetter und Neuhofer betreffend ein Verbot der Patentierung von Pflanzen, Saatgut und Tieren (Nr. 270 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Mag. Mayer und Mag. Scharfetter betreffend die Befreiung von Steuerabgaben für Grundstückstransaktionen von gemeinnützigen landeseigenen Immobiliengesellschaften (Nr. 271 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc betreffend „Politische Bildung“ (Nr. 272 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend Alkohol in Lebensmitteln (Nr. 273 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)
- 3.2.12 Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth betreffend die Aberkennung des Rings des Landes Salzburg sowie des Goldenen Verdienstzeichens des Landes Salzburg für Eduard Paul Tratz (Nr. 274 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Scheinast, DIⁱⁿ Lindner, Fuchs, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Hofbauer, Mag.^a Sieberth und Klubobmann Schwaighofer betreffend TTIP - Aktualisierung des Landtagsbeschlusses vom 4. Juni 2014 (Nr. 275 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Verrechnung von Photovoltaik-Strom (Nr. 276 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.15 Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Scheinast betreffend die Wiedereinführung des Berufs des Fahrradmechanikers/der Fahrradmechanikerin (Nr. 277 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend eine mehrsprachige Informationseite für Spielsucht-Beratungsangebote (Nr. 278 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 3.2.17 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend Suizidprävention für Kinder und Jugendliche im Bundesland Salzburg (Nr. 279 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

- 3.2.18 Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth und Hofbauer betreffend eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes
(Nr. 280 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 3.2.19 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Zulassung von Glyphosat
(Nr. 281 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.20 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung des Salzburger Pflanzenschutzmittelgesetzes 2014
(Nr. 282 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 3.2.21 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Senkung der Erdgaspreise für Kunden der Salzburg AG
(Nr. 283 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 3.2.22 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Deutschpflicht in den Salzburger Schulen
(Nr. 284 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 3.2.23 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Überprüfung der historischen Rolle der Person Rene Marcic und der Aktualität des nach Marcic benannten, vom Land Salzburg ausgelobten, Journalistenpreises
(Nr. 285 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung betreffend Wohnbauförderung
(Nr. 129-ANF der Beilagen)
- 3.3.2 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Dienstfahrzeuge der Obersten Organe
(Nr. 130-ANF der Beilagen)
- 3.3.3 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Mindestsicherung
(Nr. 131-ANF der Beilagen)
- 3.3.4 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend die geplante Golfanlage in St. Koloman
(Nr. 132-ANF der Beilagen)
- 3.3.5 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Haftungen des Landes Salzburg
(Nr. 133-ANF der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Unterstützung von Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz im Rahmen ihrer Hilfe für Fremde
(Nr. 134-ANF der Beilagen)

- 3.3.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den Arbeitsmarkt in Salzburg (Nr. 135-ANF der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Schließung von Postfilialen (Nr. 136-ANF der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend den Vormarsch von Leihärzten (Nr. 137-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Auszahlung der Mindestsicherung (Nr. 138-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Fernwärme- und Gasanschlüsse im Bundesland Salzburg (Nr. 139-ANF der Beilagen)
- 3.3.12 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Ergebnisse der Frauenpolitik (Nr. 140-ANF der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend „Wohnen auf Zeit“ (Nr. 141-ANF der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Gehaltssystem Neu (Nr. 142-ANF der Beilagen)
- 3.3.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Anbringung von Zusatztafeln unter Ortstafeln (Nr. 143-ANF der Beilagen)
- 3.3.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 29. Februar 2016 (Nr. 144-ANF der Beilagen)
- 3.3.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Wohnobjekte für Asylwerber und Asylsuchende (Nr. 145-ANF der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern in Sportstätten (Nr. 146-ANF der Beilagen)

- 3.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Interne Revision des Landes
(Nr. 147-ANF der Beilagen)
- 3.3.20 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Versorgung von Dialyse-PatientInnen im Bundesland Salzburg
(Nr. 148-ANF der Beilagen)
- 3.3.21 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Österreichische Demenzstrategie 2015
(Nr. 149-ANF der Beilagen)
- 3.3.22 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Kündigung von Mietverträgen im Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße
(Nr. 150-ANF der Beilagen)
- 3.3.23 Anfrage der Abg. Schneinast und Fuchs an Landesrat Mayr betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand
(Nr. 151-ANF der Beilagen)
- 3.3.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Sonderverträge zur Unterbringung von Flüchtlingen
(Nr. 152-ANF der Beilagen)
- 3.3.25 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Erdöl
(Nr. 153-ANF der Beilagen)
- 3.3.26 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Schlachthöfe in Salzburg
(Nr. 154-ANF der Beilagen)
- 3.3.27 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Pflegeeltern
(Nr. 155-ANF der Beilagen)
- 3.3.28 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Österreichische Demenzstrategie 2015
(Nr. 156-ANF der Beilagen)
- 3.3.29 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend die Anwesenheit der Abgeordneten des Salzburger Landtages in der aktuellen Legislaturperiode
(Nr. 157-ANF der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
4. Aktuelle Stunde
"Sicherheit am Prüfstand - Wie geht es mit dem Bundesheer weiter?" (ÖVP)

5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend flächendeckende LKW-Maut
 - 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Steiner BA MA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Flüchtlingsaussprache beim Bundespräsidenten
 - 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchl an Landesrat Mayr betreffend die Sicherheit von einspurigen Bahnstrecken in Salzburg
 - 5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Schulbesuch minderjähriger Flüchtlinge
 - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020
 - 5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Kontrollen an der Grenze zu Deutschland
 - 5.7 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend interne Erlässe zur Mindestsicherung
 - 5.8 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landesrat Mayr betreffend flächendeckende LKW-Maut
 - 5.9 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Mete BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend gemeinnützige Arbeit von Asylwerber und Asylwerberinnen
- ~~6. Dringliche Anfragen~~
7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
 - 7.1 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Bericht der Landesregierung über den Stand der Raumordnung im Land Salzburg (7. Salzburger Raumordnungsbericht 2011 - 2014)
(Nr. 239 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
 - 7.2 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die familienhafte Mitarbeit in Familienbetrieben
(Nr. 240 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
 - 7.3 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend notärztliche Versorgung in peripheren Regionen im Bundesland Salzburg
(Nr. 241 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
 - 7.4 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Anhebung des Anteiles an biologischen und regionalen Lebensmitteln in Landesküchen
(Nr. 242 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

- 7.5 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung des Salzburger Mindestsicherungsgesetzes (Nr. 243 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
- 7.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Vermeidung von Binnen-I und geschlechtertrennendem / im dienstlichen und amtlichen Sprachgebrauch (Nr. 244 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 7.7 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Mag. Mayer, Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die Ablehnung von Maßnahmen zur Abschaffung des Bargeldes in Österreich (Nr. 245 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.8 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Nachbesetzung des oder der Gleichbehandlungsbeauftragten (Nr. 246 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 7.9 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Scheinast und Hofbauer betreffend eine Erhebung der touristischen Wertschöpfung im Land Salzburg (Nr. 247 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 7.10 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung einer 80 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung ausschließlich für Lastkraftfahrzeuge auf der Westautobahn zwischen Salzburg Nord und dem Knoten Salzburg (Nr. 248 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)
- 7.11 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser betreffend den verpflichtenden Einbau von Freisprechanlagen in mehrspurige KFZ bei Neuzulassung ab 1. Jänner 2018 (Nr. 249 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.12 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl betreffend Leistungen für beeinträchtigte Menschen in Österreich (Nr. 250 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
- 7.13 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Verbot von zuckerhaltigen Getränken an Salzburger Schulen (Nr. 251 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 7.14 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Scheinast und Fuchs betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches der Richtlinien im Wohnbau (Nr. 252 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

- 7.15 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Erhöhung des Schonvermögens
(Nr. 253 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.16 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Neuevaluierung des Bundesheer-Strukturpakets 2018 im Bundesland Salzburg
(Nr. 254 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Steiner-Wieser)
- 7.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc, Klubobmann Schwaighofer, Essl, Klubobmann Naderer und Konrad MBA zur Umsetzung von Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Vorbereitung neuer Mittel der Teilhabe, Mitbestimmung und direkten Demokratie für Salzburgs Bürgerinnen und Bürger betreffend die Einführung des Instruments Bürgerinnen- und Bürgerrat nach Vorarlberger Vorbild
(Nr. 255 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.18 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen
(Nr. 256 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Jöbstl)
- 7.19 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer; Follow-up-Überprüfung; System der Lebensmittelsicherheit in Salzburg; Follow-up-Überprüfung; Verleih von Sammlungsgut durch Landesmuseen in der Residenzgalerie Salzburg GmbH und den Museen der Stadt Wien; Follow-up-Überprüfung
(Nr. 257 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 7.20 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen und Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H.
(Nr. 258 der Beilagen Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.21 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2014; Internationales;
(Nr. 259 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.22 Bericht des Petitionsausschusses zur Petition betreffend „Gegen Wettbüros - jedes weniger ein Gewinn“ (Nr. 260 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Mete BA MA)
- 7.23 Bericht des Petitionsausschusses zur Petition betreffend „Nein“ zum illegalen Straßenstrich in Schallmoos (Nr. 261 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Jöbstl)
- 7.24 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung
(Nr. 286 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

- 7.25 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, HR Dr. Schöchli und Ing. Sampl betreffend die Änderung der EU-Richtlinie RL 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen
(Nr. 287 der Beilagen - Berichterstatte^rin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
- 7.26 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Mag. Schmidlechner, Riezler-Kainzner und Mag. Mete BA MA betreffend Unterstützung der Salzburger Schulen für eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen
(Nr. 288 der Beilagen - Berichterstatte^rin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 7.27 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend baurechtliche Vorsorge gegen widmungswidrige Nutzung von Bauten
(Nr. 289 der Beilagen - Berichterstatte^r: Abg. Steiner BA MA)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 62-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend geförderte Wohnungen für Fremde
(Nr. 62-BEA der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 78-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrat Mayr, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA, Landesrat DI Dr. Schwaiger und Landesrat Dr. Schellhorn, betreffend die Vergabe von Freikarten durch das Land
(Nr. 78-BEA der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 102-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend VWAK/SMBS
(Nr. 102-BEA der Beilagen)
- 8.4 Anfrage der Abg. Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 103-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat Mayr - betreffend die Harmonisierung der Bautechnikvorschriften
(Nr. 103-BEA der Beilagen)
- 8.5 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 105-ANF der Beilagen) betreffend Druck für Sozialvereine
(Nr. 105-BEA der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Obermoser, Ing. Sampl und Ing. Schnitzhofer an die Landesregierung (Nr. 106-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Versicherung von freiwilligen Helfern
(Nr. 106-BEA der Beilagen)

- 8.7 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung (Nr. 110-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Ehrenzeichen des Landes Salzburg (Nr. 110-BEA der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Rothenwänder, Steiner BA MA, Essl und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 111-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend die Meldung von Natura-2000-Gebieten an die EU-Kommission (Nr. 111-BEA der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 113-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Jänner 2016 (Nr. 113-BEA der Beilagen)
- 8.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 114-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Dezember 2015 (Nr. 114-BEA der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 116-ANF der Beilagen) betreffend den Modellstandort bzw. die Modellregion für die „Gemeinsame Schule der zehn bis 14-Jährigen“ (Nr. 116-BEA der Beilagen)
- 8.12 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchel und Mag. Scharfetter an Landesrat Mayr (Nr. 122-ANF der Beilagen) betreffend die Sanierung des Gigerach-Tunnels (Nr. 122-BEA der Beilagen)
- 8.13 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 125-ANF der Beilagen) betreffend Suspendierungen und Erledigung der Suspendierungen (Nr. 125-BEA der Beilagen)
- 8.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 126-ANF der Beilagen) betreffend das tatsächliche Pensionsantrittsalter von Beamten und Vertragsbediensteten des Landes Salzburg in den Jahren 2011 bis 2015 (Nr. 126-BEA der Beilagen)
- 8.15 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 133-ANF der Beilagen) betreffend Haftungen des Landes Salzburg (Nr. 133-BEA der Beilagen)
- 8.16 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 108-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Eltern-/Familienberatung (Nr. 108-BEA der Beilagen)

- 8.17 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 109-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Ausschreibung der Gebäudereinigung in der Landesclinik und psychischen Reha St. Veit (Nr. 109-BEA der Beilagen)
- 8.18 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchler und Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 117-ANF der Beilagen) betreffend die Liberalisierung der Müllentsorgung (Nr. 117-BEA der Beilagen)
- 8.19 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 120-ANF der Beilagen) betreffend Hygiene- und Reinigungsstandards in den SALK (Nr. 120-BEA der Beilagen)
- 8.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 121-ANF der Beilagen) betreffend die mögliche Einführung von Ambulanzgebühren (Nr. 121-BEA der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Konrad und Fürhapter an Landesrat Mayr (Nr. 123-ANF der Beilagen) betreffend den Salzburger Fairness-Katalog (Nr. 123-BEA der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 128-ANF der Beilagen) betreffend eine mögliche Subventionierung von Asylbefürwortungsaktionen (Nr. 128-BEA der Beilagen)
9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2014 betreffend ein Gesamtkonzept für die Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen (Nr. 262 der Beilagen)

.....

(Beginn der Sitzung: 09:11 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Einen schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Einen schönen guten Morgen an die Zuhörer hier im Saal und auch via Livestream, da wir unsere Landtagssitzungen ja immer übertragen.

Ich eröffne hiermit die 5. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode. Ich rufe auf Top 1 - Entschuldigungen von der Haussitzung. Es hat sich vorab Kollege Wiedermann gemeldet. Bitte Kollege Wiedermann!

Abg. Wiedermann: Danke Frau Vorsitzende. Ich beantrage die Vorreihung der Beilage Nr. 248 zur Abstimmung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gemäß § 29 Abs. 5 der Geschäftsordnung beantragst Du nach der Eröffnung der Sitzung die Umstellung der Tagesordnung und möchtest was konkret? Welchen Punkt oder welches Top möchtest Du wann diskutiert haben?

Abg. Wiedermann: Top 7.10!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Top 7.10. Wohin?

Abg. Wiedermann: Zu Punkt 3 der heutigen Tagesordnung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Top 7.10 vor dem Einlauf. Top 7.10 nach Top zwei zu behandeln, vor dem Einlauf Top 7.10 zu debattieren. Das ist der Antrag, der geschäftsmäßig von jedem Mitglied des Landtages gestellt werden kann, nämlich eine Umreihung der Tagesordnung und über diese Umreihung der Tagesordnung stimmen wir jetzt ab, und zwar geschäftsordnungsgemäß ohne Debatte.

Wer für die Umreihung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! ÖVP, Grüne und Otto Konrad und Fürhapter gegen SPÖ, FPÖ sowie Steiner-Wieser und Helmut Naderer für die Umstellung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung! Bitte!

Abg. Wiedermann: Frau Präsidentin!

Ich beantrage die Absetzung des Tagesordnungspunktes.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es wird die Absetzung von TOP 7.10 beantragt. Dieser Antrag ist dann bei der Debatte zum Punkt 7.10 einzubringen. Geschäftsordnungsmäßig geht das jetzt nicht.

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin, zur Geschäftsordnung!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wir haben nach § 29 (5) der Tagesordnung beantragt, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Das ist abgelehnt worden. Wir beantragen jetzt ebenso, weil es um die Tagesordnung geht, nach § 29 (6) die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Das ist sehr wohl, nachdem es um die Tagesordnung geht, jetzt in der Geschäftsordnung vorgesehen. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: § 29 Abs. 6 besagt, dass auf Antrag eines Mitgliedes der Landtag mit einer Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen Stimmen beschließen kann, dass ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird oder ein anderer auf die Tagesordnung genommen wird. Eine Debatte dazu ist allerdings nicht vorgesehen. Der § 29 Abs. 6 sagt genau das - ich unterbreche jetzt kurz die Sitzung, um das zu klären.

(Unterbrechung der Sitzung von 09:18 bis 09:19 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Ich setze nach der kurzen Unterbrechung unsere Sitzung fort und nachdem wir den Paragraph der Tagesordnung 29 Abs. 6 auch diskutiert haben, nachdem in allen anderen Absätzen, wo gewollt war, dass keine Debatte stattfindet, das auch ausdrücklich dazugeschrieben wurde, nämlich in Absatz 5 und auch in Absatz 4, interpretiere ich und ziehe ich den Schluss, dass unsere Geschäftsordnung so auszulegen ist, dass eine Debatte zulässig ist. Daher Fritz Wiedermann, Du hast das Wort.

Abg. Wiedermann: Danke. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren der Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie man schon am Beginn der Sitzung gesehen hat, Tempo 80, IGL-80 bewegt nicht nur die Gemüter der Autofahrer, sondern auch die Gemüter der Politik. Ich frage mich wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen, was steckt jetzt hinter dieser ganzen Geheimniskrämerei? Wir haben diskutiert darüber im Ausschuss am 24., gibt es Zahlen, Aufzeichnungen bei der Polizei ja oder nein? Wurde vorerst mehr oder weniger nicht so bestätigt, letztlich aber vom obersten Verkehrspolizisten doch eingeräumt, aber mit der Einschränkung, diese Zahlen seien nicht aussagekräftig, weil die Beamten der Autobahnaußenstelle Anif eben die Autobahnpolizei diese Daten zumindest zum Teil nicht richtig übertrage. Fest steht aber auch, dass es hier Aussagen von Experten gibt, die dezidiert feststellen, dass sich die Unfallhäufigkeit, insbesondere jene Unfälle, die aufgrund des IGL 80 in Zusammenhang mit dem Spurwechsel stehen, dass sich diese Zahlen dramatisch und drastisch erhöht haben, ja sogar mehr als das Doppelte überschreiten sollen.

Im Zuge dieser Diskussion habe ich beantragt, dass uns der Herr Landespolizeidirektor die Unfalldaten zukommen lässt, was letzte Woche am Mittwoch auch geschehen ist und elektronisch an die Landesverkehrsbehörde, an den Landesrat Mayr übermittelt wurde. Es war dem Herrn Landesrat offensichtlich bis heute nicht möglich, dem Landtag diese Daten zur Verfügung zu stellen. Ich muss mich jetzt wirklich fragen, Herr Landesrat, was wollen Sie mit dieser Taktik? Was haben Sie vor? Ist es bewusst so, und es hat den Augenschein, dass diese Daten vor der heutigen Sitzung zurückgehalten werden, um den Landtag bei der Abstimmung in eine Richtung zu beeinflussen.

Ich bin überzeugt davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihr alle diese Daten kennen würdet, die letztlich hier herauskommen und herauskommen werden, und ich glaube hier dem unbestrittenen Unfallsachverständigen Dipl. Ing. Kronreif und nicht irgendwelchen, möglicherweise politisch motivierten Aussagen oder anderen Dingen, die hier das Gegenteil behaupten.

Es wäre ein leichtes gewesen, Herr Landesrat, wenn wir rechtzeitig diese Daten zur Verfügung gehabt hätten. Man hätte sich viel an Debatten, viel an Diskussionen erspart und es geht vor allem um eines, es geht um die Sicherheit auf der Autobahn, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, aber auch, und diesen Vorwurf muss ich Ihnen machen, Herr Landesrat, Sie hätten bereits im November letzten Jahres, als dankenswerterweise der ORF Salzburg mit Peter Obermüller diese Diskussion ins Rollen gebracht hat, was letztlich auch der Grund unseres Antrages war, Sie hätten sich, wenn Sie Ihre Verantwortung wahrnehmen, Sie hätten sich bereits damals dieser Sache annehmen müssen, nicht nur können, sondern müssen, dann stünden wir heute nicht hier zu dieser Diskussion. Ich werfe Ihnen vor, dass man damit möglicherweise die Sicherheit von zahlreichen Menschen gefährdet hat, möglicherweise durch das Nichtagieren viele Menschen zu Schaden gekommen sind, viele Verkehrsunfälle vielleicht verhindert werden hätten können, wenn man hier rechtzeitig reagiert hätte.

Ich frage mich wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen, und vor allem sehr verehrte Damen und Herren der Regierung, Herr Landeshauptmann, Sie haben bei Ihrer Festspielsprache gesagt „Fürchtet Euch nicht“ und ich frage mich jetzt zu Recht, liebe Damen und Herren der Regierung, vor was fürchtet sich die Regierung? ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Der war gut, Fritz!)

... Vor welchen Zahlen fürchtet Ihr Euch? Warum gebt Ihr die Zahlen nicht heraus? Habt Ihr etwas zu verstecken? Habt Ihr etwas zu verheimlichen? Das ist es letztlich. Was hier geschieht und diese Vorgangsweise, Herr Landesrat, ist nichts anderes als eine klare Missachtung des Salzburger Landtages. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster hat sich Landesrat Mayr gemeldet. Bitte!

Landesrat Mayr: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Besucherinnen! Liebe Besucher! Hohes Haus!

Ich trage in diesem Land als Verkehrsreferent politisch Verantwortung für die Sicherheit auf Salzburgs Straßen, und die ist mir auch sehr wichtig. Das habe ich auch schon mehrfach bewiesen. Wenn es Stellen gibt, wo es wirklich eine Unfallhäufigkeit gibt, dann ist an diesen Stellen immer sehr rasch und auch sehr effizient gehandelt worden.

Wovon diskutieren wir? Ein Sachverständiger hat sich bemüht gefühlt, ohne Auftrag eine Expertise zu erstellen, was in einem Teilsegment, nämlich im Segment Unfälle, welche

durch Spurenwechsel stattgefunden haben, dass sich die offenbar vermehrt haben. Das mag sein. Ich kann es momentan nicht beurteilen. Ich betone noch einmal. Dieser Sachverständige hat ohne Auftrag gehandelt, ist nun mit seinen Expertisen nicht dorthin gegangen, wo es vielleicht hingehört hätte, wenn es etwas zu ändern gibt, nämlich zur Polizei, nämlich zum zuständigen Ressort oder zur zuständigen Abteilung im Land Salzburg, nein, er ist in die Medien gegangen. Was dann gemacht worden ist, das war doch eine Medienkampagne der Sonderklasse, dass ein Thema, wo man heute noch nicht einschätzen kann, medial einmal hochstilisiert worden ist.

Ich stehe dafür gerade, in diese Debatte eine Sachlichkeit hineinzubringen. Aus dem Grund haben wir die Daten von der Polizei angefordert. Ich habe am vergangenen Mittwoch, etwa um 18:00 Uhr, die Rohdaten bekommen. Das sind 900 Einzelsätze, wo einfach nach Datum gereiht alle Unfälle vom Jahr 2005 bis zum Jahr 2015 aufgelistet waren mit verschiedenen Kürzeln, wie der Unfall entstanden ist, welche Fahrbahnverhältnisse das waren und vieles andere mehr. Ich habe daraufhin sofort am nächsten Tag den Auftrag erteilt an die Landesstatistik und an die Rechtsabteilung der Polizei in der Abteilung 6, diese Daten so auszuwerten, dass man sich ein klares Bild machen kann. Ein Bild, das besagt, ob im Beobachtungszeitraum, also jenem Zeitraum, wo der 80er dann verordnet worden ist, es zu einer Häufung der Unfälle gekommen ist, ob es Veränderungen gegeben hat in der Schwere der Unfälle, ob es zu mehr Personenschäden gekommen ist, also diese ganz wesentlichen Daten.

Ich habe diese ausgewerteten Daten bis jetzt nicht bekommen. Laut aktueller Auskunft von der Landesstatistik werden sie heute am späteren Vormittag mir übermittelt werden und ich werde heute Nachmittag allen Parteien im Landtag den Ursprungssatz der Polizei in völlig unveränderter Form, wie auch die Auswertung der Landesstatistik übermitteln und werde auch gemeinsam mit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Rössler die Öffentlichkeit und die Medien darüber informieren.

Es geht einfach jetzt darum, dass wir eine Sachlichkeit in dieser Debatte bekommen. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass es zu einer gefährlichen Häufung von Unfällen, wenn es zu einer Entwicklung der Unfälle kommen sollte, die in der Schwere zunehmen, die in den Personenschäden zunehmen, dann werden wir auch entsprechend handeln, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Allerdings muss aus dieser Medialdebatte, die wir jetzt haben, eine sachliche Debatte werden, wo man beurteilen kann, wie sich die Situation darstellt und dafür stehe ich gerade in meiner Funktion als Landesverkehrsreferent. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler)

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Die Regierung klatscht, das haben wir auch schon lange nicht mehr gehabt!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Frau Präsidentin! Hohe Regierung!

Es ist in einer Demokratie durchaus zulässig, dass man zu einem Thema verschiedene Meinungen vertritt. Das ist überhaupt keine Frage. Ich möchte zunächst einmal auf die Geschäftsordnung kommen. Die Geschäftsordnung, die Tagesordnung beschließt die Präsidialsitzung. Das ist so geschehen. Es ist aber im § 29 (6) vorgesehen, dass man die Tagesordnung ändert, indem man einen Tagesordnungspunkt absetzt. Das muss ja auch einen Grund haben, also gibt es auch eine Begründung dafür und deswegen begründen wir das auch hier. Es ist nicht unbedingt vorgesehen, dass das Regierungsmitglied dazu spricht, aber wir sind nicht so kleinlich. Wir lassen jedes Regierungsmitglied zu Wort kommen, weil die Tagesordnung wie gesagt die Präsidiale beschließt oder der Landtag, die Landtagsabgeordneten dazu einen Antrag stellen.

Nun zur Begründung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Momentan gibt es ein bisschen Probleme mit den Statistiken und Zahlen. Mit 80, 100, mit 380 kV-Leitung, auch die Ziffern und Daten des Budgets, was ich so in den Medien gelesen habe, sind nicht so sicher, wie es dargestellt wird, aber eines ist nicht zulässig, Herr Landesrat, und Du hast es jetzt gerade begründet, dass der Landtag auf falschen Tatsachen möglicherweise hier eine Entscheidung fällt, die nicht richtig ist. Du hast es selbst begründet. Du hast so viele Daten bekommen, dass jetzt die Regierung, die Beamten einmal es durchsehen müssen, damit der Landtag verantwortungsvoll Unterlagen bekommt, um hier Entscheidungen fällen zu können, die er später nicht bereut. Genau um das geht es. Um nichts anderes, als sachlich bitte hier zu verhindern, dass der Landtag heute über ein Thema eine Entscheidung fällt, die möglicherweise auf falschen Tatsachen und aus falschen Daten besteht. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Nichts anderes, meine sehr geehrten Damen und Herren, um nichts anderes geht es und deswegen verstehe ich auch die Aufgeregtheit nicht, außer man hat wirklich etwas zu verbergen, außer man will wirklich etwas durchdrücken, ohne dass die, die die Verantwortung tragen und ihre Stimme abgeben, vielleicht die Entscheidung auf falschen Tatsachen begründen müssen. Das ist nicht richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deswegen auch die Debatte zur Absetzung dieses Tagesordnungspunktes bis wir wirklich alle Unterlagen zur Verfügung haben, die uns hier eine Entscheidung ermöglichen, die korrekt ist und auch im Sinne unserer Bürger ist. Dankeschön. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster Herr Klubobmann Cyriak Schwaighofer. Bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht eine kleine Vorbemerkung. Es stellt sich mir schon ein bisschen die Frage, wie ist das jetzt, wenn wir jetzt eine Debatte führen, angetrieben von einem Abgeordneten, dass wir nach Möglichkeit das, was die Gesundheit unserer Bewohnerinnen und Bewohner be-

achtet, nach Möglichkeit aus der Welt schaffen, damit endlich alle wieder dort 100 fahren können, wo wir aus Gründen der Gesundheit jetzt etwas anderes verordnet haben. Wir haben einen Arzt in diesem Klub, der sich hier so stark macht, der uns stundenlang erläutert was alles wichtig ist in der Gesundheitspolitik. Letztendlich geht es ganz stark um ein Gesundheitsthema. Das war der Grund, warum wir zu einer solchen Lösung gekommen sind und ich finde es bemerkenswert, dass das jetzt völlig in den Hintergrund tritt, gerade bei Dir als Arzt finde ich es bemerkenswert, der Du so große Worte gerne schwingst im Ausschuss oder im Plenum zu diesem Thema. Aber das ist eine Nebenbemerkung und es mag auch solches zur Profilierung dienen. Manchen ist es ja egal, womit sie sich profilieren, man kann auch das dazu verwenden.

Ich würde gerne einen Vorschlag zur Vernunft machen, glaube ich zumindest, dass der das ist. Was wollen wir denn? Es ist ja für uns genauso nicht sinnvoll, wenn wir mit Daten arbeiten müssen, wo wir nicht genau wissen, wie komplett sind die jetzt, wie aussagekräftig sind sie, wie sind sie auch z. B. in einem Vergleich, der über die Jahre hinweg geht. Was sagt denn ein einziges Jahr bei 30 Mio. Fahrten oder wie viel das sind, was sagen da 15 oder 30 Auffahrunfälle, hat das irgendeine Aussagekraft? Wir sind genauso interessiert an möglichst guten Zahlen. Daher würde ich folgendes vorschlagen einfach in unser aller Sinn, wenn wir dann zu einer Entscheidung kommen wollen, zu der wir auch alle gut stehen können.

Es ergibt für uns nicht viel Sinn, jetzt den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, sondern wir würden ihn gerne am Nachmittag einfach aufrufen bei den Berichten und würden ihn dann zurückverweisen, den Beschluss über diesen Bericht zurückverweisen an den Ausschuss und dann dort, wenn entsprechende Daten und Auswertungen da sind, mit den Experten darüber reden und dann zu einem Beschluss kommen. Das heißt eine Vorgangsweise, wir nehmen das am Nachmittag auf die Tagesordnung ganz normal und dann einigen wir uns, und da habt ihr unsere Unterstützung, lieber Herr Wiedermann, ich hoffe, das könnte auch in Deinem Sinne sein, wenn es nicht um Profilierung geht, sondern um die Sache geht, dann könnte es in Eurem Sinn sein, und dann, wenn die Daten ausreichend vorhanden sind, sodass wir das Gefühl haben ok, das wird dann auch die Geschäftsführerrunde entscheiden, dann nehmen wir es wieder in eine Ausschussberatung auf, beraten mit den Experten und beschließen dann das.

Daher wäre der Vorschlag, das jetzt nicht abzusetzen, wir werden gegen eine Absetzung stimmen, aber wir werden Euch am Nachmittag gerne dabei unterstützen, dass wir das noch einmal zurückverweisen und dann, wenn die Daten da sind, wenn die Experten sagen oder das Regierungsmitglied sagt "ok das sind jetzt die Daten, mit denen kann man seriös arbeiten", dann tun wir das gerne und dann werden wir vielleicht auch zu einem gemeinsamen Beschluss kommen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, der Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Meisl.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Debatte um den 80er geht es aus unserer Sicht um zwei essentielle Fragen in inhaltlicher Natur. Zum einen ist die Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs gewährleistet? Also hat der 80er Einfluss auf die Verkehrssicherheit? Das ist, glaube ich, bei allen Verkehrsregelungen und Verkehrsmaßnahmen die oberste Priorität in der inhaltlichen Debatte, so kenne ich das in der Zwischenzeit von allen Verkehrsdebatten. Eine Maßnahme darf niemals die Sicherheit des Verkehrsteilnehmers gefährden und zum Zweiten: Ist diese Maßnahme dazu geeignet, dass es weniger Schadstoffe gibt, dass es gesundheitlich positive Auswirkungen auf die Anrainer hat und auf die Bevölkerung? Diese zwei Dinge muss man gegenüberstellen und dann eine Entscheidung treffen. Aus unserer Sicht gehört das noch einmal ordentlich debattiert in einer Ausschussdebatte und dann bitte mit allen Unterlagen.

Ich würde auch den Herrn Landesrat ersuchen, uns nicht nur die statistischen Daten, die jetzt aufbereitet worden sind, zur Verfügung zu stellen für diese Debatte, sondern auch die Rohdaten dazu, sodass alles am Tisch liegt und dass wir dann eine ordentliche Debatte führen können und dann werden wir zu einer Entscheidung kommen.

Ich möchte noch auf eines eingehen. Ich war ja letztens bei der Ausschussdebatte nicht Ausschussmitglied, aber als Zuhörer der Debatte muss ich sagen das war ein unwürdiges Schauspiel für den Salzburger Landtag, was da abgegangen ist in diesem Ausschuss. (Beifall des Abg. Steiner BA MA)

Inhaltlich war es eine Zumutung für uns Abgeordnete. In der Diktion war es eine Zumutung und ich halte auch nichts davon, dass Sachverständige, die hochqualifiziert sind, die eine andere Meinung haben, die in der Branche hoch anerkannt sind und gerichtlich beeidigt sind und viele, viele Gutachten machen, diskreditiert werden, lächerlich gemacht werden, nur weil sie eine andere Meinung vertreten. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, da sollten wir uns einmal selber beim Schöpferl nehmen, dass wir so etwas einfach nicht zur Kenntnis nehmen können, wenn so etwas auf der Ausschussbank unter den Experten stattfindet.

Ich darf noch eines anmerken für unsere Fraktion. Sollte sich herausstellen, dass wir mit falschen Informationen gefüttert worden sind, um zu dieser Entscheidung zu kommen, dann werden wir uns auch dafür verwenden, dass diese Damen und Herren, die uns falsche Informationen gegeben haben, auch zur Rechenschaft gezogen werden. Vielen Dank. (Beifall der SPÖ-, FPÖ-Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Naderer und der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Genau das ist es, lieber Cyriak, wenn Du mir als Arzt vorwirfst, dass ich die Gesundheit der Menschen nicht im Auge habe bei dieser Entscheidung, dann ist das genau das Richtige was der Kollege Meisl gesagt hat, es gibt auf der einen Seite die Befürchtung, dass wir gesundheitlichen Schaden nehmen, weil die Stoffe, die ausgeschieden werden und die Umwelt vergiftet wird, möglicherweise unseren Menschen schaden können, aber auch steht im Raum, dass durch den veränderten Verkehrsfluss mehr Verkehrsunfälle passieren. Und bei einem Verkehrsunfall, wie Du wissen solltest, kann auch jemand gesundheitlichen Schaden nehmen. Das gilt es abzuwägen, wie es der Kollege Meisl gesagt hat.

Aber eines kann es nicht sein und da frage ich mich, warum Du mit aller Gewalt jetzt eine Entscheidung durchdrücken willst, sicher, da brauche ich dann eine Debatte am Nachmittag, wenn der Landesrat uns selbst erklärt hat, dass die Daten noch nicht ausgewertet sind, dass man dazu noch Zeit braucht, dann wollen wir diese Daten, um eine dementsprechende Entscheidung treffen zu können, auf dem Tisch haben und dann werden wir weiter entscheiden.

Eines ist völlig richtig. Wir wurden in diesem Landtag schon mehrfach belogen. Das war bitte wirklich so im Finanzskandal, wo wir auf unsere Frage „Gibt es Fremdkredite?“ die Antwort bekommen haben von den Regierungsmitgliedern, von den Beamten: Nein, gibt es nicht, alles in Ordnung. Wir lassen uns sicher nicht anlügen. Wir wollen, und da gebe ich dem Kollegen Meisl auch Recht, so geht man mit Menschen nicht um, dass man sie diskreditiert.

Nichts anderes hast Du jetzt auch versucht. Den Kollegen Schnell als Arzt zu diskreditieren, der trifft da Entscheidungen, die gegen die Gesundheit der Menschen sind. Das mache ich eben nicht. Wir wollen die Unterlagen haben. Wir wollen klare Entscheidungsgrundlagen haben und dann werden wir entscheiden. Wenn ihr uns jetzt mit Mehrheit niederstimmt, ist das einfach das demokratische Recht für Euch, es stellt aber auch die demokratische Einstellung gewisser Politiker hier ins richtige Licht. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Kollege Schwaighofer!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Lieber Karl Schnell!

Ich versuche jetzt einmal aufzuklären. Genau, das was Du willst, genau das wollen wir machen, nämlich nicht den Punkt von der Tagesordnung ganz abzusetzen, sondern am Nachmittag ihn aufzurufen und gemeinsam, vermutlich einstimmig, festzustellen, dass wir diesen Punkt an den Ausschuss zurückverweisen und genau das machen, was Du und was der Roland Meisl jetzt gesagt haben, warten, bis wir ausreichendes gutes Datenmaterial haben und dann neuerlich darüber diskutieren in einer möglichst besseren Atmosphäre wie das letzte Mal und dann einen Beschluss fassen. Entschuldige, noch dreimal kann ich das nicht sagen. Genau das, was Du willst, soll passieren. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Das können wir jetzt machen!)

... Wir setzen ihn nicht ab, sondern am Nachmittag bei der Beratung verweisen wir ihn zurück an den Ausschuss, um dann entscheiden zu können, um dann flexibel entscheiden zu können, wann nehmen wir das auf die Ausschusstagesordnung. Darum geht es in erster Linie. So würde ich vorschlagen, dass wir abstimmen. Das ist genau das, was Du jetzt selber beantragt hast.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Kollege Wiedermann!

Abg. Wiedermann: Lieber Cyriak, ich versuche es noch einmal. Was der Herr Landesrat gemeint hat, dass wir heute im Laufe des Tages, des Vormittags, vielleicht gegen Mittag diese Unterlagen bekommen und dann sollen wir am Nachmittag darüber befinden. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Nein!)

... Wer von uns hat jetzt die Zeit, dass wir im Ausschuss dann darüber beraten passt das oder passt das nicht. Ich sage es ganz offen, Herr Landesrat, und ich nehme jetzt Ihre Worte, die Sie auch vor den Medien gebraucht haben. Diese Rohdaten der Polizei, die Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, mussten umgeschrieben werden, um sie verständlich zu machen. Ich vertraue jenen Daten, die ich selber ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Die ich selber interpretiert habe!)

... in Augenschein nehmen kann und vor allem, die ein Experte in Augenschein nehmen kann. Die Aussage, die Du vorhin getroffen hast, lieber Herr Landesrat, da kommt irgendein Experte daher, das ist genau das, was Karl Schnell gemeint hat. Im Vorfeld, ohne die Daten zu kennen ...

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf um Ruhe bitten!

Abg. Wiedermann (setzt fort): ... wird hier ein anerkannter Sachverständiger diskreditiert. Roland Meisl hat es schon richtig ausgeführt. Wir bleiben dabei. Wir wollen das, so wie im Antrag festgehalten und ich halte hier fest. Sollten wir überstimmt werden, wovon ich aufgrund der Wortmeldungen fast ausgehe oder ausgehen muss, dann werden wir diesen Antrag neuerlich einbringen bis alles am Tisch ist. Ich bitte um Abstimmung. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Wortmeldungen sind jetzt erschöpft wie ich sehe. Ich werde jetzt klar erläutern die weitere Vorgehensweise. Der Antrag steht, diesen Tagesordnungspunkt 7.10 abzusetzen. Für diesen Absetzungsantrag brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Wenn er diese Mehr-

heit findet, dann wird dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt und kann frühestens am 27. April bei der nächsten Haussitzung wieder auf die Tagesordnung kommen, und zwar unverändert. Das ist das eine.

Sollte er die Zweidrittelmehrheit nicht finden, bleibt Punkt 7.10 bestehen. Es wurde Debatte zu 7.10 angemeldet. Erst dann kann dieser Antrag eingebracht werden, wenn wir überhaupt noch 7.10 diskutieren, wenn er nicht von der Tagesordnung fällt und dann kann er zurückverwiesen werden. Das ist die Vorgehensweise.

Aus dem Nicken der FPS sehe ich, dass sie damit spekulieren, dass ihr eigener Antrag untergeht und sie nicht die Zweidrittelmehrheit bekommen, weil nur dann geht es weiter. Der Antrag wurde gestellt in der Hoffnung, dass er nicht angenommen wird, weil er sonst herunter wäre und erst am 27. April wieder drauf wäre.

Daher stimmen wir jetzt diesen Antrag ab. Wer mit der Absetzung dieses Top 7.10 gemäß § 29 Abs. 6 einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand und zur Absetzung brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. 5 FPS und Steiner-Wieser und Helmut Naderer, sind sieben. Wer gegen die Absetzung ist, den ersuche ich jetzt um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne und SPÖ sowie Fürhapter und Otto Konrad, 28. Damit ist dieser Antrag abgelehnt und wir haben am Nachmittag noch immer Top 7.10 zum Diskutieren und zur Debatte und zum Einbringen weiterer Anträge.

Damit setzen wir unsere Tagesordnung fort. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für die heutige Haussitzung entschuldigt sind Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl von 14:00 bis 15:15 Uhr und ab 16:30 Uhr und Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler ab 18:00 Uhr. Herr Abgeordneter Mag. Schmidlechner ist krankheitsbedingt ganztags entschuldigt.

Damit kommen wir zu

Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 4. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Dieses Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Einwände dagegen sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt. Wer mit der Genehmigung des Protokolls einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen? Keine. Damit ist das Protokoll einstimmig genehmigt.

Ich rufe auf

Punkt 3: Einlauf

Im Einlauf befinden sich vier Vorlagen der Landesregierung.

3.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung
(Nr. 235 der Beilagen)

3.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Bediensteten-Schutzgesetz geändert wird
(Nr. 236 der Beilagen)

3.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Patientinnen- und Patientenentschädigungs-Gesetz geändert wird
(Nr. 237 der Beilagen)

3.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird
(Nr. 238 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine. Damit sind diese Geschäftsstücke zugewiesen.

3.2 Anträge

Im Einlauf befinden sich drei dringliche Anträge und bevor der erste dringliche Antrag der ÖVP aufgerufen wird, ersuche ich die Zweite Präsidentin um Vorsitzübernahme.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Wir starten jetzt gleich mit dem ersten

3.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, HR Dr. Schöchler und Ing. Sampl betreffend die Änderung der EU-Richtlinie RL 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen
(Nr. 263 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Als Erste zu Wort hat sich die Frau Präsidentin gemeldet.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag betrifft einen Änderungsvorschlag einer Richtlinie aus dem Jahr 1991 betreffend die Kontrolle und den Erwerb und den Besitz von Waffen. Dieser Änderungsvorschlag ist im November 2015 von der Kommission vorgelegt worden. Er stand insgesamt unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge des Vorjahres und soll insbesondere sich gegen illegalen Waffenerwerb und Waffenhandel richten.

Grundsätzlich ist die Intention richtig und gut. Das muss man auch unterstützen. Es ist nur so, dass bei dieser Richtlinie, bei dieser Abänderung, glaube ich, über das Ziel hinausgeschossen wurde was mit Waffen jetzt in diesem Sinne die richtige Bezeichnung, glaube ich, ist. Es wurden Ausnahmetatbestände, die in der alten Richtlinie, in der ursprünglichen Richtlinie enthalten sind, nämlich dass Traditionsverbände, so wie wir sie kennen und haben, unsere Schützen in unserem Land, von der Anwendung der alten Richtlinie insgesamt ausgenommen waren. Das hatte gute Gründe.

Dieser Ausnahmetatbestand wurde nunmehr entfernt und daher wird die zukünftige Richtlinie auch für die Traditions- und Kulturverbände, für die Schützen auch gelten. Jetzt muss man sagen welchen Sinn könnte das denn haben? Welcher Schutzgedanke steht denn dahinter? Wenn wir wissen, dass gerade die Waffen unserer Traditionsverbände eigentlich zurückgebaut sind, eigentlich für den normalen Gebrauch einer Waffe nicht mehr verwendbar sind und ein absoluter Rückbau mit einem quasi Neubau gleichzusetzen wäre. Daher ist unsere Intention, nachdem gerade auch in unserem Bundesland wir ja 109 Schützenkompanien haben, 5.800 aktive Mitglieder bei diesen Kompanien haben und eine Jahrhunderte lange Tradition auch zu unserem kulturellen Erbe auch gehört. Daher ist unsere Intention, die wir anregen wollen und einbringen wollen, rechtzeitig noch bevor diese Richtlinie dann auch beschlossen wird, dass eine klare, unsere Vorstellung der Abänderung ein Entgegen-treten dieser unverhältnismäßigen Regelung auch klar darzulegen und unsere Wünsche zu deponieren.

Das ist auch unsere Aufgabe als Landtag im Rahmen der Gesetzgebungskompetenzen in der Europäischen Union, dass wir über den Bundesrat, aber auch direkt an das zuständige Ministerium uns wenden und nicht nur sagen das ist unverhältnismäßig, macht etwas anderes, sondern klar zu sagen wir möchten, dass der Ausnahmetatbestand, der ursprünglich im Art. 2 der Ursprungsrichtlinie enthalten war, weiter bestehen bleibt.

Es gibt noch weitere Beschränkungen oder Veränderungen, deren Sinnhaftigkeit zu hinterfragen ist, nämlich in der Auswirkung dieser Richtlinie. Es wird die Sportschützen und Jäger betreffen, die wieder mehr Verwaltungsaufwand und Registrierungsaufwand und Wiederho-

lungen mit sich bringen würde, wo der absolute Schutzcharakter oder ein mehr an Schutz nicht gesehen werden kann, sondern nur mehr Verwaltung.

Es ist die Dringlichkeit insofern gegeben, als dieser Vorschlag leider ohne Folgenabschätzungsprüfung debattiert wird, und zwar auch im Europäischen Parlament bereits debattiert wird im April und auch dann im Juni zur Abstimmung kommen soll. Das ist, warum er dringlich eingebracht wird und ich ersuche um Zustimmung der Dringlichkeit und Debatte im Ausschuss. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Naderer und der Abg. Fürhapter)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Vielen Dank. Als Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!

Fast monatlich, fast bei jeder Landtagssitzung sind wir mit irgendwelchen Entscheidungen der Europäischen Union konfrontiert, mit irgendwelchen Richtlinien, die in der Bevölkerung nur mehr Kopfschütteln hervorrufen. Kein Mensch versteht mehr eine derartige unnötige Bürokratie, ein derartiges übers Zielschießen dieser Europäischen Union.

Auf der einen Seite ist man nicht einmal fähig, die Grenzen zu schützen, zu kontrollieren. Wir haben im Gefängnis, gar nicht weit von uns hier, sogar IS-Verdächtige sitzen, die alle meistens dann auch noch gut bewaffnet sind, und auf der anderen Seite macht man Richtlinien, um unseren Traditionsvereinen eigentlich den Auftritt zu verunmöglichen.

Ich sage Euch ganz ehrlich eines, und das ist schon das X-Mal, dass ich warne davor. Wenn wir diese EU nicht endlich einmal in die Schranken weisen, dann wird irgendwann in dieser Bevölkerung der zivile Ungehorsam eintreten und all diese Beschränkungen, diese Richtlinien irgendwann einmal nicht mehr durchgeführt werden können. Ob das die Allergenverordnung war, ob das all diese Dinge waren, wo wir wirklich nur mehr uns vor den Kopf gestoßen fühlen und sagen was machen die dort oben. Um viel Geld, gut bezahlt machen sie uns das Leben nur schwer. Es ist gut, dass die ÖVP diesen Antrag stellt, denn letztendlich hoffe ich ja doch, dass die Österreichische Volkspartei noch irgendwo Verständnis für unsere Traditionen hat und dies verhindert.

Letztendlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man aber wirklich einmal sagen, es ist höchst an der Zeit, dass wir dieser Europäischen Union einmal klar machen, dass wir uns das auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen. Es ist immer so, jetzt wird weich argumentiert das müssen wir abschwächen oder ein bisschen evaluieren und ein bisschen runtertun, aber letztendlich geht es darum, dass diese EU in all den letzten Monaten in keinsten Weise irgendwo nur fähig war, hier das auszuüben, was sie eigentlich tun sollten, und das ist klar sichtbar. Wir schützen die Grenzen nicht, aber unseren Traditionsvereinen nehmen wir Karabiner weg, die gar nicht schießen können, die höchstens noch laut sind,

aber sonst schon gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das kann es einfach schön langsam nicht mehr sein.

Jetzt wünsche ich mir einmal, dass irgendwann auch einmal der Landtag hier klar und deutlich sagt so geht es nicht, dass wir das nicht hinnehmen, sonst wird es irgendwann einmal, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bevölkerung selbst machen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Kollege Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Präsidentin!

Gemäß § 32 (5) des Geschäftsordnungsgesetzes des Salzburger Landtages trete ich mein Rederecht der FPÖ-Abgeordneten Marlies Steiner-Wieser ab.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Vielen Dank. Dein Antrag ist angenommen und ich ersuche die Kollegin Steiner-Wieser zum Rednerpult.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Schön, dass die FPÖ hier auch wieder im Plenum voll da ist, dass die Geschäftsordnung so interpretiert wurde und vielen Dank für das demokratische Verständnis und dass mir heute diese Wortmeldung abgetreten wurde.

Wir debattieren heute über eine Richtlinie der EU, in der eine Verschärfung des Waffengesetzes angekündigt wird. Gestern hat der IMCO-Ausschuss, der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, getagt und zur gleichen Zeit als die Ausschusstagungen waren, sind Wahnsinnige mit Kalaschnikows herumgelaufen, haben Menschen gefährdet, verletzt, ein Mensch starb dabei sogar, und das gehört unterbunden. Nur diese Richtlinie - unsere Präsidentin hat es schon gesagt - schießt weit über das Ziel hinaus, weil diese Richtlinie, wenn sie hier in Österreich umgesetzt wird, trifft Sportschützen, trifft Prangerschützen, trifft Traditionsvereine, trifft Bürger, die legal Waffen zu Hause haben. Unsere Sicherheit gefährden nicht rechtschaffende Bürger mit legalen Waffen zu Hause, sondern unter anderem selbsternannte Korankrieger, die mit Kriegsmaterial oder Waffenmaterial, welches ohnehin hier in Österreich verboten ist, ihre Gräueltaten begehen.

Die Position der FPÖ zum Waffenrecht ist unverändert und selbstverständlich wird die FPÖ der Dringlichkeit dieses Antrages und dem Antrag selbst zustimmen, weil die durchgehende Bevormundung - Klubobmann Schnell hat es zuerst schon erwähnt - durch die Europäische Union dringt in alle Lebensbereiche ein. Gurkenkrümmungen, Brettljausen, Allergenverordnungen, Rauchverbote und nicht zuletzt, das haben wir auch schon debattiert, die Reisebürorichtlinie. Aber ich darf die Bedenken der ÖVP und ich darf Sie bitte, lieben Kollegen von der ÖVP, nicht außer Acht lassen, Ihre Bedenken müssen wirklich ehrlich und nachhaltig in Brüssel manifestiert werden. Nicht dass die ÖVP, EVP, wie sie in Europa

heißt, wie bei TTIP zustimmt, wie bei der Reisebürorichtlinie zustimmt und in den nationalen Parlamenten etwas anderes sagt.

Die ÖVP hat ja ein Gewicht in Europa, mit Othmar Karas sogar ein stellvertretendes Mitglied in diesem IMCO-Ausschuss, in diesem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Es gibt eine Salzburger ÖVP EU-Abgeordnete und die EVP ist die stärkste Fraktion im Parlament und Verordnungen und Richtlinien werden sehr schwer umgesetzt, wenn nicht die EVP mit dabei ist.

Es dürfen heimische Interessen in Brüssel nicht verraten werden. Wie gesagt, die FPÖ wird der Dringlichkeit und diesem Antrag zustimmen. Ich persönlich habe mit den freiheitlichen EU-Abgeordneten bereits Kontakt aufgenommen. Sie werden der Verschärfung dieser Richtlinie sicherlich nicht zustimmen. Bitte gehen auch Sie hinaus und reden Sie mit Ihren EU-Abgeordneten. Dankeschön. (Beifall des Klubobmannes Abg. Naderer)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herzlichen Dank. Bevor ich den Abgeordneten Hofbauer ans Rednerpult bitte, ersuche ich die Frau Präsidentin, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich dann auch diskutieren kann. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (hat den Vorsitz übernommen): Danke. Sehr geehrter Herr Kollege, Du bist am Wort.

Abg. Hofbauer: Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Thema Sicherheit zieht sich ja heute schon durch verschiedene Debatten und Tagesordnungspunkte. Es hat vorher bei Tempo 80 angefangen, da ging es um Sicherheit. Jetzt beim dringlichen Antrag und nachher bei der Aktuellen Stunde steht dieses Thema auch im Mittelpunkt.

Ich habe mich durch den Antrag in den letzten Tagen durchgewühlt durch die gegenständliche EU-Feuerwaffenrichtlinie, durch das österreichische Waffengesetz, durch die Verordnung der Bundesregierung betreffend Kriegsmaterial usw. Das klingt im ersten Blick vielleicht ein bisschen trocken, aber wenn man es sich näher anschaut, ist es hochspannend und es geht dabei im wahrsten Sinne des Wortes um toternte Dinge.

Grund, und die Frau Präsidentin hat es vorhin ausgeführt, für diese Novelle, der Feuerwaffenrichtlinie waren die Anschläge in Paris und Kopenhagen, wo Feuerwaffen verwendet worden sind und mit diesen sind über 120 Menschen getötet worden. Ziel dieser Richtlinie ist es daher, die Sicherheit für die Bevölkerung in der EU zu erhöhen, die Kontrolle über den ganzen Lebenszyklus von Waffen zu erhöhen und strenge Regulierungen zu schaffen. Das ist grundsätzlich sehr begrüßenswert.

Ich möchte jetzt auf die Antragspunkte ein bisschen näher eingehen. Punkt 1.1 ist tatsächlich richtig. Da geht man über das Ziel hinaus, weil das würde bedeuten, wenn das so kommt, dass alle Schützenvereinsmitglieder eine Waffenbesitzkarte lösen müssten, und das wäre erstens sehr viel Aufwand und zweitens würde das zu einer massiven Ausweitung der Menschen mit Waffenbesitzkarte führen und deswegen auch zu einem höheren Risiko führen. Da stimmen wir absolut zu, das ist nicht zielführend.

Der Punkt 1.2 ist schon ein bisschen schwieriger und da glaube ich müssen wir wirklich diskutieren, da geht es um die Schreckschuss-, Signal- und Salut- und akustische Waffen sowie um Waffennachbauten, die in die Kategorie C der meldepflichtigen Waffen überführt werden sollen. In der Richtlinie wird ausgeführt, dass das daher rührt, dass diese Waffen mitunter ein hohes Risiko haben, also Schreckschusswaffen und unscharfe Waffen in echte scharfe Feuerwaffen umgebaut zu werden. Solche Waffen wurden bei diesen Terroranschlägen verwendet. Das ist der Grund, warum dieser Punkt hier aufgeführt wurde und deswegen sollen wir den, glaube ich, im Detail diskutieren und uns genau anschauen.

Der Punkt 1.3, und auch da wäre ich vorsichtig und möchte ein paar Beispiele bringen. Hier geht es um halbautomatische Waffen und da haben wir tatsächlich ein Sicherheitsproblem. Hier wird es nämlich richtig spannend. Wenn wir uns anschauen im Bereich halbautomatische Waffen, da braucht es dringend Verschärfungen. Viele Terroranschläge wurden mit solchen halbautomatischen Waffen begangen, z. B. mit Kalaschnikows, die wurden vorher angesprochen, sind bei uns nicht erlaubt, oder Anders Behring Breivik in Norwegen damals 2011, der hat eine Ruger Mini 14 verwendet, die hat er legal erworben. Vergleichbare Waffen sind in Österreich auch legal mit jeder Waffenbesitzkarte erhältlich.

Ich habe hier ein paar Beispiele mitgebracht, um Ihnen das darzustellen, weil für die Opfer macht es ja keinen Unterschied, ob das jetzt eine Kalaschnikow oder eine andere legale halbautomatische Waffe ist. In Österreich sind die legal zu erwerben mit Waffenbesitzkarte. Hier z. B. Steyr Mannlicher, das Zivilmodell, das Sturmgewehr 77, auch legal erhältlich. Dieses Gewehr Oberland ARM OA15 kann man ganz legal erwerben. Oder dieses Modell: SG550, Zivilmodell des Standardmodells der Standardwaffe der Schweizer Armee, ist absolut legal zu erwerben. Mauser PPS usw.

Es gibt hier viele Beispiele. All diese Waffen können Sie in Österreich legal erwerben mit einer Waffenbesitzkarte. Hier wird argumentiert das wären Sportgeräte. Dasselbe mit Scharfschützengewehren. Können Sie legal erwerben bis zu 3.000 m Reichweite. Für diese Waffen gibt es nicht einmal einen Schießstand, einen privaten Schießstand, auf denen man so weit schießen kann. Ich denke hier ist der Weg von der Sportwaffe zur Terrorwaffe ein sehr kurzer und hier braucht es tatsächlich Verschärfungen.

Ich glaube, und das wäre mein Apell auch für den Nachmittag, wir müssen schauen, dass Kriegsmaterial kein Sportgerät ist, dass wir bei diesen Waffen tatsächlich dringend Verschärfungen brauchen, um die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen und um zu verhindern, dass derartige Waffen bei terroristischen Anschlägen, wie es leider schon passiert

ist, verwendet werden. Ich freue mich auf die spannende Debatte und wir stimmen natürlich der Dringlichkeit zu. Vielen Dank. (Beifall der Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Zweite Präsidentin. Bitte!

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Vieles ist bereits gesagt worden. Mit der Überarbeitung der europäischen Sicherheitsagenda versucht die EU Antworten zu finden, wie man der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit her werden kann. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zum Beispiel Grenzen kontrollieren!)

... Ein wesentlicher Bereich dabei spielt der illegale Waffensitz und der illegale Waffenhandel. Das ist der Hintergrund dieser Richtlinie. Also gehen wir jetzt nicht wieder auf EU-Pasching ein. Das habe ich jetzt auch schon ein paarmal gehört.

Hauptziel des Vorschlages ist es, Lücken in der europäischen Waffenrichtlinie zu schließen. Einiges hat der Kollege Hofbauer ja bereits genannt, auch die Präsidentin. Strengere Regeln für den Handel von deaktivierten Waffen z. B., welche derzeit als Altmetall in der EU gehandelt werden und nicht den Regeln für Handel mit Waffen unterliegen. Die Anschläge in Paris und auf den Thalyszug zwischen Amsterdam und Paris im August dieses Jahres wurden zum Teil mit diesen ausrangierten Waffen, die wieder aktiviert worden sind, verübt. Wenn sich wer halbwegs auskennt, geht das - unter Führungszeichen - „relativ leicht“. Außerdem sollen die Waffen besser gekennzeichnet werden und vieles mehr. Wir haben das gehört.

Ziel ist es nicht, und das möchte ich jetzt schon betonen, die Rechtslage für JägerInnen, SportschützerInnen und den legalen WaffenbesitzerInnen zu ändern. Was wir in diesem Richtlinienentwurf in der SPÖ nicht unterstützen werden, und da sind wir auch bei dem Punkt 1.1 voll dabei, dass man die Meldepflichtausnahme für traditionelle Vereine abschafft.

Was mich aber schon wundert, ist die Aussage der Präsidentin, und ich zitiere: Die Jäger muss man nicht alle fünf Jahre mit einer Genehmigungspflicht ihrer Waffen pflanzen. Zitat Ende. (Beifall Klubobmann Abg. Dr. Schnell)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, darf ich zu der Pflanzerei der Jäger etwas sagen. Ich bin eine geprüfte Jägerin und ich kann Dir sagen, dass in Österreich halbautomatische Waffen bei den Jägern keine Rolle spielen. Es gibt Jagdaufsichtsorgane, das sind einige wenige Berufsjäger, die haben einen Waffenschein, da spielt das eine Rolle, aber beim Großteil der Jägerinnen und Jäger spielen halbautomatische Waffen keine Rolle. Hier sprechen wir aber von Waffen in der Kategorie C und die sind bereits in Österreich meldepflichtig und abgesehen davon wird bei halbautomatischen Waffen ohnehin alle fünf Jahre eine Verlässlichkeitsprüfung durchgeführt. Was das alles beinhaltet, darüber können wir heute Nach-

mittag diskutieren. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand bei einer Befristung der Genehmigung wäre also überschaubar. Auch das können wir diskutieren.

Was mich bei diesem Antrag stört, ist, dass der Eindruck gemacht wird, dass schon wieder eine Überregulierung der EU durchgeführt wird und das stimmt nicht. Noch einmal. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Nein, überhaupt nicht!)

... Ziel dieser Richtlinie ist es, grenzüberschreitende Maßnahmen zu treffen, um Gewalttaten zu verhindern. Es geht nicht darum, unsere Vereine zu schikanieren. Daher wird es notwendig sein, diesen Antrag heute Nachmittag genauer zu diskutieren, einige Sachen zu hinterfragen, gewisse Dinge ins rechte Lot zu bringen und daher stimmen wir auch der Dringlichkeit dieses Antrages zu. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit sind die Wortmeldungen beendet. Wir kommen zur Abstimmung hinsichtlich der Dringlichkeit des Antrages. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der ÖVP einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Mag. Schmidlechner, Riezler-Kainzner und Mag. Mete BA MA betreffend Unterstützung der Salzburger Schulen für eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen
(Nr. 264 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordnete Riezler-Kainzner. Bitte, Du bist am Wort.

Abg. Riezler-Kainzner: Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zu uns geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen beste Bildung, denn nur so können sie ein Teil unserer Gesellschaft werden, nur so können sie Berufe erlernen und nur so können sie genügend Geld verdienen, um ihr Leben dann in Zukunft bewerkstelligen zu können. Das muss in der Schule geschehen, geht aber nur, wenn die Rahmenbedingungen passen für die Schülerinnen, also für alle anderen Schülerinnen, für die Lehrerinnen und natürlich auch für die Flüchtlingskinder.

Uns wird, wie schon im Antrag erwähnt, von vielen Problemen berichtet. Von überfüllten Klassen. Es gibt kaum Dolmetscher für die Kommunikation mit Eltern und Kindern. Es gibt

kaum Sozialarbeit für die Schnittstelle zur Lebensumwelt außerhalb der Schule. Es gibt viel zu wenig Schulpsychologinnen für traumatisierte Kinder. Das ist der Grund für die Dringlichkeit des Antrages.

Aus dem Bildungsministerium, das ja aus dem Topf für Integration Geld zugewiesen bekommen hat, und zwar 23,4 Mio., von viel zu wenig Geld im Topf insgesamt von 75 Mio., da werden Maßnahmen gesetzt. Damit sollen zusätzliche Planstellen finanziert werden, die das Land natürlich den Schulen zuweisen muss, aber auch Projekte sind möglich in den Bundesländern, wie z. B. mobile Teams zur Unterstützung der Schulen, zusätzliche Sprachförderung. Das Geld kommt aber nicht automatisch, es müssen Projekte eingereicht werden. Steiermark und Kärnten haben das schon getan. Leider hat der Herr Finanzminister die Gelder insgesamt noch nicht freigegeben, der Beschluss des Ministerrates ist am 25. Jänner gefallen, jetzt haben wir Mitte März. Deshalb auch meine Bitte an den Herrn Landeshauptmann vielleicht nachzufragen, dass das endlich passiert und natürlich was ganz, ganz dringend ist, auch für Salzburg Projekte anzumelden, damit unsere Schulen nicht durch die Finger schauen.

Sprachförderung ist natürlich das wichtigste. Das Land zahlt, soweit mir bekannt, bereits 23 zusätzliche Dienstposten für Sprachförderung. Mehr ist natürlich auf alle Fälle notwendig. Aber damit es auch umgesetzt werden kann, brauchen wir natürlich auch jetzt und erst recht in der Zukunft noch viel mehr Lehrerinnen mit der Ausbildung Deutsch als Fremdsprache, Deutsch als Zweitsprache.

Meine Frage dazu ist: Gibt es schon Gespräche mit der Pädagogischen Hochschule, mit der Uni, damit diese Ausbildungen angeboten werden? Warum wird das im Gesundheitsbereich schon benutzte Videodolmetschsystem nicht auch den Schulen zur Verfügung gestellt? Und natürlich ganz, ganz wichtig den betroffenen Schulen nicht nur in der Stadt, sondern das ist auch ein Thema auf dem Land, müssen mehr PädagogInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen zur Verfügung gestellt werden.

Wir befinden uns in einer Ausnahmesituation und wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann entsteht eben eine verlorene Generation mit allen negativen Begleiterscheinungen. Wer die SN gestern gelesen hat, weiß, dass Salzburg nicht hochverschuldet ist, also müsste das auch möglich sein, mehr Mittel einzusetzen. In diesem Sinne bitte ich um Zuerkennung der Dringlichkeit und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Daniela Gutschi. Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der SPÖ für diesen dringlichen Antrag, weil ich auch überzeugt davon bin, dass wir jetzt genau das tun müssen, was wir schon mit Beginn der Flüchtlingswelle immer auch gesagt und angekündigt haben, nämlich dass wir entsprechende Maßnahmen zur Integration setzten. Darum geht es jetzt ganz wesentlich und da geht es auch natürlich darum, gerade im schulischen Bereich Maßstäbe zu setzen und entsprechende Maßnahmen auch zu setzen. Da ist auch schon einiges passiert und da glaube ich sind wir im Land Salzburg nicht so schlecht unterwegs und gerade der für Bildung verantwortliche Landeshauptmann sagt auch immer, dass es ganz besonders wichtig ist, gerade hier nicht den Sparstift anzusetzen, sondern im Bereich der Integration und gerade im Bereich der Bildung entsprechend auch zu investieren.

Wie schaut die Situation in den Schulen aus? Es ist tatsächlich so, dass einige Schulen besonders betroffen sind. Gerade dort, wo ein besonders hoher Anteil an Schülern, Schülerinnen mit Migrationshintergrund ist, aber jetzt auch noch dazu kommen Kinder, die von Familien kommen, die Asylwerber sind oder auch asylberechtigt sind. Diese Sprachlosigkeit ist das größte Thema in den Schulen und gerade deshalb soll dieser Einsatz von Telefondolmetschern, wie es an der SALK ja bereits gibt, jetzt auch erprobt werden. Ab 1. April gibt es da eine Erprobungsphase und in verschiedenen Schulen ist gerade der Unterstützungswunsch gerade im Bereich des Dolmetsch ganz oben in der Prioritätenliste angesetzt worden. Daher auch diese erste Maßnahme.

Es hat auch bereits zuvor schon Maßnahmen gegeben, initiiert vom Salzburger Jugend-Rot-Kreuz. Im Pinzgau sind bereits 15 Dolmetscherstunden zur Verfügung gestellt. Also es passiert schon etwas. Es ist nicht so, dass noch nichts passiert, aber natürlich müssen wir da noch entsprechend dran bleiben.

Natürlich ist auch das Thema des Videodolmetsch eine Idee, die man zu verfolgen hat. Da gibt es ebenfalls bereits einen Pilotversuch, der von der Salzburger Landesinformatik koordiniert wird, und zwar in der Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau unter Einbeziehung des Sozialamtes und der Jugendwohlfahrt. Auch hier wird entsprechend geprüft, wie dieses Videodolmetschsystem in Einsatz gebracht werden kann, damit hier der Landeschulrat bei der Abwicklung schulrechtlicher Verfahren entsprechend auch unterstützt wird. Das sind sicher Maßnahmen, die notwendig sind, und wo es bereits erste Schritte gibt.

Man muss natürlich dazu sagen, dass die technische Ausrüstung für diese Dolmetschsysteme dann wieder beim Schulerhalter liegen. Da brauchen wir natürlich auch die Mitwirkung der Gemeinden, wenn es um die Schulerhaltung geht. So wie ich im Austausch mit den Gemeinden bin, wo asylwerbende schulpflichtige Kinder auch untergebracht sind, habe ich aber schon den Eindruck, dass da ein großes Bewusstsein da ist und dass man da auch entsprechend unterstützend dabei sein wird.

Gerade zum Thema Sprachförderung, und das ist ja auch lobend im Antrag der SPÖ erwähnt, gibt es zusätzliche Dienstposten, die bereits vom Land Salzburg eingerichtet wor-

den sind. Hier ist das Bildungsressort praktisch in Vorleistung gegangen dem Bund gegenüber. Es sind jetzt derzeit 75 Planstellen eingesetzt. Es gibt einen zweckgebundenen Zuschlag seitens des Bundes mit 45 Planstellen. Also hier hat das Land Salzburg schon entsprechend Geld in die Hand genommen, und das ist auch gut und richtig so. Aber ich glaube man muss auch immer wieder den Blick so zurechtrücken, dass tatsächlich schon sehr viele Dinge passieren.

Gerade was auch die Ausbildung der Lehrpersonen anbelangt, da stehen wir ebenfalls vor einer großen Herausforderung, weil natürlich sehr viele Pädagoginnen und Pädagogen auf diese Ausnahmesituation nicht in dem Ausmaß vorbereitet sind, wie sie vorbereitet sein sollten. Es gibt jetzt bereits zumindest eine Arbeitsgruppe zum Thema Bildungsabbrüche, dass man sich hier einmal koordiniert und zusammensetzt und dass Maßnahmen diskutiert werden, inwiefern auf der Pädagogischen Hochschule hier auch noch weitere Kurse initiiert werden. Das ist natürlich auch mit dem Bund wieder abzustimmen. Prinzipiell aber natürlich unterstützen und von unserer Seite werden sicher auch entsprechende Maßnahmen gesetzt, damit das in die Wege geleitet werden kann.

Also noch einmal von unserer Seite natürlich die Zuerkennung der Dringlichkeit. Hier müssen wir dranbleiben. Hier passiert schon sehr viel. Vielen Dank an die verantwortlichen Mitglieder in der Landesregierung und alle Beispiele oder Ideen, die wir noch aufgreifen können, sind herzlich willkommen. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Humer-Vogl. Bitte!

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Werte Präsidentin! Sehr geehrte Landesregierung! Geschätzte Landtagskolleginnen! Liebe Gäste hier im Saal und vor dem Bildschirm!

Die aktuellen Berichte zum Thema schulische Integration von Flüchtlingen lassen nichts Gutes vermuten. Von Mammutaufgabe für die Bildungspolitik ist die Rede, von enorm großen Herausforderungen. Die Berichte, ich gebe es zu, machen mich persönlich betroffen, war ich doch selbst einmal eines dieser Kinder, dass ohne jegliche Deutschkenntnisse eingeschult wurde und eigentlich habe ich meine Schulzeit trotzdem als eine unbeschwerte Zeit in Erinnerung. Ich habe mich damals nicht als Herausforderung für das Bildungssystem empfunden. Wahrscheinlich weil ich Glück hatte, ich war das einzige Kind, dass in meiner Schule nicht deutschsprachig war, ich bin an eine sehr erfahrene Volksschullehrerin geraten und die Kinder und Eltern in meiner Klasse waren sehr unaufgeregt bezüglich dessen, dass ich aus dem Ausland kam und kein Deutsch konnte.

Die Rahmenbedingungen in den Schulen sind heute natürlich andere. Es gibt bereits in vielen Klassen sehr viele SchülerInnen, deren Deutschkenntnisse auch nicht gut sind. Wenn die Kinder unterjährig in die Schule eintreten, dann kommt es zur Überschreitung der Klassenhöchstschülerzahl, das ist durch die Stichtagsregelung so. Die LehrerInnen bekommen oft zu wenig Unterstützung, das heißt zu wenig Sprachförderkurse, wenig Möglichkeit, mit den

Eltern zu kommunizieren. Kinder und Jugendliche sind sehr oft traumatisiert und wie meine VorrednerInnen schon gesagt haben, die LehrerInnen sind auf diese Herausforderungen oft ungenügend vorbereitet. Diese Situation ist für alle Beteiligten unzufriedenstellend, manchmal sogar unerträglich und es wird natürlich schwieriger je älter die Jugendlichen sind.

Man muss aber jetzt schon auch ganz klar sagen, es sind nicht die Flüchtlingskinder, die diese Situation ausgelöst haben. Wir haben zur Zeit 500 Flüchtlingskinder, bei 37.600 PflichtschülerInnen im Bundesland Salzburg sind das gerade einmal 1,3 %, das heißt ein bis zwei Kinder in einer Volksschule, eine Handvoll Kinder in einem Gymnasium oder einer neuen Mittelschule, sondern es sind die Schwachstellen unseres Bildungssystems, die schon längst behoben werden könnten. Da geht es z. B. um fehlende Ganztageschulen, um die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Es ist bekannt, dass das Erlernen einer Zweitsprache sieben bis acht Jahre beansprucht, um als Bildungssprache den Grundstein für Erfolge zu legen. Das heißt der Zug in Richtung Matura ist eventuell nicht mehr zu bestreiten, wenn wir zulange brauchen.

Noch eines erscheint mir beachtenswert. Diese Diskussion passiert vor dem Hintergrund der Angst. Es werden Ängste geschürt vor den Menschen, die zu uns kommen, vor ihren Werten und vor ihrer Kultur. Ich fürchte den Flüchtlingskindern wird bei weitem nicht so unbefangenen begegnet, wie mir einst begegnet wurde. Wir wissen ja Angst ist bekanntlich kein guter Lehrer.

Apropos Werte, das möchte ich auch sagen. Hier braucht es keine extra Vermittlung, wie der Antrag simuliert. Die Kinder lernen ganz automatisch im Umgang mit anderen Kindern und dazu braucht es in erster Linie viel gemeinsam verbrachte Zeit. 19 Unterrichtsstunden in der Volksschule sind da zu wenig, darum fordern wir auch die Ganztageschule.

Was wir also brauchen, sind Dolmetscher für die Schulen. Klar, es muss die Möglichkeit geben, ganz basale Informationen zu erfassen. War das Kind schon einmal in einer Schule? Welche biografischen Besonderheiten gibt es? Wie ist es um die Gesundheit des Schülers, der Schülerin bestellt? Wir brauchen Unterstützung ganz dringend für die Lehrpersonen in Form von Fortbildungen, extra KollegInnen, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und sonstige strukturelle Rahmenbedingungen, wie z. B. die Starterklassen, wo die Kinder intensiv Sprachunterricht bekommen und in Abwechslung aber mit inklusivem Unterricht. Hier passiert im Bundesland Salzburg schon sehr viel. Es gibt sehr viel Unterstützung für die Lehrer, ausreichend ist es natürlich nie.

Was wir auch brauchen, ganz wichtig, ist ausreichend Muttersprachenunterricht und wir müssen wegkommen von der Problemorientierung, von dieser Defizitorientierung. Nicht Deutsch zu sprechen, ist keine gefährliche Diagnose. Einsprachigkeit ist heilbar. So wird die Herausforderung und Integration zu einer Chance und letztendlich zu einem Gewinn für uns alle. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung! Ich trete mein Rederecht an die FPÖ-Abgeordnete Marlies Steiner-Wieser ab.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Das wird zur Kenntnis genommen und ich bitte Marlies Steiner-Wieser um Ihren Beitrag.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen!

Gerne stimme ich der Dringlichkeit dieses Antrages zu. Ob ich dem Antrag selbst zustimmen werde, kann ich noch nicht sagen, ich warte die Diskussion im Ausschuss darüber ab, momentan bezweifle ich das.

Die Forderung in dem Antrag belastet zuerst einmal den Steuerzahler. Es werden, ich hätte mir erwartet, dass da eine Kostenschätzung drinnen ist in diesem Antrag, weil es geht unter anderem wir haben sündhaft teure Videodolmetschsysteme angekauft, es sollten Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden, um dann letztendlich Asylwerberbetreuer, Pädagogen, Psychologen, traumatisierte Schüler miteinander zu vernetzen. Leidtragende, muss ich sagen, sind die österreichischen Schüler. Dieses Problem ist ja kein Neues, ist ja kein neues Problem. Wir sehen, dass bei dem Pisa-Test seit Jahren schlechte Werte da sind. Seit Jahren sind schlechte Werte da und ich kann mir die Frage nicht verkneifen, liebe SPÖ, Ihr ward's in der Landesregierung, was habt Ihr zu dem getan? Da war das Problem eklatant. Ihr habt eine Unterrichtsministerin. Was macht Ihr diesbezüglich in der Bundesregierung?

Die Flüchtlingskrise alleine ist sicherlich nicht das Dilemma. Das Problem besteht seit vielen Jahren. Ich glaube da sollte eine Lösung her, eine anderwertige Lösung, als die jetzt hier vorgeschlagen wird. Wie gesagt, ich freue mich auf eine Diskussion am Nachmittag im Ausschuss, stimme jetzt der Dringlichkeit zu, dem Antrag - weiß ich noch nicht. Danke.
(Beifall Klubobmann Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Daher kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer mit der Zuerkennung einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.3 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend baurechtliche Vorsorge gegen widmungswidrige Nutzung von Bauten
(Nr. 265 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für den Antragsteller wird Klubobmann Schnell die Dringlichkeit begründen.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen!

Wir haben in unseren Gemeinden, vor allem in den Tourismusgebieten ein sehr großes Problem, nämlich die Zunahme von Apartmenthotels und Zweitwohnungen. Wenn Sie sich vorstellen, dass alleine in meiner Heimatgemeinde es mehr Zweitwohnungen gibt als praktisch einheimisch dort Geborene, die dort wohnen.

Wenn hier ausländische Investoren Unterlagen einreichen, um hier bauen zu dürfen und aus den Unterlagen schon erkennbar ist, dass die Nutzungsart nicht eingehalten wird, weil jeder, der einen Plan lesen kann, sieht, dass also in jedem Zimmer, in jedem Apartment Küche und alles vorhanden sind, aber auf der einen Seite Infrastruktureinrichtungen wie Restaurant, Sitzplätze usw. nicht gegeben sind und trotzdem dem dann zustimmen müssen. Dann höre ich immer von den Kollegen in der Gemeinde, von ÖVP und SPÖ, ihr vom Land seid schuld, ihr bietet uns keinen Schutz. Wir können das leider nicht verhindern.

Tatsächlich ist es so, dass ich als Vizebürgermeister und Bauausschussvorsitzender auch in einem Fall die Hilfe des Landes erbeten habe. Das, was da herausgekommen ist, war erbärmlich, "da kann man einfach nichts machen", unterm Strich mit diesem Motto wird hier vorgegangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kann nicht sein, dass von Generationen betriebene familiäre Betriebe, die den Tourismus in unserem Land hochgehalten haben, die Qualität hier auch garantiert haben, dadurch in Zugzwang gebracht werden oder einfach nicht mehr am Leben bleiben können, weil die Konkurrenz erhöht wird, indem man Apartmenthotels baut, Hunderte Betten, hier Bettenburgen errichtet und praktisch die Hotels irgendwann dann nicht mehr mithalten können. Hier braucht man keine Mitarbeiter, die geschult sein müssen. Wenn Sie einmal einen Hotelier fragen, es sitzen einige auch unter der ÖVP hier, wie schwierig es ist, gute und vor allem heimische Mitarbeiter zu bekommen, kriegt man fast nicht mehr.

Wie hier, und das ist auch berichtet worden, in den Medien unsere Wirte und Gastronomen in der letzten Zeit durch einen unheimlichen Bürokratiewulst beschäftigt werden und gepflanzt werden und dann aber die Arbeit leisten sollen, dann kann man das schön langsam nicht mehr verstehen. Das ist etwas, wo wir höchsten Bedarf haben, endlich eine Regelung zu schaffen.

Wenn einfach erkennbar ist bei den Unterlagen, die der Baubehörde zugehen, dass es sich hier um Baulichkeiten handelt, die höchstwahrscheinlich ein Apartment darstellen oder Zweitwohnungen und dann als Zweitwohnung genutzt werden, dann bin ich der Meinung, dass die Gemeinde auch das Recht haben muss, hier eine Widmung als Zweitwohnungsgebiet zu verlangen, dann wäre das schon einmal verhinderbar, eine ganz einfache Regelung. Aber in dieser Richtung kommt vom Land, vom zuständigen Regierungsmitglied nichts. Ich kann mir nicht vorstellen, dass nicht auch die Bürgermeister, auch die Gemeindevertreter der anderen Fraktionen hier nicht schon längst vorstellig geworden sind bei der Regierung und beim zuständigen Regierungsmitglied, um endlich hier klare Handhabung zu haben, eine derartige Entwicklung zu verhindern.

Es geht sogar so weit, dass Bauunternehmer mit ausländischem Geld und Investoren bereits die Wohnungen zum Verkauf anbieten im Internet, bevor überhaupt ein Beschluss vorhanden ist, dass gebaut werden darf. Soweit geht das. Wenn es hier wirklich nur mehr um finanzielle Machenschaften geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber unser Tourismus und unsere familiären gewachsenen Betriebe hier wirklich in Gefahr gebracht werden und die Politik hier keine Antwort weiß, dann ist das eigentlich gelinde gesagt eine Schande. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Wir sind keine Juristen. Wir sind keine Fachleute, aber als Politiker, glaube ich, haben wir sehr wohl nicht nur das Recht, sondern die Pflicht auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und hier endlich die, die es in der Hand haben, dazu verpflichten müssen, endlich dagegen, gegen diese Entwicklung etwas zu tun. Danke schön. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Mayer. Bitte!

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf es kurz machen. Ich habe vier Punkte vorzubringen. In aller Kürze. Erstens: Wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen, weil zweitens, Herr Klubobmann, Du ein elementares und wesentliches Problem in unserer Raumordnung oder in unserem Grundverkehrsregime angesprochen hast. Wir haben in der letzten Sitzung des Hohen Hauses den Raumordnungsbericht zugewiesen bekommen und die Zahlen sind tatsächlich besorgniserregend. Wir haben im Land Salzburg 60.000 Wohneinheiten ohne Hauptwohnsitzmeldung, das ist natürlich zu differenzieren und hier haben wir – und da teile ich Deine Einschätzung zu 100 % - Handlungsbedarf und Du kannst Dir sicher sein, dass die 97 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die der ÖVP angehören, tagtäglich mit diesem Problem konfrontiert sind und auch an uns herantreten.

Dritter Punkt: Hier darf ich auf den Lösungsansatz der FPS eingehen. Ich bedanke mich erstens für den Input, nur habe ich, und ich habe mich hier auch mit Experten rückgesprochen, Zweifel an der rechtlichen Durchführbarkeit, weil in unserem Rechtssystem eine Gesetzesgrundlage auf Verdacht und auf hohe Wahrscheinlichkeit nicht standhalten wird. Ich

freue mich aber sehr auf die Diskussion im Ausschuss. Ich freue mich auf die Beurteilung der Experten und ich freue mich vor allem auf die Lösungsansätze, die wir diskutieren können.

Hier komme ich schon zu Punkt vier: Welche Überlegungen haben wir als Regierung, haben wir als Salzburger Volkspartei, weil tatsächlich die Gemeinden in dieser Frage ein wenig alleingelassen werden und das 2008 eingeführte Grundverkehrsregime leider nicht die gewünschten Effekte zeitigt. Man hat damals angenommen, dass es mit der Einführung des grauen Grundverkehrs eine abschreckende Wirkung hat, dass es zu Rückabwicklungen des Rechtsgeschäftes kommt bei Umgehung des Gesetzes. Nur müssen wir nach einer Phase der Evaluierung von vier Jahren feststellen, dass dieses Regime nicht die gewünschte Wirkung hat und wir sind sehr, sehr intensiv bemüht, genau diese Dinge zu evaluieren und neue Lösungsansätze zu finden.

Nur kurz ein Beispiel. Wir haben nach dem Regime des Grundverkehrs, wo vorher vollständig ein Raumordnungsverfahren abzuführen ist, bevor man erst in das Grundverkehrsverfahren eintritt, erst zwei Entscheidungen in der Stadt Salzburg gehabt und beide wurden aufgehoben vom Verwaltungsgerichtshof. Wir haben nicht einen einzigen Fall, der durchjudiziert worden ist und haben hier enormen Handlungsbedarf.

Wie sehen wir das? Erstens: Wir brauchen, und hier greift vor allem das Raumordnungsgesetz in das Grundverkehrsgesetz, wir brauchen eine administrierbare und durchführbare und vor allem für die Gemeinden administrierbare Handhabe gegen illegale Zweitwohnsitze. Wir brauchen vor allem eine Handhabe gegen die Schutzbehauptung des Leerstandes und da brauchen wir radikale Vereinfachungen. Wir können heute am Nachmittag unsere Konzepte, die auch mit dem Koalitionspartner sehr, sehr weit abgestimmt sind und wo auch sehr viele Vorschläge auch vom Koalitionspartner und vom Ressort kommen, vorstellen und freuen uns auf die Debatte. Das heißt Raumordnung und Grundverkehr und vor allem Instrumente, die nicht 22 Verfahrensschritte nach sich ziehen und ein Strafverfahren, sondern die einfach handhabbar sind.

Zweite Überlegung, ebenfalls im Antrag angesprochen, eine Kennzeichnungspflicht für Apartmenthotels. Würde ich glaube weiterhelfen - ich höre schon die Glocke, daher in aller Kürze. Drittens: Maßnahmen gegen die touristische Nutzung, und zwar gegen die überbordende touristische Nutzung, wie sie jetzt im § 31 des Raumordnungsgesetzes geregelt ist, wo bis zu fünf Wohneinheiten ohne Genehmigung eine touristische Nutzung möglich ist und über fünf Wohneinheiten die Genehmigungspflicht ist. Hier schlagen wir vor, genau diese Angelegenheit umzukehren, dass es eine Genehmigungsfähigkeit bis fünf Wohneinheiten gibt und dass es nicht mehr genehmigungsfähig ist, wenn es fünf Wohneinheiten überschreitet. Das wären genau die Punkte, wo wir die kleinen Fremdenverkehrszimmer weiterhin zulassen, aber die großen Umgehungsmöglichkeiten für den illegalen Zweitwohnsitz und vor allem für die illegale Zweitwohnnutzung in touristischen Bereichen dann verhindern.

Vielen Dank für die Initiative. Wir unterstützen Sie inhaltlich vollkommen, auch wenn wir ein bisschen einen anderen Weg dazu gehen wollen. Danke sehr. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten und des Klubobmannes Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Meisl.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzter Kollege Mayer!

Es freut mich, dass unsere Vorschläge, die vor über einem Jahr von uns präsentiert worden sind zur Abänderung des Grundverkehrs, das Raumordnungsgesetz und verbundene gesetzliche Bestimmungen, die Du jetzt vorgetragen hast, z. B. diese Nutzung mit fünf Einheiten oder auch diese Nichtadministrierbarkeit des Grundverkehrsgesetzes jetzt in der Regierung aufgegriffen worden sind. Wir sind Unterstützer dieser Maßnahmen und glauben auch, dass das der richtige Weg ist und der auch der durchsetzbare Weg ist, um diesen Grundverkehr und dieser Zweitwohnsitzproblematik Einhalt zu gebieten.

Danke auch der FPS für die Aufgreifung dieses Dauerbrenners. Es ist tatsächlich so, dass die Zweitwohnsitzproblematik nicht nur die touristischen Gemeinden betrifft, sondern vor allem auch die Zentralräume betrifft. Stadt Salzburg oder auch Bezirkszentralräume, wo immer mehr Zweitwohnsitze entstehen unter den abstrusesten Titeln und falschen Vorkehrungen und falschen Tatsachen. Ob dieser Weg, den die FPS vorgeschlagen hat, der richtige ist, werden wir mit den Experten diskutieren. Es ist ein Vorschlag, den man aufgreifen sollte, weil jede Maßnahme, die dazu dient, dass Zweitwohnsitze nicht entstehen in diesem Bundesland, gute Vorschläge sind.

Nur vielleicht ein Anstoß auch, welche absurden Dimensionen das mittlerweile angenommen hat, hauptsächlich diese Umwandlung von bestehenden Gebäuden in Apartmentgebäuden. Das Problem haben wir nicht, wenn neu gewidmet worden ist, da kann man das ja relativ gut handhaben in Form der Widmung und dem konkreten Projekt, dass man das verbindet und dann erst eine Genehmigung erteilt, aber was ist mit bestehenden Gebäuden. Dort stellt sich die Frage ganz anders, auch für die Gemeinden und für die Baubehörden und sie haben wenig Möglichkeiten, hier einzugreifen. Wenn ein Bauantrag den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, dann ist er zu genehmigen und der Bürgermeister als Baubehörde hat überhaupt keine Möglichkeit, hier einzugreifen, auch wenn er vielleicht schon weiß aufgrund der verschiedenen Projektstufen und dieses Projektes, dass es möglicherweise zu einer Zweitwohnsitznutzung kommt.

Man sieht auch, wie schnell sich diese Branche, und da geht es um sehr viel Geld, diese Zweitwohnsitzbranche entwickelt hat. Waren es noch vor Jahren Personen, die als Käufer aufgetreten sind, und man kann das sehr gut nachvollziehen, wenn man sich Grundbuchs-auszüge aus diesen einschlägigen Projekten einmal rausholt, waren es noch einzelne Personen, die da eingetragen worden sind, und da hat man das noch ein wenig nachverfolgen

können und zu diesen Personennachverfolgungen schicken können, sind es heute klassischerweise englische Limiteds, die dort eingetragen werden. Ihr alle kennt das Thema, das kann man im Internet relativ günstig kaufen, so eine Gesellschaftsform in England, dann wird die eingetragen in das Grundbuch als Käufer und dann gibt es keine Person mehr, die man verfolgen oder den man nachverfolgen kann und so ist das Problem des Grundverkehrs völlig ausgehebelt oder die Maßnahmen des Grundverkehrs völlig ausgehebelt.

Wir unterstützen die angesprochenen Maßnahmen und sind der Meinung, dass wir dringend vollziehbare Grundlagen benötigen, um dieser Zweitproblematik Einhalt zu gebieten und wir glauben auch, dass wir das nicht nur auf Gemeindeebene lassen können, sondern dass wir auch personelle, fachliche Unterstützung beim Land ansiedeln müssen, die die Gemeinden unter die Arme greifen, damit sie richtig, formal richtige Abläufe machen und so sich die Zweitwohnbesitzer nicht wieder aus ihrer Verantwortung stehlen können. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Scheinast. Bitte!

Abg. Scheinast: Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer drinnen und draußen!

Wir stimmen der Dringlichkeit zu, weil es tatsächlich ein Kernanliegen ist, widmungsgerechte Nutzung von Bauland herzustellen. Meine Vorredner haben schon darüber gesprochen, dass Grundverkehr, Raumordnung und Baupolizeigesetz drei Gesetzesmaterien sind, die in diesem Bereich natürlich möglichst optimal aufeinander abgestimmt sein sollten.

Was ist denn das Ziel einer widmungskonformen Nutzung? Erstens einmal leistbares Bauland für die Menschen, die bei uns wohnen, für die Salzburger, und das wird aktuell in die Höhe getrieben Ende nie. Zweitens der Schutz der Grünflächen, der Schutz des Naturraumes und der Schutz des Raumes insgesamt vor allzu exzessiver Besiedelung. Man kann ein Land nur einmal verkaufen und sobald man es verkauft hat, ist es weg.

Ich habe jetzt ein paar Prospekte mit, nur um kurz zu illustrieren, was eigentlich für gute Geschäfte gemacht werden unter diesen doch Lücken, die wir noch haben im gesamten Bereich der Zweitwohnsitze. Da ist die Rede von einem Projekt, wo Suiten zwischen 50 und 120 m² verkauft werden, wo Urlaubsfreude erlebt und gleichzeitig ein Anlageobjekt mit Toprendite verkauft wird. Der Kaufpreis ist € 400.000,-- aufwärts, es wird ein hochwertiges Einrichtungspaket versprochen. Es gibt einen Vermietungsservice für die Eigentümer, damit sie es nicht selber vermieten müssen. Die Renditeberechnung wird gleich beigelegt. Es wird ein Hotelservice angeboten und das Ganze ist in einer einzigartigen Toplage direkt an der Talstation der Reiterkogelbahn geplant. Da sind wir in Hinterglemm.

Das ist ein Projekt, das natürlich so gigantische Renditen hat, dass es klar ist, dass die Leute, die daran verdienen, immer wieder versuchen werden, Wege zu finden, um in den Lü-

cken, die wir noch nicht zu schließen geschafft haben, zwischen den verschiedenen übergreifenden Gesetzesmaterien ihre Geschäfte zu machen. Ich verstehe das schon. Wenn derartig viel Geld im Spiel ist, wenn so viel Rendite lockt, dann ist es ja eigentlich logisch. Da gibt es Preise. Z. B.: Wohnfläche 133 m² € 1,5 Mio. Wohnfläche 111 m² € 879.000,--, 76 m² € 629.000,--. Da ist enorm viel Geld im Spiel. Auch z. B. Thumersbach, sehr spannend, es gibt kein Zweitwohnsitzgebiet in Thumersbach, trotzdem wird da eine Bestlage, ein Chalet mit unverbaubarem Seeblick, 212 m² um € 2,14 Mio. angeboten. Das sind Preise, wo natürlich klar ist, dass man sich darum bemüht, dass man alle Gesetzeslücken, die übrig bleiben, ausnützt, um hier eine entsprechende Rendite zu erzielen.

Ich bin der Meinung, wir sind gut beraten, da zu schauen, dass dieses Geschäft mit dem Grund und Boden, der den Einheimischen mehr oder weniger für immer entzogen wird, dass wir diese Geschäfte so unterbinden, dass sie nicht mehr in dieser Art und Weise möglich sind. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer hier und an den Bildschirmen!

Ich unterstütze natürlich diesen Antrag vollinhaltlich, denn er hat die richtige Intention, gegen Zweitwohnsitze vorzugehen. Für mich wäre es allerdings noch weitreichender, würden wir uns mit dem Baurecht noch näher beschäftigen, mit dem Grundverkehr, mit der Raumordnung, mit dem Bautechnikgesetz und mit dem Baupolizeigesetz. Es sind unheimlich komplizierte Materien, die über die Jahre gewachsen sind. Da gibt es jetzt keinen Vorwurf an irgendjemanden, das ist halt so passiert, dass man im Prinzip einmal ein gutes, einfaches Gesetz gemacht hat und dann hat man immer wieder nachjustiert und wenn man gewisse Gesetzespassagen liest, ich glaube im 40er Paragraphen vom Raumordnungsgesetz befindet sich ein Satz mit 56 Wörtern. Irgendwo habe ich einmal gelesen, ein Universitätsprofessor steigt bei 25 Wörtern in einem Satz aus. Also nicht lesbar. So ist leider unser Gesetz.

Deswegen bin ich sehr froh, dass der Landeshauptmann Wilfried Haslauer diese Initiative gestartet hat zur Deregulierung der Gesetze und ich hoffe, dass bei diesen 200 Vorschlägen, die eingelangt sind, auch sehr viele da sind, die das Baurecht betreffen. In der jetzigen Form sind sie wie gesagt extrem kompliziert, oft nicht nachvollziehbar, nicht praktikabel und oft lebensfremd. Jedoch trotzdem das so kompliziert ist, gibt es Schlupflöcher, die eben diese Zweitwohnsitzproblematik zulassen und auch sonst ist es oft nicht exekutierbar.

Ich kenne das Beispiel aus Bergheim, wo man aus einem doppelten Geschäftshaus und Bürohaus ein Gebetshaus, ein muslimisches, gemacht hat. Der Türkische demokratische Verein hat das dort angemeldet, hat das gekauft, gekauft haben es eigentlich die Grauen Wölfe. Anstatt dass da jetzt Büromitarbeiter drinnen sitzen, dient das als Gebetshaus. Ist

an sich für mich kein Problem, nur das Umfeld, die Nachbarn leiden natürlich sehr darunter. Es kommen alle mit dem PKW, es ist die ganze Gegend in Radeck zugeparkt. Es gibt einen Großgriller dort, wo der Rauch dann, wenn entsprechend gegrillt wird, zu den Nachbarn geht, es ist eine extreme Lautstärke zu den muslimischen Festen, und die Gemeinde hat folgedessen ein Benützungsverbot, weil es ja nicht ungefährlich ist, wenn man ein Bürohaus für so viele Leute frei macht, erlassen und das kann aber nicht exekutiert werden. Der Bürgermeister kann zwar sagen ihr dürft das nicht benutzen als Gebetshaus, weil so viele Leute da sind, weil es zu gefährlich ist, aber es kann keiner exekutieren. Er steht total machtlos da. Da war ja auch letzte Woche im Fernsehen im ORF beim Volksanwalt eine Sendung damit und in dem Bereich müssen wir uns im Baurecht, in allgemeinen Gesetzen, die sich mit Bauen und Raumordnung beschäftigen, einfach viel mehr auseinandersetzen und einmal vereinfachen und dann auch wieder konkretisieren, entrümpeln und deregulieren.

Ich glaube dann können die Leute und die Bürgermeister und die Gemeindevertretungen viel besser mit diesen Instrumenten arbeiten und es gäbe weniger Wildwuchs und es gäbe wahrscheinlich schönere Gemeinden, wo die Bürgermeister mehr Einfluss hätten, dass nicht alles und jedes genehmigt werden muss. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten und der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte noch eine Wortmeldung für den FPÖ-Klub.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ich bedanke mich beim Hohen Landtag, dass dieser Antrag eine derartig hohe Zustimmung findet. Ich bin natürlich auch um jeden Vorschlag dankbar, der zum Ziel führt in dieser Richtung. Nur eines kann ich nicht verstehen. Wenn beweisbar, beweisbar diese Geldhaie - so ist es rausgekommen vom Kollegen der Grünen - diese Wohneinheiten anbieten zum Preis von 600.000, 1,2 Mio., wie es bei uns in Saalbach ist, und die Genehmigung aber noch nicht einmal vorliegt, also beweisbar, dass sie als Zweitwohnung verkauft werden, warum muss ich dann noch bitte das genehmigen und kann nicht darauf wirklich als Gemeinde drängen, dass es dann als Zweitwohnungsgebiet ausgewiesen wird, weil dann haben wir die Möglichkeit zu sagen, nein das wollen wir nicht.

Wenn wir die Unterstützung vom Land kriegen würden, dann hätten wir sofort eine Handhabe gegen diese Entwicklung. Das größte Hotel, das jetzt in Saalbach-Hinterglemm entstehen will, ist aus monetären Gründen, sind einfach finanzielle Schwierigkeiten da, die Finanzhaie sehen die Möglichkeiten, wird das größte Hotel, bieten das jetzt schon an und wir müssen zustimmen, obwohl auch im Plan erkennbar ist, dass es zwar gar kein Restaurant gibt und keine Küche, wo die Leute hier auch dementsprechend versorgt werden, sondern in jedem Zimmer und in jedem Apartment Wohnungen eingezeichnet sind.

Das heißt ich habe beweisbare Tatbestände, dass das eben kein Hotelbetrieb wird, sondern dass es Apartmenthotels werden bzw. als Zweitwohnungen auch verkauft werden und weil man natürlich auch weiß von der Gebarung, dass es gar nicht anders geht, weil der Investor das Geld braucht, wer soll es sonst bauen. Und dann sagt mir einer wir können das nicht

beweisen, wir müssen dem zustimmen. Das sind beweisbare Tatsachen. Dann frage ich mich, warum wir nicht die Unterstützung bekommen können, dass die Gemeinde sagt gut es ist ersichtlich das werden Zweitwohnungen, also muss es auch als Zweitwohnungsgebiet gewidmet werden. Wenn wir die Möglichkeit haben, können wir die größten Dinge, die jetzt anstehen, schon einmal abwenden. Für jeden anderen Vorschlag bin ich höchst dankbar und hoffe, dass wir da etwas herausbringen. Dankeschön. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit sind die Wortmeldungen alle erschöpft und ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit ist diesem Antrag die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 20 Anträge. Der ÖVP-Grüne-Antrag betreffend eine Änderung des Landesbeamtengesetzes und der grüne Antrag betreffend eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes enthalten einen Gesetzestext. Ich gehe davon aus, dass auf eine Verlesung verzichtet wird. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Damit sind die Anträge zugewiesen.

3.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landes-Beamtengesetzes 1987
(Nr. 266 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg
(Nr. 267 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)

3.2.6 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Ing. Sampl und Neuhofer betreffend eine Änderung der Recycling-Baustoffverordnung
(Nr. 268 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

3.2.7 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI und Fürhapter betreffend eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verwendung von Laserpointern
(Nr. 269 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)

3.2.8 Antrag der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Scharfetter und Neuhofer betreffend ein Verbot der Patentierung von Pflanzen, Saatgut und Tieren
(Nr. 270 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

3.2.9 Antrag der Abg. Mag. Mayer und Mag. Scharfetter betreffend die Befreiung von Steuerabgaben für Grundstückstransaktionen von gemeinnützigen landeseigenen Immobiliengesellschaften
(Nr. 271 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Mag. Schmidlechner und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc betreffend „Politische Bildung“

(Nr. 272 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

3.2.11 **Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend Alkohol in Lebensmitteln

(Nr. 273 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

3.2.12 **Antrag** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth betreffend die Aberkennung des Rings des Landes Salzburg sowie des Goldenen Verdienstzeichens des Landes Salzburg für Eduard Paul Tratz

(Nr. 274 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

3.2.13 **Antrag** der Abg. Scheinast, DIⁱⁿ Lindner, Fuchs, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Hofbauer, Mag.^a Sieberth und Klubobmann Schwaighofer betreffend TTIP – Aktualisierung des Landtagsbeschlusses vom 4. Juni 2014

(Nr. 275 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Scheinast)

3.2.14 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Verrechnung von Photovoltaik-Strom

(Nr. 276 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.15 **Antrag** der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Scheinast betreffend die Wiedereinführung des Berufs des Fahrradmechanikers/der Fahrradmechanikerin

(Nr. 277 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)

3.2.16 **Antrag** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend eine mehrsprachige Informationsseite für Spielsucht-Beratungsangebote

(Nr. 278 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend Suizidprävention für Kinder und Jugendliche im Bundesland Salzburg

(Nr. 279 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

3.2.18 **Antrag** der Abg. Mag.^a Sieberth und Hofbauer betreffend eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes

(Nr. 280 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

3.2.19 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Zulassung von Glyphosat

(Nr. 281 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.20 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung des Salzburger Pflanzenschutzmittelgesetzes 2014

(Nr. 282 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

3.2.21 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Senkung der Erdgaspreise für Kunden der Salzburg AG (Nr. 283 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

3.2.22 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Deutschpflicht in den Salzburger Schulen (Nr. 284 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

3.2.23 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Überprüfung der historischen Rolle der Person Rene Marcic und der Aktualität des nach Marcic benannten, vom Land Salzburg ausgelobten, Journalistenpreises (Nr. 285 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **29 schriftliche Anfragen** eingegangen.

3.3.1 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung betreffend Wohnbauförderung (Nr. 129-ANF der Beilagen)

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Dienstfahrzeuge der Obersten Organe (Nr. 130-ANF der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Mindestsicherung (Nr. 131-ANF der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend die geplante Golfanlage in St. Koloman (Nr. 132-ANF der Beilagen)

3.3.5 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Haftungen des Landes Salzburg (Nr. 133-ANF der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Unterstützung von Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz im Rahmen ihrer Hilfe für Fremde (Nr. 134-ANF der Beilagen)

- 3.3.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den Arbeitsmarkt in Salzburg
(Nr. 135-ANF der Beilagen)
- 3.3.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Schließung von Postfilialen
(Nr. 136-ANF der Beilagen)
- 3.3.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend den Vormarsch von Leihärzten
(Nr. 137-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Auszahlung der Mindestsicherung
(Nr. 138-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Fernwärme- und Gasanschlüsse im Bundesland Salzburg
(Nr. 139-ANF der Beilagen)
- 3.3.12 **Dringliche Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Ergebnisse der Frauenpolitik
(Nr. 140-ANF der Beilagen)
- 3.3.13 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend „Wohnen auf Zeit“
(Nr. 141-ANF der Beilagen)
- 3.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Gehaltssystem Neu
(Nr. 142-ANF der Beilagen)
- 3.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Anbringung von Zusatztafeln unter Ortstafeln
(Nr. 143-ANF der Beilagen)
- 3.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 29. Februar 2016
(Nr. 144-ANF der Beilagen)

3.3.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Wohnobjekte für Asylwerber und Asylsuchende

(Nr. 145-ANF der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern in Sportstätten

(Nr. 146-ANF der Beilagen)

3.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Interne Revision des Landes

(Nr. 147-ANF der Beilagen)

3.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Versorgung von Dialyse-PatientInnen im Bundesland Salzburg

(Nr. 148-ANF der Beilagen)

3.3.21 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Österreichische Demenzstrategie 2015

(Nr. 149-ANF der Beilagen)

3.3.22 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Kündigung von Mietverträgen im Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße

(Nr. 150-ANF der Beilagen)

3.3.23 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand

(Nr. 151-ANF der Beilagen)

3.3.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Sonderverträge zur Unterbringung von Flüchtlingen

(Nr. 152-ANF der Beilagen)

3.3.25 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Erdöl

(Nr. 153-ANF der Beilagen)

3.3.26 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Schlachthöfe in Salzburg

(Nr. 154-ANF der Beilagen)

3.3.27 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Pflegeeltern
(Nr. 155-ANF der Beilagen)

3.3.28 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Österreichische Demenzstrategie 2015
(Nr. 156-ANF der Beilagen)

3.3.29 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf betreffend die Anwesenheit der Abgeordneten des Salzburger Landtages in der aktuellen Legislaturperiode
(Nr. 157-ANF der Beilagen)

Damit ist der Einlauf erledigt und ich rufe auf

Punkt 4: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der ÖVP „Sicherheit am Prüfstand - Wie geht es mit dem Bundesheer weiter?“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner der ÖVP Landeshauptmann Dr. Haslauer zu Wort kommt. Dann wird in der Reihenfolge SPÖ - Grüne - FPÖ und Team Stronach mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - Grüne - FPÖ und Team Stronach aufgerufen. Ich ersuche wie immer um Zeitdisziplin. Ich werde nach vier Minuten einläuten und nach fünf Minuten die Redezeit beenden. Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden wieder auf die jeweilige Landtagspartei angerechnet.

Ich erteile ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung!)

... Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Werte Frau Präsidentin!

Ich möchte mitteilen, dass meine erste Wortmeldung die Marlies Steiner-Wieser übernehmen wird und die zweite werde ich selber wahrnehmen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Es wird zur Kenntnis genommen. Danke. Nach dem Redner der ÖVP kommt der Herr Landeshauptmann zu Wort. Herr Abgeordneter Sampl!

Abg. Ing. Sampl: Hohes Haus! Herr Landeshauptmann gemeinsam mit allen Regierungsgliedern! Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Besucherinnen und Besucher!

In Österreich herrscht Grundwehrdienst. Die Wehrdienstverpflichtung seit 1955, mit Ende der Besatzungszeit wurde diese Verpflichtung ins Leben gerufen. Damals noch mit neun Monaten. Ich glaube, dass es eine gute Gelegenheit ist, auch danke dafür zu sagen, dass man in so einem Land, wo ein Rechtsstaat herrscht, wo Wohlstand herrscht, auch seinen Beitrag als junger Mensch miteinbringt. Jetzt gekürzt auf sechs Monate bzw. auch mit der Möglichkeit, neun Monate lang einen Zivildienst zu versehen.

Gerade aus meiner Erfahrung als Bürgermeister finde ich auch diese Möglichkeit, den Zivildienst zu versehen, sehr sinnvoll. Gerade bei Einsatzorganisationen kann damit auch der ehrenamtliche Dienst unterstützt werden. Viele von uns waren beim Bundesheer und ich glaube, dass einige auch gemerkt haben, dass der Tag manchmal lang wird, dass die Aufgaben nicht immer reichhaltig sind und ich glaube, dass es auch höchst an der Zeit ist, den Grundwehrdienst, den Präsenzdienst attraktiver zu gestalten. Es ist eine wunderbare Möglichkeit, wenn junge Menschen ihre Ausbildung, ihr Talent aus Schule, aus Beruf für den Staat und für uns alle einbringen können und ich glaube, dass die derzeitige Situation auch damit noch besser bewältigt werden könnte, wenn man junge Menschen zum Zuarbeiten einlädt und versucht, es besser zu gestalten.

Zum Zweiten leben wir in einer Scheinwelt, wo wir geglaubt haben, dass absolute Sicherheit in Österreich herrscht. Die letzten Monate haben uns gezeigt, dass dem nicht so ist, und dass wir durchaus Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Sicherheit aufrechtzuerhalten. Zwei Dinge gehören dazu. Das ist zum einen der politische Wille. Ich glaube da können wir es uns nicht ersparen, dem ehemaligen Verteidigungsminister ein schlechtes Zeugnis auszustellen, aber gleich viel Lob schicke ich dem neuen Verantwortlichen mit, der erkannt hat, dass für diese Sicherheit in Österreich zu kämpfen ist und dass dafür auch Geld notwendig ist. Ich glaube, das muss die gesamte Regierung in Wien erkennen.

Damit komme ich zur Bedrohungssituation, die sich verändert hat, und dadurch natürlich auch neue Diskussionen um Kasernenstandorte ausgelöst wurden. Viele von Euch Kollegen hier im Haus haben mitgeholfen, die militärische Außernutzungsstellung der Struckerkaserne in Tamsweg außer Kraft zu setzen. Das wurde von Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer koordiniert und unter seiner Federführung erledigt. Vielen Dank, Herr Landeshauptmann, aus dem Lungau. Ich glaube, dass es nicht nur für unseren Bezirk wichtig ist, die Struckerkaserne zu erhalten, sondern für das ganze Bundesland Salzburg und letztendlich auch für Österreich, weil wir sonst keine Jägerausbildung mehr hätten und weil wir jetzt Mannstärken brauchen. Es lässt sich nicht alles nur durch technische Geräte, durch Computer und Maschinen erledigen, sondern wir brauchen Fachleute und Maschinen und Geräte können uns dabei helfen.

Vielen Dank. Diese Kaserne ist für den Lungau unendlich wichtig. Wir brauchen sie auch in wirtschaftlicher und infrastruktureller Natur. Ich weiß, dass das kein Hauptargument sein

kann, aber es kann schon ein Zeichen des Bundes sein, eine ländliche Region fernab von den Zentralräumen zu unterstützen und auch zu zeigen, dass diese Regionen wichtig sind.

Mir ist es wichtig, dass die Volksbefragung vom 20. Jänner 2013 endlich umgesetzt wird, dass wir endlich einläuten eine Veränderung bei uns im Heer. Wir haben immer noch an die 140 Generäle bzw. Persönlichkeiten, die im Generalsrang sind. Ich glaube, da könnte man ordentlich umverteilen und umverlagern, um auch die Sicherheit bei uns in Österreich zu erhöhen und dazu lade ich herzlich ein. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten, Klubobmann Abg. Naderer, Abg. Fürhapter, Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zehn Minuten für den Herrn Landeshauptmann. Bitte!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Das österreichische Bundesheer hat seit seinem Bestehen im Jahre 1955 eine ganze Reihe von Sicherheitskrisen hervorragend bewältigt. Schon ein Jahr später die Ungarnkrise, dann die Tschechenkrise, die Balkankrise in den 90er Jahren und jetzt im Einsatz bei der Bewältigung der enormen Flüchtlingsströme letztes Jahr, aber auch in Bereitschaft was sich weiterentwickeln wird. Dazwischen wurde eingespart, wurde umorganisiert, wurde umgegliedert und irgendwie hat man das Gefühl, man behandelt das österreichische Bundesheer nur dann gut, wenn man es unmittelbar braucht, aber dazwischen lässt man es eigentlich politisch, finanziell, organisatorisch und auch akzeptanzmäßig im Stich. (Beifall der ÖVP-, FPÖ- Abgeordneten, der Abg. Steiner-Wieser, Abg. Naderer und Abg. Fürhapter)

Ich verwende in dem Zusammenhang immer das Bild Sicherheit ist wie eine Feuerversicherungspolizze. Man kriegt jedes Jahr die Vorschreibung, man ärgert sich jedes Jahr, zahlt widerwillig ein, aber wenn man nicht versichert ist und das Haus brennt, dann ist man ruiniert. Genauso ist es auch mit dem österreichischen Bundesheer.

Es sei mir gestattet, ein bisschen auch ein Licht darauf zu werfen, wie es in Salzburg zugegangen ist in den letzten Jahren was Kasernenstandorte betrifft: Rainerkaserne, Riedenburgkaserne geschlossen. Ferner die Struberkaserne in Taxham, den Truppenübungsplatz Aualm geschlossen, das Munitionslager in Lofer und Loig geschlossen, die Transportkapazität massiv heruntergefahren. Über 100 Pinzgauer wurden allein heuer veräußert. Militärmusik niedergefahren. Das ist sozusagen die lange Entwicklung und jetzt hätte die Heeresreform, die 2014 sozusagen in die Gänge gegangen ist, vor einem komplett anderen Bedrohungsbild noch weiteres draufgesetzt.

Tamsweg militärisch außer Nutzung zu setzen, das Fliegerabwehrbataillon 3 aufzulösen und generell österreichweit bei jedem Jägerbataillon eine dritte Kompanie herauszunehmen, sodass diese Bataillone nur mehr aus zwei Kompanien bestehen, dann wäre auch die dritte

Kompanie des Jägerbataillons 26, die ja bekanntlich in Tamsweg stationiert ist, dort nicht mehr aufhältig gewesen, das ist ein Kahlschlag der Sonderklasse.

Wenn man dann noch die Budgetsituation sich ansieht. Wir hatten um 2000 herum rund 1,2 % vom BIP als Heeresbudget, jetzt sind es nur mehr 0,55 %. Klar, der Finanzminister, und das liegt in den Genen von Finanzreferenten, sitzt am Geld und lässt sich jeden Euro schwierig herausverhandeln. Wenn man die Entwicklung in der Relation Innenministerium, Verteidigungsministerium anschaut, ist das hochinteressant. 2005 und all die Vorjahre waren die Budgets zwischen Innen- und Verteidigungsministerium in etwa gleich hoch. 2016 3,03 Mrd. für das Innenministerium, 1,94 Mrd. für das Verteidigungsministerium. Da kann man schon den Schluss ziehen, welcher Minister sich für seinen Bereich besonders bzw. besonders erfolgreich eingesetzt hat, wobei ich in keiner Weise Polizei und Bundesheer auseinanderdividieren möchte. Beide arbeiten, und das haben wir jetzt gesehen, hervorragend zusammen und das ist eine gute Basis.

Der berühmte Slogan des Bundesheers heißt „allzeit bereit“. Wir haben 21.000 hauptberufliche Mitarbeiter als Offiziere, Unteroffiziere, Kaderangehörige, Zivilbedienstete. Es sind ungefähr 6.000 bis 7.000 Zivilbedienstete dabei. Die einsatzbereite Größe liegt bei 2.200 Mann, und da stimmt irgendetwas nicht, meine Damen und Herren, wenn das Bundesheer nur in der Lage ist, 2.200 Mann und einige wenige Frauen im Grenzeinsatz mobilisieren zu können. Das Ziel des Ministers ist, diese Größe auf 6.000 anzuheben.

Ich möchte betonen, dass im Zuge der Bewältigung der Flüchtlingskrise das Bundesheer einen hervorragenden Job gemacht hat. Einerseits im Bereich der Assistenzleistung mit Berufssoldaten, auf der anderen Seite auch im Bereich der Unterstützungsleistungen mit Präsenzdienern. Wir hätten den Einsatz in Salzburg in diesem Ausmaß mit Grundwehrdienern nicht bewältigen können, wenn das Fliegerabwehrbataillon 3 nicht mehr Bestand gehabt hätte. Das Fliegerabwehrbataillon 3 hat neben anderen Kräften hier einen ganz entscheidenden Beitrag gehabt. Für die Salzburger Struktur muss man sagen, dass wir militärisch mit Spezialverbänden gesegnet sind: Pioniere, Bataillon 2, Fliegerabwehrbataillon und das Unterstützungsbataillon in St. Johann und wir hätten mit den Reformvorhaben vom Minister Klug aus der Heeresreform 2014 überhaupt keine Jägerausbildung mehr in Salzburg, Tamsweg wäre erledigt und in Saalfelden das Gebirgskampfzentrum, wo immer eine Kompanie ausgebildet wurde, sollte zurückgefahren werden auf einen Zug, also von rund 150 Mann auf rund 40 Mann. Die erfüllen dort Schulzwecke, die müssen sozusagen die Kurs Teilnehmer beüben.

Wir haben keine Mannstärken, die für Katastropheneinsätze zur Verfügung stehen. Jetzt ist unsere Jägerkompanie, die letzte verbliebene, im Grenzeinsatz in Spielfeld und daher brauchen wir jetzt auch eine neue Lagebeurteilung. Die neue Lagebeurteilung ist halt eine gänzlich andere als die, die der Heeresreform zugrunde gelegt ist. Wir brauchen jetzt keine Raketenspezialisten, wir brauchen keine Abhörspezialisten. Wir brauchen Mannstärken, um die Tätigkeiten vor Ort in Zusammenarbeit mit der Exekutive entsprechend ausüben zu können.

Das bedeutet, dass es in Salzburg auch wieder eine entsprechende Jägerausbildung und Positionierung bei den Jägertruppen geben muss. Ich bemühe mich sehr, dass das Fliegerabwehrbataillon 3 entweder als solches erhalten wird oder aber doch zumindest in ein Jägerbataillon umgeändert wird, umorganisiert wird. Wir haben das gesamte Kader vorhanden, dann könnten zwei Kompanien in der Schwarzenbergkaserne und eine oder zwei in Tamsweg in der Struckerkaserne ausgebildet werden. Dort in der Struckerkaserne, wo es auch den Katstrophenschutzzug gibt, dort wo es ein hohes Knowhow für die Einsätze bei Lawinen gibt, bei Vermurungen, etc.

Wir brauchen Transportraum. Wir brauchen Ausrüstung wie z. B. Feldküchen. Es war ein Fehler, das muss man heute sagen, die Versorgung mit Zentralküchen im normalen Friedensdienst sicherzustellen. Jetzt beim Einsatz haben wir gesehen im Herbst, dass hier sehr schnell die Kapazitätsgrenze auch erreicht ist. Wir brauchen für mobile Einsätze, gerade im unwirtlichen Gelände, im Gelände entsprechende Anzahl von Feldküchen. Wir brauchen Zelte. Wir brauchen Absperrgitter. Nur ein Beispiel. Die gesamten Absperrgitter des österreichischen Bundesheers wurden in der Schwarzenbergkaserne eingesetzt, um die dortigen Asylquartiere bzw. Grundversorgungsquartiere abzusperren gegenüber dem sonstigen Kasernengelände. Mehr Absperrgitter haben sie nicht. Das ist ein beredtes Bild, wie sehr das Bundesheer ausgehungert wurde.

Meine Damen und Herren! Wir haben einen neuen Bundesminister. Der hat, glaube ich, als Praktiker und Pragmatiker die Situation richtig erfasst. In der Umsetzung der Heeresreform fortzufahren, wäre ganz fatal. Das hat er daher auch entsprechend gestoppt. Er hat die Außernutzungsstellung, die militärische Außernutzungsstellung von Kasernen gestoppt, darunter Tamsweg. Tamsweg wird vorerst militärisch weiter genutzt, wird also auch nicht verkauft werden. Da ist noch nicht Ende aller Tage, da haben wir noch eine Menge zu tun, aber wir sind wieder zurück im Match, wenn ich das so salopp formulieren darf.

Er verkleinert die Zentralstellen. Es will mehr Kompetenz zu den Militärkommanden verlagern. Das ist etwas, was ich sehr begrüßen möchte, nämlich im Bereich Ausbildung, Zuständigkeit auch für Ausbildung und Zuständigkeit für die Miliz, die ja ganz wichtig ist für das Bundesheer. Er möchte kürzere Entscheidungswege, daher Auflösung des Streitkräftekommandos und Aufgliederung in ein Kommando Landstreitkräfte und ein Kommando Luftstreitkräfte. Da hoffen wir, dass das in Salzburg verbleibt. Die Landstreitkräfte sind zwischen Graz und Salzburg aufgeteilt. In Salzburg ist der Teilstab Luft und der Teilstab Heereslogistik und er will im Bereich der Beschaffung und auch im Bereich der Militärmusik diese fatale Reform, die bei uns ein Tanzensemble von 20 Mann zurückgelassen hat, wieder zurückbringen.

Ich war im Februar bei ihm. Ich habe ihm ein Konzept für eine Militärmusik neu ausgehändigt. Ich glaube, dass das machbar ist, er arbeitet daran. Die Landeshauptleute Pühringer, Wallner und ich treffen den Minister im April noch einmal zu dem Thema Militärmusik. Das ist natürlich ein emotionales, wichtiges Thema. Ich habe ihn auch eingeladen, zur Landeshauptleutekonferenz im Mai zu kommen.

All das wird Geld kosten. Machen wir uns keine Illusionen. Das wird Geld kosten und das wird mehr Geld kosten als bisher, aber in der aktuellen Lage sind wir das, der Sicherheit unserer Bevölkerung und auch den vielen Bundesangehörigen, egal ob sie jetzt uniformiert sind oder Zivilbedienstete, egal ob sie das hauptberuflich machen oder als Milizionäre oder als Präsenzdiener schuldig, dass wir sie entsprechend ausstatten, damit sie zu unserem eigenen Wohl ihren Auftrag erfüllen können. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen-, FPÖ- Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Naderer, der Abg. Fürhapter und der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke Herr Landeshauptmann. Für die SPÖ Kollege Schneglberger. Bitte! Du hast jetzt fünf Minuten.

Abg. Schneglberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herren in der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sicherheit am Prüfstand - Wie geht es mit dem Bundesheer weiter? Eine Frage, die vor einigen Jahren sicher auch emotional und leidenschaftlich diskutiert worden wäre und wie wir es aus der Volksabstimmung bzw. den Debatten dazu kennen, auch wurde. Trotzdem hat sich die Wahrnehmung in der Bevölkerung, aber vor allem die tatsächliche Situation doch wesentlich, wenn nicht sogar dramatisch verändert. Sicherheit ist ein komplexes Thema. Es kann und darf nicht nur an den Strukturen und den finanziellen Rahmenbedingungen unseres Bundesheeres festgemacht werden. Sicherheit ist vor allem eine Frage einer aktiven Friedenspolitik, einer gemeinsamen und verständnisorientierten Lösung von Herausforderungen, wie z. B. der Ukraine-Krise, aber vor allem auch der aktuellen und eigentlich weltweiten Flüchtlingsbewegungen.

Sicherheit ist aber auch ein besonders intensives, ein sehr emotional besetztes Gefühl in der Bevölkerung. Damit wir uns in Österreich sicher fühlen, ist es wichtig, dass es auch bei unseren Nachbarn sicher ist und wir uns in einer gemeinsamen europäischen Politik vertrauen können. Sicherheit hat aber auch eine soziale Dimension. Wir müssen den Menschen in Österreich, den Österreichern und Österreicherinnen, aber auch jenen, die seit der Geburt oder seit vielen Jahren hier sind, aber auch jenen, die gekommen sind und als Asylberechtigte bleiben dürfen, ausreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven bieten. Nur dann können wir Sicherheit für alle Menschen in Österreich nicht nur schaffen, sondern auch erlebbar machen.

Im europäischen und weltweiten Kontext heißt das aber auch, dass wir den Dialog und die Kooperation mit den anderen Staaten brauchen, gemeinsame Lösungen finden müssen, um Friedenssicherung weiterhin aktiv zu betreiben. Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen zehn Jahren wesentlich verschlechtert und Europa ist von vielen Krisenherden umgeben. Daher müssen wir auf nationaler Ebene die österreichischen Grenzen schützen, auf EU-Ebene die EU-Außengrenzen und schließlich müssen wir vor allem, und das geht nur gemeinsam mit allen anderen Staaten, die Ursachen in den Krisen-

gebieten bekämpfen. Unserem Bundesheer, aber auch der Polizei und vor allem der Bundesregierung fallen hier die wesentlichen Schlüsselfunktionen zu.

Wir haben hier im Salzburger Landtag in den vergangenen Monaten viele Diskussionen zum aktuellen Stand unseres Bundesheers geführt. Durchaus zu Recht wie ich meine. Über alle Parteigrenzen hinweg waren wir uns einig, dass das aktuelle Sparprogramm beim Bundesheer so nicht umgesetzt werden darf und dass der Herr Finanzminister mehr Mittel zur Verfügung stellen muss.

Die von mir auch schon angesprochene wesentliche Veränderung in der sicherheitspolitischen Lage verlangt hier ein Umdenken. Ein Umdenken, dass es möglich wird und gesichert bleibt, dass das Bundesheer in der Lage ist, nicht nur auf die geänderten Verhältnisse zu reagieren, sondern sich auch proaktiv darauf einstellen kann. Ein Umdenken dahingehend, dass die erforderlichen Truppenstärken und militärtaktischen Notwendigkeiten für die neuen Herausforderungen wie Terrorismus, Cyberangriffe, Bedrohungen der Energieversorgung sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vorhanden sind.

Ich meine, dass unser neuer Verteidigungsminister Doskozil dazu bereits wichtige Schritte in die Wege geleitet hat. Dazu gibt es auch entsprechende Weisungen, damit die bundesheerinternen Strukturen dazu geschaffen werden. Der Herr Landeshauptmann hat ja einige dieser klaren Weisungen bereits angesprochen. Die wesentlichen Ziele sind schnellere Entscheidungsabläufe, weniger Kommanden und Ebenen, Erhöhung der Reaktionsfähigkeit der Truppe, Stärkung der Einsatzkräfte, Straffung der Ministerialbürokratie, bessere Koordination und Dezentralisierung.

Bündeln auch wir unsere politischen Kräfte im Land Salzburg und tragen auf allen uns möglichen Ebenen dazu bei, dass dieses Vorhaben gelingt. Vordringlich wird dazu vor allem eine bessere finanzielle Ausstattung des Bundesheeres erforderlich sein. Diese gilt es zu erreichen, dann werden wir um das Bundesheer auch keine Sorge haben müssen. Danke. (Beifall der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten und des Klubobmannes Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet Simon Hofbauer.

Abg. Hofbauer: Geschätzte Regierung! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Thema der Aktuellen Stunde ist „Sicherheit am Prüfstand - Wie geht es mit dem Bundesheer weiter?“ Wir könnten jetzt im Anschluss an die Rede vom Herrn Landeshauptmann natürlich auch diskutieren, welche Aufgaben, die da genannt wurden, sind tatsächlich militärische und welche könnten auch zivil erledigt werden. Dazu wird dann meine Kollegin Barbara Sieberth in unserer zweiten Wortmeldung ein paar Dinge sagen.

Ich möchte zuerst auf den Untertitel „Wie geht es mit dem Bundesheer weiter?“ eingehen. Es wurde gesagt und berichtet und wir haben es auch im Ausschuss schon mehrfach besprochen, im Nationalrat gab es einen Antrag aller Parteien, der Ende letzten Jahres bespro-

chen oder beschlossen wurde, der das Ministerium auffordert, eine Änderung oder Ergänzung der Struktur, des Strukturpaketes des Österreichischen Bundesheers 2018 vorzulegen, zu berichten, hat sich etwas verändert und wenn ja, welche Änderungen brauchen wir dann in der Strategie? Dieser Bericht liegt noch nicht vor und ich denke es ist sinnvoll, ihn abzuwarten.

Das Zweite wurde ebenfalls gesagt. Der neue Minister Doskozil hat letzte Woche Dienstag die ersten Eckpunkte seiner Bundesheerreform dargelegt und einmal skizziert, in welche Richtung es gehen kann. Ich denke bei diesen Punkten sind einige dabei, über die man tatsächlich diskutieren kann und die in die richtige Richtung weisen. Diese Punkte sind aber noch nicht spruchreif und ein genaues detailliertes Konzept wird vom Minister am 10. Juni vorgelegt, so zumindest hat er es angekündigt.

Die Lösung, so glauben wir, kann jedenfalls nicht sein, das Problem mit viel Geld zuzuschütten. Als Erstes muss definiert werden, was sind die Aufgaben des Bundesheers. Zweitens welche Strukturen brauchen wir zur Bewältigung dieser Aufgaben und drittens welches Budget brauchen wir, um diese Strukturen aufzubauen oder zu erhalten. Wir müssen genau in dieser Reihenfolge vorgehen.

Der Titel dieser Aktuellen Stunde, und das ist der zweite Punkt, auf den ich in meiner Rede eingehen möchte, ist Sicherheit am Prüfstand. Ich war mit ein paar Kolleginnen und Kollegen, die heute hier sind, gestern beim Europaquiz der Salzburger Schulen. Da haben 400 Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Wir waren draußen an der Fachhochschule und es kam mehrfach die Frage aus dem Publikum: Wie sicher sind wir? Wie sicher ist Salzburg? Wir haben intensiv darüber diskutiert und ich hatte gestern leider nicht alle Zahlen parat und jetzt habe ich noch einmal recherchiert, um hier einen kleinen Faktencheck auch zu machen zur Frage "Wie sicher sind wir?". Ich habe nachgesehen. Es gibt die Kriminalitätsstatistik 2014, die 2015 kommt erst in Kürze, und es ist recht interessant gewesen zu sehen, dass wenn man diese Zahlen analysiert, 2014 war das sicherste Jahr. Es gab noch nie so wenige Anzeigen in allen Bundesländern, auch in Salzburg, wie in diesem Jahr. Jetzt werden Sie sagen ja 2015 hat sich die Lage verändert und auch hier, wir haben schon Zahlen aus der ersten Jahreshälfte, und wenn wir diese Zahlen anschauen, dann sehen wir: der Trend setzt sich fort. Nicht die Unsicherheit nimmt zu, sondern die Sicherheit. Die Zahl der Tatverdächtigen ist im ersten Halbjahr 2015 um 4 % gesunken.

Gestern wurde heiß diskutiert, wie ist denn das mit Kriminalität von nichtösterreichischen Staatsbürgern, von Flüchtlingen, von Zugewanderten. Auch hier sehen wir, dass obwohl diese Menschen mehr wurden, die Straftaten prozentuell aus dieser Gruppe weniger geworden sind, ein wenig zumindest. Da geht es zurück. Und bei gewissen Delikten, nämlich insbesondere bei Eigentums- und Sexualdelikten ist die Zahl nicht nur prozentuell, sondern sogar in absoluten Zahlen zurückgegangen. Der Sprecher des Innenministeriums Karl-Heinz Grundböck, der sicher nicht verdächtigt ist, hier eine polizeifeindliche Stellung einzunehmen, sagt: „Was wir sehen, ist, dass ein bestimmtes Feld von Kriminalität steigt. Das ist

nicht die Kriminalität von Flüchtlingen, sondern die Kriminalität gegen Flüchtlinge.“ Das ist auch wichtig in diesem Zusammenhang zu betonen.

Ich glaube es ist wichtig, eine sachliche Diskussion über Sicherheit zu führen, statt Panikmache zu betreiben und zu sagen es wird alles schlimm und unsicher. Das Gegenteil ist faktisch der Fall. Es ist aber auch nicht alles super. Auch das muss man dazu sagen. Es gibt Probleme mit bestimmten Gruppen, an bestimmten Orten und hier sagen auch wir, müssen wir ganz konkret handeln und dagegen vorgehen. Keine Frage.

Zurückzukommen auf das Bundesheer. Es kann nicht sein, dass wir jetzt mit viel Geld wieder Haubitzen, Kampfpanzer und Eurofighter anschaffen, denn diese bringen keine Sicherheit, sondern mit Sicherheit nur sehr hohe Kosten. Eine gelungene Sicherheitspolitik muss vor allem auf Integration und soziale Absicherung setzen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Kollege Rothenwänder, Du bist am Wort.

Abg. Rothenwänder: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer auf den Bänken!

Trotz eines eindeutigen Votums durch die Bevölkerung in einem Volksentscheid für die Erhaltung des Bundesheeres und ein klares Nein zum Berufsheer, wurde jahrelang das Bundesheer ausgehungert, es wurden Strukturen zerschlagen, wurde Heeresigentum abverkauft so unter dem Motto verkaufen wir unser Werkzeug, wo wir eh genau wissen, dass wir weiterarbeiten müssen.

Der massive Zustrom vor allem von Wirtschaftsflüchtlingen, der absolut ungerechtfertigt ist, gefährdet die innere Sicherheit unseres Landes und stellt die Stabilität an ihre Grenzen. Viel gescheiter wäre es, wenn wir den Leuten vor Ort helfen würden. Wenn wir in der Lage sind, Zehntausende Kilometer Ölpipelines zu bauen, dann dürfte es auch kein Problem sein, dass man in entlegene Gebiete ein paar tausend Kilometer Wasserleitungen zur Versorgung baut, sodass die dort auch arbeiten und wirtschaften können.

Um unserer verfassungsrechtlichen Verpflichtung nachzukommen, die Sicherheit des Landes aufrechtzuerhalten und Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, ist es erforderlich, unverzüglich massivste Investitionen in das Bundesheer vorzunehmen und das Personal aufzustocken. Die teilweise Rücknahme der Auflösung von Kasernen, begünstigt durch den Wechsel des Verteidigungsministers, aber auch durch die Präsidentenwahl, durch die Vorsitzführung des Landes Salzburg in der Landeshauptleutekonferenz, aber auch durch das Ziehen an einem Strang in die gleiche Richtung durch den Salzburger Landtag und vor allem auch durch die unbeugsame Verhandlungsführung des Landeshauptmannes in dieser Angelegenheit ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und wir dürfen uns auch diesbezüglich herzlich bedanken, da es besonders bedeutsam ist, auch für den Lungau die Aufrechterhaltung der Struckerkaserne durchzusetzen.

Ein weiterer Stopp für den Abverkauf von heeres-eigenen Liegenschaften, ein massives Investitionsprogramm, um die umfassende Landesverteidigung aufrechtzuerhalten, das Personal des Bundesheeres aufzustocken, das durch verantwortungslosen Kahlschlag zu stark dezimiert wurde, aber auch die Militärmusik, die besondere Bedeutung als Kulturträger in unserem Land hat, und die Aufrechterhaltung der militärischen Strukturen in der Schwarzenbergkaserne müssen weitere Verhandlungsziele sein.

All diese Maßnahmen erhöhen die Sicherheit, aber auch den Katastrophenschutz in entlegenen Regionen, aber auch all diese Maßnahmen, die stabilisieren den Wirtschaftsstandort und somit auch die Abwanderung, die massive, von den ländlichen Gebieten in den Zentralraum. Aber in besonderer Weise wird durch diese Maßnahmen garantiert, dass das Vertrauen der Bevölkerung in unser Bundesheer und in die Sicherheit des Landes in Zukunft gewährleistet ist. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste am Wort ist Kollegin Steiner-Wieser.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Sicherheit am Prüfstand.“ Ich bin froh, dass wir dieses Thema heute in der Aktuellen Stunde haben. Schon mehrmals haben wir in der Vergangenheit ja über dieses Thema gesprochen. Heute vor 14 Tagen war ein freiheitlicher Antrag, verhandelt wurde zum Thema Bundesheer, wo wir einen Oberst des Generalstabs gewinnen konnten als Referent, der uns dann wirklich offen und ehrlich gesagt hat was los ist in diesem Land und wie es um unsere Sicherheit steht.

Ich bin froh, dass wir einen neuen Minister haben, denn die Zerstörungspolitik von Exverteidigungsminister Klug und seinem Vorgänger muss raschest gestoppt werden und das Österreichische Bundesheer wieder aufgebaut werden. Es ist höchste Zeit für die Politik, dass in diesem Bereich etwas gemacht wird, weil die Europäische Union und auch der Staat Österreich sind in einer existentiellen Notlage. Die Bundesregierung und die EU versagen bislang in der Bewältigung der Flüchtlingskrise und kapitulieren vor der Realität, anstatt entschlossene Maßnahmen zu setzen. Unser Landeshauptmann hat zuerst gesagt es fällt ihm der Slogan ein „allzeit bereit“. Auch mir fällt ein Slogan ein, der auf jeder Kaserne oder jeder Bundesheertasche zu lesen ist „Schutz und Hilfe“. Schutz und Hilfe sollte das Bundesheer, sollten die Soldaten dem Land angedeihen lassen und den Menschen in diesem Land. Schutz und Hilfe benötigen wir mehr denn je in der Vergangenheit und die FPÖ schlägt deshalb vor, dass die Bundesregierung und der Verteidigungsminister müssen dem Österreichischen Bundesheer den Auftrag erteilen, sich für den Schutz der Staatsgrenzen vorzubereiten.

Im Salzburger Fall würde das bedeuten die dauerhafte militärische Nutzung der Struckerkaserne. Nachtigall ich hör dir trapsen. Auch da habe ich dem Herrn Landeshauptmann sehr aufmerksam zugehört, wie er gesagt hat vorerst, vorerst ist die militärische Nutzung der Struckerkaserne gewährleistet. Ich hoffe nicht, dass diese militärische Nutzung momentan

nur ein Wahlkampfgegner ist für die bevorstehende Bundespräsidentenwahl und man sich dann anders entschließen sollte.

Weiters fordert die FPÖ die Aufstellung eines Infanterie- und Ausbildungsbataillons als Ersatz für das Fliegerabwehrbataillon und die Weiterbelassung des Milizjägerbataillons beim Militärkommando Salzburg. Ganz allgemein muss festgehalten werden, dass die Wehrdienstverkürzung auf sechs Monate unverzüglich rückgängig gemacht werden sollte, um auch die Möglichkeit zu bieten, dass auch Grundwehrdiener die Staatsgrenze sichern. Das wurde über 20 Jahre in diesem Land schon praktiziert und hat sich als gut erwiesen.

Aber auch an die Soldaten selbst denke ich und die Gehaltssituation aller Soldaten ist zu verbessern, damit das Österreichische Bundesheer in der Lage ist, ein konkurrenzfähiger Arbeitgeber zu sein. Das Verteidigungsbudget ist zudem schnellstens in Richtung 1 % des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Nur so können wir gewährleisten, dass wir Schutz und Hilfe in diesem Land erhalten als Bevölkerung. Ganz wichtig Sicherung der EU-Außengrenzen. Dafür hätten wir eigentlich EU-Battlegroups, wenn ich das moderne Wort verwenden darf, und diese EU-Battlegroups sind sofort zum Schutz der EU-Außengrenzen einzusetzen, denn sonst ist der österreichische Beitrag, den Österreich bezahlt dafür, sofort einzustellen, denn dann sind diese Elemente sinnlos geworden.

Sollte die EU nicht in der Lage sein, in absehbarer Zeit die EU-Außengrenze effektiv zu sichern, dann, glaube ich, hat wohl die Republik Österreich das Recht, die Beiträge für diese EU-Battlegroups an die Europäische Union einzustellen. Vielen herzlichen Dank. (Beifall Klubobmann Abg. Naderer, Abg. Fürhapter, Abg. Mag. Mayer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir kommen in die zweite Runde. Für die ÖVP Kollege Mayer. Bitte!

Abg. Mag. Mayer: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Als Dritttredner einer Partei und als Zehntredner zu einem Thema tut man sich ein bisschen schwer, weil schon alles gesagt worden ist. Ich möchte nicht das Sprichwort strapazieren, dass es noch nicht von jedem gesagt worden ist, sondern mich vielleicht auf ein paar andere Aspekte und Rückschlüsse, die sich weniger technisch anhören, beziehen. Und zwar auf den Jänner 2013, als wir die Bevölkerung, und völlig zu Recht die Bevölkerung gefragt haben, will sie ein Berufsheer und ein bezahltes Sozialjahr oder will sie die Wehrpflicht und den Zivildienst. Es haben sich Gruppierungen pro und kontra Wehrpflicht und Zivildienst formiert. Ich habe mir noch einmal die Personenkomitees angeschaut, weil ich selber, die Leiterin in Salzburg war die Daniela Gutsch, damit ich auch die Überparteilichkeit betone, unter anderem mit Bürgermeister Schaden und Arbeiterkammerpräsident Sigi Pichler, der Zivilgesellschaft und anderen Persönlichkeiten.

Es wurde, und auch das ist ein wenig vorbildlich gewesen, in Salzburg ein sachliches Informationsbüchlein herausgegeben, wo die Vor- und die Nachteile der jeweiligen Systeme und Denkweisen gegeben werden. Bei der Kontra-Wehrpflicht- und Zivildienst-Gruppe, das war die Initiative „Unser Heer“, waren Kapazunder wie Wolfgang Ambros und der ehemalige Fußballprofi Roland Linz dabei - nicht, dass ich etwas gegen die Expertise von ehemaligen Fußballprofis hätte - und der damalige Verteidigungsminister, nur dass wir uns vergewärtigen, welche Expertise eingeholt worden ist.

Der große Rückschluss neben einigen, und da stimme ich auch der FPÖ zu, die bereits gemacht worden sind, ist, dass die Bevölkerung ein hohes Ausmaß an Gefühl für richtige und falsche Entscheidungen hat. Es hat damals eine riesige Medienkampagne gegeben, die führende Partei, der Bundeskanzler, der Verteidigungsminister, die ganze Maschinerie ist in Gang gesetzt worden und dennoch hat die Bevölkerung instinktiv entschieden was richtig ist. Ich darf noch ein Argument der Berufsheerbefürworter hervorkehren. Die geostrategische Lage Österreichs macht die allgemeine Wehrpflicht zur militärischen Landesverteidigung sicherheitspolitisch unnötig. Welch eine Fehleinschätzung. Welch eine Fehleinschätzung. Wir haben immer gesagt, es war sehr stark mit dem Katastrophenschutz verbunden, was ist, wenn diese Phase des Friedens nicht anhält, wenn wir jemand für Naturkatastrophen brauchen, wenn wir nicht den spezialisierten Raketentechniker brauchen, sondern wenn es wieder Mannstärke braucht, und es sieht ganz danach aus, dass wir wieder Mannstärke brauchen, dann brauchen wir auch das Bundesheer und wir sind sehr, sehr dankbar, dass wir das Bundesheer haben und wir sind auch dem jetzigen Verteidigungsminister sehr, sehr dankbar und erleichtert, dass er diese Fehleinschätzung revidiert und scheint wieder auf die richtigen Bahnen zu lenken. Welch eine Fehleinschätzung.

Als 1978 Geborener dachte ich mir, es wird in Europa mit einem kurzen Aufflackern an Nationalismus Anfang der 90er Jahre in Jugoslawien ewig so weitergehen. Die Europäische Integration schreitet voran, ich werde mein ganzes Leben nichts anderes kennenlernen als Wohlstand und Frieden. Welche Fehleinschätzung, welche Fehleinschätzung. Jetzt geht es an der mazedonischen Grenze, früher an der türkischen Grenze, noch vorher an der italienischen Grenze, da ist es uns ja immer egal, wenn es nicht die österreichische Grenze ist, um Leben und Tod und um den Schutz der Bevölkerung und auch um den Schutz der Flüchtlinge, die geordnet zu uns kommen wollen.

Drei Rückschlüsse, die wir, glaube ich, beibehalten sollen bei allem parteipolitischen Streit. In sicherheitspolitischen Fragen sollte in Salzburg der Schulterchluss beibehalten werden. Das haben wir bei der Volksabstimmung gemacht, das haben wir in der Frage der Struckerkaserne gemacht und ich glaube, dass wir das beibehalten sollten und dass das sinnvoll ist.

Zweitens: Fast schon ein Plädoyer für ihre demokratischen Instrumente. Vertrauen wir bei so grundlegenden Fragen auf das Gespür unserer Bevölkerung. Sie weiß sehr wohl, ob es richtig ist, ein bezahltes Berufsheer zu haben oder auf den Zivildienst und das Österreichische Bundesheer zu setzen. Und last but not least, das vielgescholtene Bundesheer, das oft

lächerlich gemacht wird, danke an dieser Stelle für die Leistungen des vergangenen Jahres, mit fast keinen Mitteln. Es ist unglaublich, was hier geleistet wird. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten, Klubobmann Abg. Naderer, Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ Kollege Brand.

Abg. Brand: Geschätzte Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Heute bereits am Vormittag hat der Kollege Mayer von der ÖVP auf die Linie der SPÖ eingeschwenkt in der Raumordnung und es ist schön zu sehen, dass jetzt auch der Herr Landeshauptmann in seinen Aussagen die Linie der SPÖ bekräftigt und unterstützt und nicht wie vorher, wo immer die Aussagen der ÖVP waren man müsse nur das Budget im Verteidigungsministerium umschichten. Die SPÖ hat immer schon gesagt, der Herr Finanzminister muss mehr Geld zur Verfügung stellen. Herr Landeshauptmann, es freut mich, dass Sie auf diese Linie der SPÖ eingeschwenkt sind.

Das letzte Jahr hat uns gezeigt, wie meine Vorredner gesagt haben, dass man sicherheitspolitisch, obwohl dass wir im Zentrum von Europa sind, nicht so eine gute Stellung haben, wie wir immer geglaubt haben, weil wir geglaubt haben es gibt von außen keine Bedrohung. Im letzten Jahr sind Hunderttausende Flüchtende durch Österreich gezogen. Es ist zwar ein geordneter Ablauf möglich gewesen, aber natürlich die Kontrolle der Identität dieser vielen Leute war in dieser Situation nicht möglich. Das hat uns aber auch gezeigt, dass wir reagieren müssen in dieser Hinsicht und da sind wir dem neuen Verteidigungsminister sehr dankbar. Er hat gleich nach seiner Angelobung darauf reagiert und hat die Situation jetzt in Griff bekommen. Er hat sich auch sofort an die Arbeit gemacht, um die Situation auch in Zukunft in Griff zu halten und dies zu gewährleisten und dass wir für solche Situationen gerüstet sind.

Der Bundesminister hat erkannt, dass die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sich geändert haben und hat darauf folgendermaßen reagiert. Er sagt wir wollen mit dieser Struktur mehr Sicherheit für die Bevölkerung bringen. Dazu werden wir die Truppen stärken und die Kommandoebene straffen. Wir werden mit dieser Strukturänderung ein klares Schwergewicht bei der Truppe schaffen, die regionalen Militärkommanden werden an Bedeutung gewinnen. Mit dieser Struktur ist sichergestellt, dass die Stellung, Ausbildung und Miliz in einer Hand sind. Eine weitere Aussage freut mich besonders, und zwar man will wieder mehr Grundwehrdiener ausbilden.

Die Ziele, die man sich gesteckt hat, sind für uns besonders erfreulich, und zwar Stärkung der Einsatzkräfte des Bundesheers und Dezentralisierung. Vor allem die Dezentralisierung, die macht doch hoffnungsfroh für die Kaserne in Tamsweg, dass das Bestehen auch dauerhaft gesichert sein wird. Die Kaserne in Tamsweg befindet sich, so wie der Lungau, im Herzen von Österreich und ist damit eine ideal gelegene Ausbildungsstätte für das Bundesheer.

Ich bleibe auch dabei, dass es eine große Chance wäre, auch die Polizeischule in der Kaserne in Tamsweg zu integrieren. Das Gelände dieser Kaserne ist groß genug mit 5 ½ ha an Grund, und das wäre auch noch die Möglichkeit, dort Gebäude zu errichten, um die Synergien zwischen Bundesheer und Polizei zu nutzen. Es wäre auch für die Politik eine große Chance, da Geld zu sparen, denn wenn man Räume doppelt nutzt oder mehrfach nutzt, dann macht das sicher für alle einen Sinn. Natürlich ist es auch für den Lungau sehr gut, wenn man Arbeitsplätze schafft im Lungau, weil gerade im Lungau ist die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen immer wieder schwierig und stellt uns vor große Probleme. Vor allem würde die Landesregierung beweisen mit der Unterstützung dieses Vorschlages, dass sie mit ihrer Aussage, die Regionen zu stärken, auch Taten folgen lässt.

Zum Schluss sei noch gesagt, dass es das schon einmal gegeben hat, denn Teile der Polizeischule waren schon einmal in der Rainerkaserne integriert. Und was in der Rainerkaserne möglich ist, muss auch in der Struckerkaserne in Tamsweg möglich sein. In diesem Sinne rufe ich auf es anzupacken und es zu unterstützen. Das würde dem Land Salzburg und dem Lungau gut tun. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Grünen Kollegin Sieberth!

Abg. Mag.^a Sieberth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen, Kollegen Abgeordnete! Liebe alle, die das verfolgen! Vermutlich im Internet gerade mehr als live vor Ort.

Die wievielte Rednerin ich jetzt bin, habe ich nicht mehr mitgezählt, aber ich möchte doch etwas Neues in die Diskussion einbringen. Wir diskutieren Sicherheit im Kontext des Österreichischen Bundesheeres und wenn ich die Argumente höre wozu wir ein Bundesheer in der aktuellen Sicherheitslage benötigen, dann muss ich sagen schreckt es mich. Wenn wir das Bundesheer brauchen, um Krisensituationen rund um Österreich zu bewältigen und ich dann das Wort Flüchtlinge höre, dann sind Flüchtlinge keine militärische Bedrohung. Wenn wir sagen die Tür einer Völkerwanderung ist offen, es kamen nämlich von allen Fraktionen sehr merkwürdige Argumente, ist offen und Österreich muss sich daher auf eine neue Sicherheitssituation vorbereiten, dann sage ich ja. Sicherheitssituation ist sozusagen vorzubereiten, aber die Frage ist durch wen. Arbeiten wir auf einen Krieg zu oder arbeiten wir für den Frieden? Das ist für mich die wesentliche Unterscheidung. Wenn ich jetzt die Argumente fortspinne, heißt das, wir wollen uns gegen Flüchtlinge mit Kriegsgerät verteidigen? Begegnen wir einer Völkerwanderung mit schießbereiten Truppen? Ist es das, was wir wollen?

Grenzschutz ist keine militärische Aufgabe. Das ist Polizeiarbeit. Katastrophenschutz ist keine militärische Aufgabe. Das ist eine zivile, die auch zivil organisiert werden kann und abgewickelt werden kann. Für Friedenseinsätze unter UN-Mandat oder sonstigen Mandaten braucht es spezialisierte Einheiten und ja, da muss man nicht sparen. Das ist keine großflächige Struktur, die wir da aufbauen müssen.

Die Frage zum Zustand des heutigen Bundesheeres kann man natürlich stellen. Was ist erhaltenswert? Was sperren wir zu? Ja, Kernaufgaben gehören definiert. Die Bundesheerreformkommission hat dazu klare Empfehlungen gegeben und da steht auch drinnen militärische Landesverteidigung ist nicht die prioritäre Aufgabe des Bundesheeres, weil Österreich ist sicherheitspolitisch in Europa angekommen und muss aus dieser zentralen europäischen Lage heraus gestalten. Stichwort Flugraumüberwachung und diese Dinge. Das heißt auch weg mit allem schrottreifen Gerät.

Was erhaltenswert ist, und da lehne ich mich ein bisschen an unseren Experten auf Nationalratsebene an, Peter Pilz, sind Dinge wie Heeresnachrichtendienst, Teile der Pioniere, die hochprofessionell arbeiten, auch die moderne mechanisierte Infanterie, die mit ausgezeichneten Einsätzen bei der UN mitarbeiten. Diese Dinge sind Sachen, die man erhalten und weiterentwickeln muss. Das ist kein kategorisches Nein gegen das Bundesheer, aber ein kategorisches Nein gegen Dinge, die zivile Sachen sind, wo wir uns im Friedensbereich beschäftigen und nicht im Kriegsbereich. Ich finde das muss klar gesagt werden.

Europa ist ein Friedensprojekt und friedenspolitische Strategien sehen deutlich anders aus. Ich zitiere einen Friedensforscher aus Österreich, der derzeit viel publiziert. Er sagt es ist ein gefährlicher Zeitgeist, unterschiedlichste globale Herausforderungen und Problemlagen, den Sicherheitsinstitutionen im Allgemeinen und dem Militär im Besonderen zuzuordnen. Der Krisenprävention könnte in Teilbereichen ein ähnliches Schicksal drohen. Aus finanziellen Gründen und in der öffentlichen Legitimation nimmt das Militär neue Aufgaben gerne an. Ob es dafür den geeigneten Werkzeugkasten aufweist oder ob aus demokratiepolitischen Gründen nicht besser Polizei, Justiz oder Außenministerium zuständig sein sollten, bleibt unbeantwortet. Das merke ich auch ganz stark an dieser Diskussion jetzt gerade.

Wenn Sie sagen zur Sicherheitspolizei muss man ständig einzahlen. Diese Annahme des Landeshauptmannes teile ich, die Frage ist nur in welche Versicherung. Sozusagen wenn ich die friedenspolitische Versicherung nehme, dann geht es um präventive Diplomatie, dann geht es um vertrauensbildende Maßnahmen, es geht um Frühwarnsysteme, es geht um vorbeugende Einsätze, um entmilitarisierte Zonen. Also an die Stelle von teuren militärischen Reflexen treten Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und dorthin muss Österreich investieren und da arbeitet ein modernes Bundesheer durchaus mit den zivilen Strukturen auch stark zusammen.

Was spannend ist und im Regierungsübereinkommen der österreichischen Bundesregierung steht, ist: Österreich ist gefordert auf Grundlage der Neutralität, in enger Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern für europäische Solidarität und den globalen Frieden einzutreten. Dieser globale Friede, der hat auch ganz viel mit sozialem Frieden zu tun und mit sozialer Gerechtigkeit. Da muss sich ein Staat darum kümmern und investieren, dass z. B. die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinanderklafft, dass wir einen Sozialstaat haben mit einem starken sozialen Netz, dass Bildungssysteme funktionieren. All diese Dinge, dann entsteht soziale Gerechtigkeit. Diese Investitionen will ich, denn es ist der

Frieden, der die Sicherheit schafft und uns dann die Freiheit ermöglicht. (Beifall der SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für den Klub der FPÖ Karl Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Frau Präsidentin!

Schaffen wir die Polizei ab, schaffen wir das Bundesheer ab, dann haben wir Frieden. So könnte man das zusammenfassen, was die Frau Kollegin Sieberth jetzt dargelegt hat. Genau das war es ja auch, was letztendlich zu der Problematik geführt hat, die wir jetzt haben. Das Vertrauen in die Europäische Union, das Vertrauen in die Diplomatie, die überhaupt nichts weitergebracht haben, außer die uns jetzt ein völlig zerstrittenes Europa präsentiert.

Selbst als Blinde schon gesehen haben, dass ein Gefahrenpotential heranwächst und als die Bevölkerung schon längst gemerkt hat oh je und auch der Herr Landeshauptmann, Doraja Eberle und Cyriak Schwaighofer bei der vorletzten Sitzung gesagt haben, die 40 Jahre des Wohlstandes sind zu Ende, wir müssen uns damit abfinden, dass jetzt andere Zeiten auf uns zukommen. Genau das ist es. Aber in anderen Zeiten, um den Frieden zu garantieren, Frau Kollegin Sieberth, braucht man die Sicherung der Grenzen des Landes, der Republik und der Bürger. Genau zu diesem Zeitpunkt, als selbst Blinde schon gesehen haben was los ist, haben unsere verantwortlichen Politiker, vor allem der Regierungsparteien natürlich, ÖVP und SPÖ, erstens einen Volksentscheid nicht respektiert, haben fleißig weitergearbeitet an der Demontage des Bundesheeres. Als schon merkbar war, dass das alles nicht mehr zu schaffen ist, hat man weitergearbeitet, hat Polizeiwachstuben geschlossen, hat Kasernen zur Diskussion gestellt, als wirklich jedem schon klar war, dass wir wahrscheinlich Zeiten entgegen gehen, wo wir dringendst ein Bundesheer notwendig haben und dringendst auch die innere Sicherheit gewährleisten müssen.

Das ist das, wo ich wirklich sage, und der Kollege Mayer hat es angesprochen, ein völliges Versagen und eine Fehleinschätzung der Politik, der Verantwortlichen, des Herrn Präsidenten, der Verantwortlichen der Regierung, der Verantwortung der Ministerien, als ersichtlich war, dass wir diesem Zustrom nicht mehr Herr werden können.

Frau Kollegin, selbstverständlich ist es nicht so unbedingt, dass wir mit militärischer Gewalt der Problematik entgegenstehen sollten, wenn es aber nicht mehr handelbar ist, wenn hier Hunderttausende unsere Grenzen überschreiten und hier die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt wird, dass in keinsten Weise mehr geprüft wird wer unseren Grund und Boden und unser Land betritt, dann frage ich mich schon, dann sind Sie weltfremd, ärger geht es gar nicht mehr und dann schauen Sie einmal bitte was in Paris ist, schauen Sie einmal oder lesen Sie keine Nachrichten, welche Leute hier in unser Land gekommen sind über Österreich, Frau Kollegin, über Österreich, die jetzt in Urstein sitzen, dann erkundigen Sie sich bitte gefälligst, damit Sie wissen, dass es sehr wohl ein großes Gefahrenpotential in dieser Richtung gibt. ...

(Unverständlicher Zwischenruf Abg. Mag.^a Sieberth)

... Frau Kollegin, ich weiß es eh, ich hoffe nur, ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass Sie nie wirklich eine Mehrheit bekommen, weil eine derartige scheinheilige Diskussion ist unglaublich. Jeder weiß, dass wir Frieden nur garantieren können, wenn wir auch in der Lage sind, diesen Frieden zu erhalten.

Leider, Frau Kollegin, gibt es auch Aggressoren und Menschen, die das nicht so sehen wie wir oder Sie, sondern die nichts Gutes im Sinne haben, die ganz andere Hintergründe haben, um praktisch hier letztendlich ihre Interessen durchzusetzen. Das ist nun einmal so. Wenn Sie vor dieser Tatsache die Augen verschließen, dann Gnade uns Gott, weil dann ist die Sicherheit massiv gefährdet in unserem Land.

Eines muss man schon sagen. Wenn Sie sagen kein Kriegsgerät mehr, ja ohne Waffen, ich weiß nicht wie das gehen sollte, wenn dann wirklich etwas passiert, wie Sie sich das vorstellen, Frau Kollegin, wir haben auch gesehen, dass das Bundesheer nicht in der Lage ist, die Grenzsicherung durchzuführen, als dann letztendlich doch die verantwortlichen Politiker das Bundesheer zu Hilfe gerufen haben. Das haben Sie offensichtlich alles vergessen. Gott sei Dank sind in der letzten Zeit durch das klüger werden, nämlich all die Dinge jetzt eingetreten sind, die wir bereits vor einem halben Jahr beantragt und auch so gesehen haben. Jetzt kommt man plötzlich drauf, dass das so nicht weitergehen kann, jetzt erkennt man plötzlich, dass der Weg ein falscher war. Gott sei Dank, die Verantwortlichen, Sie erkennen es immer noch nicht, und es ist halt leider so. Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte. Aber es ist dann Ihr eigenes persönliches Schicksal, aber bitte ziehen Sie nicht die gesamte Bevölkerung in diese Suppe mit hinein. Es geht letztendlich um das Interesse und das Sicherheitsbedürfnis aller Menschen und nicht nur um Ihres. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als letzter Redner kommt Helmut Naderer zu Wort.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Es stimmt was die Kollegin Sieberth gesagt hat mit dem Bundesheer. Für den Grenzschutz ist das Bundesheer gar nicht zuständig. Zuständig ist nach dem Kompetenzartikel der Bundesverfassung das Innenministerium, die Polizei. Nur bei dieser umfangreichen Tätigkeit ist es personell nicht möglich, daher gibt es diesen Assistenzeinsatz des Bundesheeres und das Bundesheer wäre an und für sich dazu da, in der weiten Fläche die Grenze zu sichern. Was passiert aber tatsächlich? Jeder, der zu uns kommt und sagt Asyl, wird weitergereicht nach Deutschland, ich will jetzt nicht sagen behördlich geschleppt, aber es schaut so ähnlich aus, da wird das Bundesheer benützt, dass die Flüchtlinge weitertransportiert werden nach Deutschland oder auch bei uns bleiben und ich kann mir gar nicht vorstellen, warum trotz Genfer Flüchtlingskonvention bei uns ein Flüchtling sofort wenn er Asyl sagt aufgenommen wird. Wir haben auch Dublin 3 und Schengen. Dublin 3 besagt jener Staat ist zuständig, wo er das erste Mal die EU betritt. Das ist geltendes Recht. Das scheint keinen zu interessie-

ren. Die Schengen-Staaten haben vereinbart, dass sie die Außengrenzen sichern. Das scheint keinen zu interessieren. Deswegen ist das jetzt augenscheinlich geworden, die vielen Mankos des Bundesheeres, weil man jetzt in der Krise, im Einsatz sieht, es funktioniert nicht mehr. Es wurde kaputtgespart, es gibt zu wenig Mannstärke, von der Bundesheermusik rede ich gar nicht, weil das ist eine nette Sache nebenbei, das hat mehr volkskulturelle Auswirkungen, weil sie eine super Ausbildungsstätte für die Musikanten war, aber in der Sache selber, im Kern ist das Bundesheer kaputt- und totgespart worden.

Der Landeshauptmann hat gesagt wir haben viele Sicherheitskrisen bewältigt. Ungarn 56 oder Tschechoslowakei 68 oder die Jugoslawienkrise. Ich sage das größte Sicherheitsrisiko ist immer die personelle Besetzung des Verteidigungsministers. Jetzt habe ich ja einen kleinen Hoffnungsschein. Der jetzige Verteidigungsminister macht in den ersten Monaten eine sehr gute Figur, aber was vorher gelaufen ist und warum wir in die Situation geraten sind, das spottet jeden Hohn. Wir haben zuerst einen Burgenländer gehabt, der hat keinen Militärdienst abgeleistet, sondern nur Zivildienst, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nicht nur, nicht nur Zivildienst!)

... Das war aber in diesen Jahren nicht so leicht wie jetzt, dass ich gesagt habe entweder Bundesheer oder Zivildienst, sondern da war ich vor einer Kommission und habe schwören müssen ich kann keine Waffe angreifen, weil das geht mit meinem Gewissen nicht. Dann ist so ein Mann, der wegen seinem Gewissen keine Waffen angreifen kann, plötzlich der Chef aller jener, die mit Waffen schießen. Das muss mir einmal einer erklären, wie das geht.

Dann ist der Nächste gekommen. Ein Steirer. Der ist zwar sehr eitel im Fernsehen aufgetreten, hat aber das Bundesheer nachhaltig kaputtgemacht mit den Schließungen der Kasernen. Tamsweg war auch im Gespräch. Gott sei Dank hat es da einen gemeinsamen Einsatz gegeben, dass das nicht so ist, aber ich glaube, das Bundesheer muss neu aufgestellt werden, das braucht einen Neustart.

Die Aussage vom Kollegen Hofbauer habe ich mir zuerst auch noch hergeschrieben. Er hat gesagt 2014 war das sicherste Jahr. Ich bin schon an Jahren etwas älter und bei der Gendarmerie damals 1983 eingerückt. Die sicheren Jahre waren mit 1990 vorbei. Da ist die Kriminalität sprunghaft angestiegen und jetzt ist sie auf einem hohen Niveau, etwas weniger geworden. Vorher waren wir ein sicheres Land, das stimmt, aber dann, wie alle Grenzen geöffnet wurden, und alle ungeprüft hereingelassen wurden, mit dem Zeitpunkt sind wir das nicht mehr gewesen.

Man kann das schon so oder so statistisch darstellen. Es ist aber so, dass seit die Grenzen alle geöffnet sind, wir wesentlich mehr Kriminalität haben als wir sie vorher hatten. Das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung hat sich genau bei der Diskussion gestern mit den Jugendlichen manifestiert. Ich glaube gefühlt von zehn Anfragen waren acht mit der Problematik der Flüchtlinge, warum man sie nicht kontrolliert, warum sie nicht eingesperrt werden, wenn sie sich gegenseitig ein Messer reinstechen. Das sind Fragen der Jugendli-

chen, und die sollten wir uns als Politiker auch einmal stellen, insbesondere jene Kreise, die dafür zuständig sind im Nationalrat, aber natürlich auch in der Europäischen Union, wobei ich nur sagen kann, die ganze Situation, die das kaputtgesparte Bundesheer so offensichtlich macht, ist ein Totalversagen der EU, weil ja die ganzen Verträge und Vereinbarungen, die wir dort geschlossen haben, einfach nicht eingehalten werden. Aber wenn ein Österreicher in einer 10 m breiten Straße im Ortsgebiet statt 30 36 fährt, muss er € 30,-- Strafe zahlen. Bei den eigenen null Toleranz und alle Toleranz bei den Auswärtigen, das kann einfach nicht die Philosophie dieses Landtages und der Politik in Österreich sein.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir haben nunmehr die Aktuelle Stunde geschlossen und beendet. Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich die mündlichen Anfragen kommen, ersuche ich wieder um Vorsitzübernahme durch die Zweite Präsidentin.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Wir kommen jetzt zu

Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Eingebracht wurden insgesamt neun mündliche Anfragen. Die mündliche Anfrage

5.7 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend interne Erlässe zur Mindestsicherung

wurde von Frau Riezler-Kainzner zurückgezogen.

Wir kommen jetzt zur zweiten

5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend flächendeckende LKW-Maut

Ich weise darauf hin, dass Sie, Herr Landeshauptmann, fünf Minuten Zeit zur Beantwortung haben. Danke.

Abg. Brand: Herr Landeshauptmann!

Am 26. Februar 2016 wurde bekannt, dass Sie in der Debatte um eine flächendeckende LKW-Maut auf Bundes- und Landesstraßen ihrem Verkehrsreferenten Mayr die Unterstützung entzogen haben.

Ich stelle dazu gemäß § 78 Geschäftsordnung des Landtages folgende mündliche Anfrage: Wurde die Ablehnung der flächendeckenden LKW-Maut in der Landeshauptleutekonferenz

behandelt und Ihre oben angeführte Ablehnung beschlossen? Die Unterfragen ergeben sich aus der Beantwortung der Hauptfrage.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke für Ihre Anfrage. Die Antwort ist nein.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Ich kann sagen, dass die Landeshauptleute Platter, Wallner, Pühringer, Pröll ebenfalls gegen eine flächendeckende LKW-Maut sind.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Brand: Jetzt tu ich mir schwer beim Nachfragen und beim Zusammenfassen, Herr Landeshauptmann. Die Ablehnung dieser Landeshauptleute - darf ich kurz zusammenfassen -, die Ablehnung der Landeshauptleute, die Sie aufgezählt haben, ist eigentlich in keinem Beschluss festgesetzt worden, sondern nur von Ihnen mündlich mitgeteilt, nehme ich an.

(Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Haslauer: Schriftlich!)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Das war eine Zusammenfassung, daher dürfen Sie Ihr Zeitkontingent nicht mehr ausschöpfen, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen jetzt zur zweiten

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Steiner BA MA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Flüchtlingsaussprache beim Bundespräsidenten

Wie gesagt Sie haben fünf Minuten Zeit. Danke.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Wilfried!

Bundespräsident Heinz Fischer hat Ende Februar die Regierungsspitze zu einer Aussprache zur Flüchtlingspolitik eingeladen, wie die Frau Präsidentin erläutert hat, und an der haben auch Sie laut Medienberichten als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz teilgenommen.

Deswegen möchte ich die mündliche Anfrage an Sie richten, aus welchen Gründen Sie zunächst hier teilgenommen haben und worum es hier im Detail gegangen ist. Ich möchte dann unter 1.2 auch wissen, sind durch diese Aussprache, die Sie hier getätigt haben, markante oder wesentliche Änderungen im Bereich der Flüchtlingspolitik erkennbar?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke für die Anfrage. Die Einladung ging über den Herrn Bundespräsidenten. Er hatte Informations- und offensichtlich auch möglicherweise Koordinierungsbedarf. Teilnehmer waren Bundeskanzler, Vizekanzler, Innen-, Außen-, Verteidigungs-, Justizminister, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes und der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Adamovic. Ich war in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz eingeladen und auch noch Bürgermeister Häupl war ebenfalls miteingeladen.

Es ging um das Flüchtlingsthema, wie ist die Einschätzung der weiteren Entwicklung und diese Einschätzung ist sehr geschlossen. Ich möchte das hier vielleicht mit dem Satz einfach auf den Punkt bringen, dass man sich nicht der Illusion hingeben kann, dass alles jetzt erledigt ist und dass wir nicht mit einem starken Zustrom noch rechnen müssen. Es bestehen doch Befürchtungen, dass die mazedonische Grenze nicht halten wird und dass möglicherweise eine ganz große Welle noch heraufkommt, vor allem wenn dann die Westbalkanstaaten ihre Schleusen sozusagen öffnen. Wir sind natürlich das erste für die Flüchtlinge interessanteste Land auf dieser Route. Das erste interessante Land und dann auch in Kombination mit der Fragestellung was macht Deutschland, wie viel nehmen die dann wirklich, agieren sie weiter mit Abwicklungshemmnissen, faktischen Abwicklungshemmnissen, die ja faktisch zu einer Kontingentierung geführt haben. Das haben wir ja alles gesehen.

Dazu gab es eine sehr gemeinsame gute Einschätzung, auch aufbauend auf den Informationen der Nachrichtendienste und zu Ihrer zweiten Frage. Es hat keine Änderung in der aktuellen Asylpolitik gegeben, sondern die Bundesregierung ist sehr geschlossen in der Einschätzung der Situation, aber auch in der Vornahme und Vorkehrung von Maßnahmen zur Bewältigung dieser Situation. Das Grundlagenpaket ist das Ergebnis des Asylgipfels vom 20. Jänner 2016.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Steiner BA MA: Herr Landeshauptmann, das heißt Sie können es auch verneinen, wie die mediale Debatte war. Das hat so ausgeschaut, wie wenn Sie hinbestellt wurden, weil der Bundespräsident äußerst unzufrieden war mit diesen Vorgängen. Das heißt Sie können da dezidiert sagen diese Aussprache hat stattgefunden aufgrund der derzeitigen Zustände und nicht aufgrund der Unzufriedenheit des Bundespräsidenten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: In keiner Weise. Die Medien haben daraus eine Kopfwäsche oder ähnliches gemacht. Das ist blanker Unsinn. Es war ein sehr sachliches, sehr gutes Gespräch. Der Bundespräsident hat natürlich hinterfragt, warum zu dem Westbalkangipfel Griechenland nicht eingeladen war. Der Außenminister hat das erklärt. Erstens, weil das die sogenannte Salzburger Runde ist, da war Griechenland nie dabei. Zweitens, weil es schon etwa eine Woche, 14 Tage, vorher eine ähnliche Konferenz unter der Teilnahme von Griechenland gegeben hat, bei der Griechenland die Sitzung verlassen hat und dann auch

auf Kontaktaufnahme nicht mehr reagiert hat. Also insofern war es klar beantwortet und es ist in keiner Weise so, dass Griechenland, der Kontakt zu Griechenland ausgeschlossen werden soll oder Griechenland außen vorgelassen werden soll. Nur zum Reden gehören immer zwei und wenn eine Seite die Gespräche abbricht, noch dazu mit der Begründung der Schutz der griechischen Außengrenzen ist eine rein griechische Angelegenheit und geht die EU nichts an, dann habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass bei so einer Konferenz, die ja auch zu Ergebnissen führen soll, andere Staaten eingeladen wurden und nicht Griechenland.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Steiner BA MA: Danke für die Beantwortung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Damit ist auch diese Anfrage beantwortet. Wir kommen zur Anfrage

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. SchöchI an Landesrat Mayr betreffend die Sicherheit von einspurigen Bahnstrecken in Salzburg

Herr Abgeordneter, Du bist am Wort.

Abg. HR Dr. SchöchI: Danke Frau Präsidentin!

Im Land Salzburg betreiben die Österr. Bundesbahnen und die Salzburg AG neben den meist zweigleisigen auch etwa 130 Kilometer eingleisige Bahnstrecken. Aufgrund des tragischen Zugunglücks in Bad Aibling im benachbarten Bayern in den letzten Wochen ist vermehrt darüber diskutiert worden, wie und vor allem ob die Sicherheit auf eingleisigen Strecken von Seiten der Bahnbetreiber garantiert werden kann. Dabei muss durch organisatorische und auch technische Maßnahmen sichergestellt werden, dass es auch im Fall von menschlichem Fehlverhalten und Versagen nicht zu einer Katastrophe kommen kann.

Ich darf daher folgende Frage an Dich, sehr geehrter Herr Landesrat, stellen. Welche konkreten Sicherheitsvorkehrungen werden auf den eingleisigen Bahnstrecken in Salzburg getroffen, um solche Zusammenstöße zu verhindern? Ich darf gleich die Unterfrage anschließen. Gibt es in diesem Bereich Anregungen für Verbesserungen? Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Danke Herr Abgeordneter. Du hast einleitend schon gesagt es gibt zwei Betreiber von einspurigen Gleisanlagen. Aus diesem Grund werde ich auch die Frage differenziert beantworten. Seitens der ÖBB funktioniert es so, dass im Falle einer Störung der Sicherungsanlage der Betrieb je nach Art der Störung in einer genau definierten Rückfallebene abgewickelt wird. Dies führt unter Umständen natürlich zu Qualitätseinbußen wie

Verspätungen oder Anschlussversäumnissen, keinesfalls aber zu einer Verminderung des Sicherheitsniveaus. Das ist ja in dem Fall das Wesentliche.

Seitens der Salzburg AG darf mitgeteilt werden, dass grundsätzlich auf allen von der Salzburg AG und von den Salzburger Lokalbahnen betriebenen eingleisigen Strecken Sicherungssysteme zum Einsatz kommen, die Zusammenstöße technisch unterbinden. Die nennt man Folgezugsicherung, Gegenzugsicherung, ergänzt durch punktuelle oder permanente Überwachung der Einhaltung der betrieblichen Fahraufträge am Fahrzeug selber.

Diese technischen Einrichtungen werden von speziell ausgebildeten Fachkräften im ausführlichen Bahnbetriebsdienst bedient. Diese Fachkräfte, das ist nämlich auch sehr wichtig, durchlaufen nach entsprechender Auslese durch bahnärztliche und eignungspsychologische Kriterien eine umfassende Ausbildung samt den dazugehörigen Prüfungen. Sie unterliegen auf Verwendungszeit im ausführenden Betriebsdienst einer laufenden periodischen und fachlichen und bahnärztlichen Überwachung.

Als Bindeglied zum Faktor Mensch als Bediener dieser stationären und fahrzeugseitigen Einrichtung wird dabei durch restriktive behördlich zugelassene Betriebsvorschriften gebildet. Neben dem Planbetrieb werden auch alle Arten von Abweichungen und Sonderfälle geregelt. Das sind z. B. die Störung der Anlage, wie verhalte ich mich im Störfall, eine tagesaktuelle Disposition, menschliche Unzulässigkeiten, wie z. B. eine plötzliche Erkrankung von einem Lokführer oder sonst irgendetwas.

Um die Einhaltung und Kenntnis dieser Vorschriften und Regeln zu gewährleisten, wird seitens der Salzburg AG und den Salzburger Lokalbahnen eine eigene eisenbahnbehördlich genehmigte Schulungsabteilung betrieben. Diese wird durch ein Managementsystem ergänzt, das im Wege eindeutig definierter Prozesse und Zuständigkeiten die Sicherheit und Ordnung im Bahnbetrieb laufend überwacht und gegebenenfalls vorbeugend verbessert.

Jetzt zu Deiner zweiten Frage: Gibt es in diesem Bereich Anregungen für Verbesserungen? Die ÖBB ist ständig um eine Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik, der Infrastruktur wie z. B. elektronische Stellwerken und betriebsferngesteuerten Zentralen bemüht. Das glaube ich merkt man auch laufend, dass es da sehr viele Änderungen und Entwicklungen gibt. Ziel ist die langfristige Absicherung und Weiterentwicklung der Sicherheit im Netz bei steigendem Verkehrsaufkommen. Zur Zielerreichung werden daher permanent risikomindernde Anlagenmaßnahmen in allen Betrieben unter Einhaltung der sicherungstechnischen Vorgaben umgesetzt. Dazu wird eine langfristige Investitions- und Ausrüstungsstrategie festgelegt, um das Sicherheitsniveau am Gesamtnetz weiter zu verbessern.

Jetzt im Hinblick auf das tragische Ereignis in Bad Aibling erkennt man, dass natürlich bei bester Technik immer noch ein Restrisiko durch die Bedienung der Menschen vorhanden ist. Gerade die Salzburg AG sieht die Aufgabe als Bahnbetreiber hauptsächlich darin, dieses Restrisiko durch Standards, durch Schulungen, mittels aktiver Kontrolle und Betreuung des ausführenden Bahnbetriebspersonals zu minimieren. Allfällige Maßnahmen sollten neben

der technischen Komponente auch immer die menschliche Komponente im Blickfeld halten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter, hast Du weitere Fragen?

Abg. HR Dr. Schöchli: Danke für Deine Antwort. Es ist schön und es freut mich, dass beide Unternehmen, die ich hier angesprochen habe und die bei uns das betreiben, auch wirklich sehr ernsthaft Maßnahmen setzen, sowohl technisch, aber insbesondere auch Schulungen, um solche Unglücke zu verhindern. Aber Du hast es gesagt, 100%ige Sicherheit wird es in diesem Bereich natürlich wie in allen technischen Bereichen nicht geben können, weil der Faktor Mensch da mitspielt. Aber man sieht, dass diese Unternehmen das sehr ernsthaft betreiben. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Die folgende

5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Schulbesuch minderjähriger Flüchtlinge

Bitte Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Seit September werden Flüchtlingskinder unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status in die Schule geschickt, obwohl das Schulpflichtgesetz das gar nicht vorschreibt. Aufgrund mangelnder oder in den meisten Fällen vollkommen fehlender Deutschkenntnisse sind diese nicht fähig, dem Unterricht zu folgen und besitzen dementsprechend keine Schulreife und wären in die Vorschule beziehungsweise in Integrationsklassen zu schicken. Jedoch werden sie ihrem Alter entsprechend als außerordentliche Schüler in den jeweiligen Schulstufen eingeschult. Am Ende des Jahres wird dann festgestellt, ob sie als ordentliche Schüler samt Benotung in der nächsten Schulstufe eingeschult werden können - was stark zu bezweifeln ist - oder weiter als Außerordentliche aufsteigen.

Weiters benötigen Flüchtlingskinder aus dem arabischen Raum eine immense Betreuung, da sie keine beziehungsweise eine nicht im Ansatz gleichwertige schulische Ausbildung besitzen. Dadurch werden österreichische Kinder benachteiligt, da sie keinen ordentlichen und qualitativ hochwertigen Unterricht mehr bekommen können.

Ich stelle daher an Sie folgende Anfrage: Warum werden minderjährige Flüchtlinge nicht in Integrationsklassen zusammengefasst, um ihnen die Sprache und europäischen Werte beizubringen bevor man sie einschult? Unterfragen gleich: Inwieweit können Flüchtlingskinder dem Unterricht überhaupt folgen? Wie stehen Sie zu der Benachteiligung österreichischer Kinder, wegen des zeitlichen Mehraufwands für Flüchtlingskinder?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke, Frau Abgeordnete, für Ihre Anfrage. Darf ich zunächst zwei Unschärf- bzw. sachliche Unrichtigkeiten klarstellen. Sie schreiben, dass Flüchtlingskinder in die Schule geschickt werden, obwohl das Schulpflichtgesetz das nicht vorschreibt. Das ist unrichtig, denn nach § 1 Abs. 1 Schulpflichtgesetz sind alle in Österreich lebenden Kinder im schulpflichtigen Alter haben das Recht und die Pflicht, die Schule zu besuchen, egal in welchem Rechtsstatus sie sind.

Dann verwenden Sie das Wort Integrationsklassen, meinen damit eine Integration von ausländischen Kindern, sage ich jetzt sehr ungenau. Der Terminus Technikus Integrationsklassen meint aber ganz etwas anderes. Das ist nämlich der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Sonderpädagogischer Förderbedarf im schulrechtlichen Sinn liegt dann vor, wenn eine Schülerin oder ein Schüler infolge psychischer oder physischer Beeinträchtigungen oder Behinderungen dem Unterricht in einer Pflichtschule nicht zu folgen vermag und nicht vom Schulbesuch befreit ist. Dafür gibt es eben die sonderpädagogischen Zentren, wie sie vorher geheißen haben bzw. die Integrationsklassen, wo Kinder mit solchen Beeinträchtigungen gemeinsam mit Kindern ohne Beeinträchtigungen unterrichtet werden. Das Nichtbeherrschen der Unterrichtssprache ist keine psychische oder physische Beeinträchtigung, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf rechtfertigt.

Solche Kinder werden als außerordentliche Schüler, das schreiben Sie dann ja auch, entsprechend aufgenommen. Ich wollte das nur klarstellen, weil da ein bisschen die Dinge, nämlich Integration wird für mehrere Sachverhalte verwendet, aber im schulrechtlichen Sinn ist das eine wichtige Unterscheidung.

Wir haben Willkommensklassen gebildet, in der Kinder, die aus den verschiedensten Ländern kommen, nicht die Unterrichtssprache beherrschen, das sind nicht nur Flüchtlingskinder, das sind auch sehr viele Kinder von Menschen, die hier arbeiten und gemeinsam mit inländischen Kindern unterrichtet werden, mit besonderer Unterstützung von Sprachlehrern. Das funktioniert sehr, sehr gut, da haben wir sehr positive Ergebnisse. Wir sehen, dass diese Kinder enorm schnell die deutsche Sprache lernen und bei den österreichischen Kindern, die da drinnen sind, da besteht der ausdrückliche Wunsch der Eltern, die dort auch hineinzugeben, das muss man auch ganz klar dazu sagen.

Wir unterstützen die Lehrer und die Schulleiterinnen. Wir haben für den Bereich der Beschulung von Asylwerbern und -berechtigten einen Koordinator im Landesschulrat bestellt, den Landesschulinspektor Mag. Josef Thurner. Der ist Informationsdrehscheibe und unterstützt die Schulen. Wir haben 30 Landesplanstellen, die wir vom Bund nicht refundiert bekommen, insgesamt sind es 75. Also 45 kriegen wir vom Bund, 30 zahlen wir sozusagen auf eigene Kosten für Sprachförderungen, weil der Bund bis jetzt trotz vielfacher Ankündigung keine entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt hat. Jetzt kommt da etwas Weiteres. Die 75 Mio. sind jetzt aufgeteilt auf die Ressorts und wenn ich es recht im Kopf habe, dann hat das Bildungsministerium davon 16,5 Mio. bekommen, das Integrationsministerium 25 Mio., aber die Zahlen kann ich noch genau schauen. Ich gehe davon aus, dass das letzt-

lich dann auch in den Ländern entsprechend landen wird. Da sind die Dinge auch noch abzuschärfen, damit man nicht Parallelitäten aufbaut.

Wir haben zusätzlich gemeinsam mit dem Integrationsminister, Außenminister Kurz, auch die Frau Landesrätin war dabei, die Werte- und Orientierungskurse des Österr. Integrationsfonds, man muss die Dinge schon ein bisschen in die Relation bringen, landesweit 500 Flüchtlingskinder im Pflichtschulbereich bei 38.500 Schülern. Da kann man nicht wirklich sagen, dass unser Schulsystem zusammenbricht.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Vielen Dank, Herr Landeshauptmann. Danke auch für die Aufklärung wegen Integrationsklassen. Es dürfte aber im Sprachgebrauch der Salzburger Bevölkerung anders sein, auch bei Lehrpersonen. Es wird auch, ich kann es in einem persönlichen Gespräch sagen, auch in einer Schule eine Integrationsklasse bezeichnet, wo Vorschulkinder mit der ersten Klasse gemeinsam Unterricht haben, wird als Integrationsklasse bezeichnet. Bitte das dann dort auch zu korrigieren, ich kann Ihnen gerne sagen, um welche Schule es sich handelt.

Dass aber Integration und Deutschlernen in gemischten Klassen besser funktioniert, widerlegt die Erfahrung damals durch den Jugoslawienkrieg. Da hat es eigene Klassen gegeben, es hat eigene Klassen gegeben, wo ausschließlich Deutsch gelehrt wurde und die Ergebnisse sprechen eine eindeutige Sprache, wie gut sich die Kinder damals integriert haben, also es sind heute erwachsene Menschen, würde auf dieses Modell zurückgehen.

§ 1 Schulpflichtgesetz steht drinnen, dass sich die Kinder dauernd in Österreich aufhalten sollten. Das kann ich aber von Asylwerberkindern nicht behaupten, dass sich die dauernd in Österreich aufhalten werden. Die Aufnahme von Kindern, die nicht schulreif sind, hat in Vorschulklassen zu erfolgen und wer nicht Deutsch kann, kann dem Unterricht nicht folgen und reißt dann eventuell Kinder österreichischer Muttersprache oder Kinder, die Deutsch beherrschen, vom Leistungsniveau, vom Lernniveau herunter, weil sich klarerweise die schon ohnehin genug ausgelasteten Lehrpersonen sich um diese Flüchtlingskinder kümmern müssen und ich habe da wirklich Bedenken, auch wenn Sie sagen bei 500 Kindern geht die Welt jetzt nicht zugrunde. Mag schon sein. Die 500 sind jetzt die Spitze des Eisberges, es werden noch viele nachkommen und ich denke doch, dass wir da Rücksicht nehmen sollten, dass unser Bildungssystem nicht noch weiter leidet darunter. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Somit kommen wir zur nächsten

5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020

Herr Abgeordneter, Du bist am Wort.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Die Nutzung von Erdwärme ist mit einem Anteil von 57 % ein Kernpunkt bei den primären Aktionsfeldern des Masterplans des Landes. Anfang Februar stoppte die Salzburg AG offensichtlich via Medien das Projekt „Tiefe Geothermie zur Wärmeerzeugung im Rupertiwinkel mit einem Energiepotential von 752 Terrajoule“.

Meine mündliche Anfrage dazu: Wie willst Du bzw. die Landesregierung die ambitionierten Ziele des Masterplans trotz des Wegfalls des Geothermieprojekts erreichen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke, Herr Abgeordneter, für die Frage. Ich möchte Deine Frage in zwei Teile teilen, nämlich die Frage eins. Das Geothermieprojekt der Salzburg AG und die zweite Frage wie es sich auf die Umsetzung des Masterplans auswirkt.

Zur ersten Frage: Die Ankündigung der Salzburg AG, das ...

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, kannst Du bitte einen rüber rutschen, es hat einen Widerhall dieses Mikrofon.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (setzt fort): ... hat so eine komische optische Wirkung. Dieser Sessel ist überraschend höher und wesentlich komfortabler, wie ich gerade draufkomme.

Ich darf noch einmal starten. Herr Abgeordneter, danke für die Anfrage. Ich möchte Ihre Frage in zwei Teile teilen. Erstens das Geothermieprojekt der Salzburg AG. Zweitens die Umsetzung des Masterplans.

Zum ersten Punkt: Die Ankündigung der Salzburg AG, das Projekt der Geothermie im benachbarten Bayern nicht weiterzuverfolgen, habe ich tatsächlich leider aus den Medien erfahren und war darüber vorher nicht informiert. Ich habe daher als Reaktion als Mitglied des Aufsichtsrates veranlasst, auch in Gesprächen und abgestimmt mit den Vorständen der Salzburg AG und mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, dass ein detaillierter Bericht zum aktuellen Stand des Projektes Geothermie Kirchheim in der nächsten Aufsichtsratsitzung am 5. April vorgelegt wird und ich habe auch vereinbart, dass das Thema Masterplan Teil der Tagesordnung ist, damit wir die Gelegenheit haben, den Masterplan dem gesamten Aufsichtsrat zur Kenntnis zu bringen.

Als Nächstes habe ich mit Mitgliedern der Fachabteilungen und auch mit dem Regierungskollegen Josef Schwaiger eine Exkursion in den bayrischen Raum organisiert, das war auch in den Medien zu hören. Wir haben zwei Anlagen besichtigt, eine in Pullach, eine zweite in

Sauerlach bei München. Es sind zwei unterschiedliche Anlagen. Eine zur reinen Fernwärmeerzeugung, eine zweite, gekoppelt Fernwärme und Stromerzeugung. Wir haben uns da doch ein sehr gutes Bild machen können über die derzeitige Praxis der Geothermienutzung in Bayern.

Um nur einige Zahlen zu nennen. Bayern hat derzeit 17 Anlagen in Betrieb und sechs weitere in Bau. Die Stadt München, die Stadtwerke München sind die Betreiber der Anlage in Sauerlach. München hat derzeit fünf weitere Anlagen bis 2025 in Planung und Vorbereitung und die Stadt München hat das Ziel, bis 2040 die gesamte Fernwärme aus erneuerbarer Energie zu speisen. Also ein doch klares Ziel, wie auch auf bayrischer Seite an die Nutzung der Fernwärme, die Nutzung der Geothermie herangegangen wird.

Wesentlich war für uns auch im Rahmen der Besichtigung zu sehen, was sind die Risikofaktoren, was sind auch die technischen Anforderungen an Geothermieanlagen, die Fragen der Bohrtiefe und damit verbundene Bohrrisiken, der gewisse Risikofaktor der Thermalwassertemperatur und vor allem der Schüttung. Das sind die wichtigsten Kriterien für die mögliche Nutzung als reine Fernwärmeanlage oder auch als kombinierte Anlage für Fernwärme und Stromerzeugung. Es war aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Termin, um auch diesen Einblick in die Details und Praxis zu bekommen.

Die Frage ist, wie das Geothermieprojekt jetzt in der Salzburg AG weiter behandelt wird. Wir warten den Bericht am 5. April ab, um uns auch zu informieren, sind die Risiken abschätzbar und wird das Projekt weiterhin betrieben. Dann ist sozusagen alles in Ordnung und ich werde mich freuen, über das Projekt weiter zu berichten. Wenn es so wie angekündigt technisch machbar sein sollte, aber wirtschaftlich nicht darstellbar, dann ist sicher der Punkt, wo man detailliert nachfragen muss, ob die wirtschaftliche Kalkulation hinterfragt werden kann und/oder ob es auch andere Lösungen, Alternativen gibt, wie man diese offenbar derzeit vorliegenden Schwierigkeiten lösen kann. Die eine Frage ist, wer sind die Partner im Projekt, können auch die Partner z. B. die Stadtwerke München oder auch die Gemeinden, die ja betroffen sind, sich an den Bohrrisiken, an den technischen und wirtschaftlichen Risiken vielleicht stärker beteiligen, um das Projekt voranzubringen, kann man diese technischen und wirtschaftlichen Risiken allenfalls gemeinsam tragen.

Es läuft für mich schon auch auf die grundsätzliche Frage hinaus, welche Rolle die Salzburg AG künftig bei der Umsetzung des Masterplans und auch bei der Erreichung der Klimaziele tragen will und tragen kann. Da sind wir ja auch hier in dem Haus immer wieder an der Grenze, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen einer Aktiengesellschaft bestimmten Kriterien folgen. Das ist bisher auch so gehandhabt worden. Ob man diese Art der Wirtschaftlichkeitsberechnung allenfalls in Frage stellen kann oder was es braucht, damit eine Salzburg AG bei der Umsetzung des Masterplans eine aktivere Rolle einnehmen kann. Ich wünsche mir sehr, dass die Salzburg AG zum Partner wird, so wie auch andere namhafte Einrichtungen des Landes. Derzeit haben wir vier Salzburg 2050 Partnerschaften. Es ist auch darüber schon berichtet worden. Salzburger Landeskliniken, Museum, Haus der Natur, Universität Salzburg und Bildungshaus St. Virgil. Natürlich erwartet und wünscht sich jeder,

dass der Salzburger Energiedienstleister Nummer eins, die Salzburg AG, selbstverständlich auch so ein Partner werden soll.

Ich fürchte, dass ich bei den Teilfragen nicht mehr vorankomme, vielleicht gibt es noch eine Folgefrage.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, hast Du noch weitere Fragen?

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke sehr. Ich entnehme Deinen Ausführungen, dass zumindest für Dich, aber ich würde fragen, für die gesamte Landesregierung hoffentlich dieses Thema noch nicht abgeschlossen ist, dass die Umsetzung weiterverfolgt wird und auch entsprechend mit Nachdruck der Salzburg AG empfohlen wird, dieses Projekt umzusetzen. Liege ich da richtig in meiner Annahme?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Das wird jetzt sehr entscheidend abhängen was die derzeitigen Schwierigkeiten sind, über die uns die Salzburg AG berichtet und ob sie lösbar sind. Für mich ist es schon wichtig zu sehen, dass ein Nachbarland, das ja nicht so weit entfernt ist, die Geothermie aktiv nutzt, sich auch den Risiken stellt, bereit ist, auch gewisse Hürden dabei zu überwinden. Ich wünsche mir einfach, dass auch die Salzburg AG, wenn es auch nur eine kalkulierbare Aussicht auf Erfolg gibt, sich doch darauf einlassen sollte und sich auch gute Partner dazu holen soll. Das ist für mich der Ansatz, jetzt in die nächste Sitzung zu gehen und mir berichten zu lassen und hoffentlich ein Stück weiterzukommen.

Wenn es nicht geht, wenn es tatsächlich nicht machbar sein sollte, dann müssen wir auch sehr schnell über einen Plan B reden und sagen, kann man andere Abwärme im Bundesland nutzen, kann man am Fernwärmenetz technisch etwas verbessern, Rücklaufemperatur reduzieren. Es gibt davon abgesehen im Bereich Fernwärme auch andere Vorschläge, die durchaus namhafte Beträge hereinbringen, denn der Masterplan ist ein Gesamtkonzept zur Erreichung der Klimaziele und auch im Bereich Erneuerbare-Energie-Erzeugung, aber vor allem Effizienzsteigerung und Energie letztlich auch einzusparen. Die Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs bis 2050 ist ja eines der Ziele, auf das wir gemeinsam hinarbeiten müssen und auch in allen Sektoren, das heißt vom Gebäude bis Verkehr bis Industrie und Gewerbe, das Feld, wo wir viele Maßnahmen planen und umsetzen, das Feld ist ohnehin unerschöpflich.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Eine Zusammenfassung?

Abg. Ing. Mag. Meisl: Dann mache ich die Zusammenfassung und Frage den Plan B dann, sollte er eintreten. Meiner Meinung nach sollte man, glaube ich, noch beim Plan A bleiben und wirklich mit allen möglich zur Verfügung stehenden Mitteln darauf drängen, dass so ein

Projekt, weil ich glaube es ist ein sehr sinnvolles Projekt, die Fernwärme zu nutzen und Stromerzeugung, beides, dass man so ein Projekt auch umsetzt, weil es, glaube ich, ein Meilenstein wäre in der Entwicklung hin zu einem autarken Bundesland.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Damit ist diese Anfrage beendet. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese vorgenommene Sitzplatzänderung einige Fotoaktivitäten ausgelöst hat und ich weise ausdrücklich darauf hin, dass das nur auf eine sprachtechnische Problematik zurückzuführen ist. Darum ersuche ich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin wiederum Ihren Platz einzunehmen.

Wir kommen zur nächsten

5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Kontrollen an der Grenze zu Deutschland

Bitteschön!

Abg. Wiedermann: Danke. Herr Landesrat!

Die dauerhafte Öffnung einer zweiten Grenzkontrollspur am Walserberg durch die deutschen Behörden haben Sie kürzlich gefordert. Entsprechende Vorbereitungen sollen laut Medienberichten bereits auf der A 8 bei Piding im Gange sein. Am Grenzübergang Freilassing aber dürfte an der einspurigen Kontrolle festgehalten werden. Damit eine zweispurige Abfertigung am Grenzübergang Freilassing möglich wäre, müsste die Kontrollstelle in den Bereich der ehemaligen Grenzposten verlegt werden, die sich auf österreichischem Staatsgebiet befinden. Laut eines Sprechers der deutschen Bundespolizei lehnen aber österreichische Behörden die Verlegung dieser Kontrollstelle auf österreichisches Staatsgebiet ab.

Ich stelle daher an Sie folgende mündliche Anfrage: Haben Sie seit der Einführung der Grenzkontrollen nach Deutschland Kontakt mit den deutschen Behörden aufgenommen, damit die Kontrollen sowohl am Walserberg als auch an der Grenze Freilassing zweispurig vorgenommen werden und wenn ja, mit welchem Ergebnis? 1.1 Ist es zutreffend, dass österreichische Behörden einer Verlegung der Kontrollstelle bei der Grenze Freilassing auf österreichisches Staatsgebiet bisher ihre Zustimmung verweigert haben und wenn ja, um welche Behörden handelt es sich und worin liegen die Gründe für die Ablehnung des Begehrens Deutschlands? 1.2 Sollten die Grenzkontrollen von Seiten Deutschlands künftig aus irgendwelchen Gründen noch intensiver durchgeführt werden, welche Maßnahmen haben Sie geplant, damit es durch den dann zu erwartenden noch längeren Verkehrsrückstau nicht zu einem kompletten Verkehrszusammenbruch im Bereich der Stadt Salzburg und Umlandgemeinden kommt?

Ich bitte um Beantwortung der Fragen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Danke Herr Abgeordneter. Vom Zeitlichen fast eine punktgenaue Anfrage.

Am 20. November fand eine gemeinsame Besprechung mit dem Herrn Landeshauptmann, mit Vertretern der Touristiker, der Bergbahnen, der Polizei statt. Wir haben uns berechnigte große Sorgen gemacht gerade auf die damals anstehende Wintersaison, auch den ganzen Schifahrertourismus, dass es da zu großen Problemen kommen wird. Ziel dieser Besprechung war eben die deutschen Behörden wirklich darauf einzuschwören, eine zweispurige Abfertigung zu machen. Das wurde dann auch fallweise gemacht, aber nur an gewissen Tagen. Von der Behörde her ist die deutsche Bundespolizei dafür zuständig, also nicht die bayrische, sondern die deutsche. Trotzdem habe ich heute gute Nachrichten.

Ich habe am Dienstag, also gestern, mit Landrat Grabner telefoniert und er teilte mir zwei Botschaften mit. Erstens: Freilassing, da hätte es eine Lösung seitens der Bayern gegeben. Ich wurde in diese Besprechung nicht eingebunden. In letzter Konsequenz hat dann die Stadt Salzburg diesen Lösungsansatz abgelehnt. Wir geben aber jetzt nicht auf. Es wird innerhalb der nächsten 14 Tage einen gemeinsamen Termin geben mit den Bayern, mit der deutschen Staatspolizei, mit der Stadt Salzburg und mit uns, wo wir versuchen, diesen angedachten Lösungsansatz durchzusetzen. Da geht es um eine dauernde zweispurige Grenzkontrolle. Zum Thema Freilassing, ist noch nicht gelöst, aber wir sind im Gespräch und sehr an einer Lösung bemüht.

Seitens Walserberg schaut die Situation erfreulicher aus. Nach Auskunft der Autobahndirektion Südbayern plant man derzeit eine provisorische Baumaßnahme. Es wird ein eigener Straßenabschnitt asphaltiert, wo rein die LKW abgefertigt werden. Die ganze Abfertigung wird zurückgelegt Richtung Piding und es wird eine zweispurige Abfertigung für PKWs geben. Wir setzen großen Druck darauf, dass das zumindest bis Pfingsten umgesetzt werden kann. Jetzt für das kommende Osterwochenende gibt es einen Notfahrplan. Bis jetzt ist es so: Ab dem Zeitpunkt, wo der Rückstau 5 km beträgt, wird dann versucht, zweispurig die Grenzkontrollen durchzuführen. Dies wird jetzt reduziert in den Osterfeiertagen auf 3 km, dass es etwas rascher geht.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Ich komme vielleicht gleich zur Zusammenfassung. Die eine Botschaft, Herr Landesrat, haben wir heute den Medien bereits entnommen was die Autobahn betrifft. Trotzdem ist zu befürchten, dass aufgrund der Informationen, die bestehen, die Flüchtlingsströme nicht abreißen werden und auch nicht nur die österreichischen Behörden, sondern auch die deutschen Behörden hier gezwungen sein werden, hier wieder entsprechende Kontrollmaßnahmen vorzunehmen, die sich dann letztlich wiederum auf den Verkehr auf der Autobahn auswirken werden.

Es wird dann so sein, dass die derzeitige Grenzkontrollstelle im Bereich der Autobahnauf- und -abfahrt Piding etwas näher zur österreichischen Grenze verlegt werden soll, so habe ich das heute verstanden, also in den Bereich der ehemaligen Grenzkontrollstelle. Das be-

deutet auf der einen Seite sicherlich eine Entlastung für jene, die aus Richtung Bad Reichenhall auf die Autobahn auffahren wollen, andererseits wird aber das dann wieder zu mehr Umgehungsverkehr führen, weil die Leute und die Autofahrer sich sehr rasch auf mögliche leichtere Fahrereignisse einstellen werden.

Zum Zweiten: Die Grenzkontrollstelle Freilassing ist in der Tat immer wieder ein Problem, das ist tagesabhängig, das ist auch abhängig vom Wochentag und letztlich auch vom Wetter. Betroffen sind von den bisherigen Stauproblemen insbesondere der ganze Bereich der Stadt Salzburg, aber auch meine Heimatgemeinde Wals-Siezenheim. Ich kann auch hier als Betroffener sagen es gibt kaum einen einzigen Schleichweg in der Gemeinde, keine, wenn sie noch so schmal ist, Gemeindestraße, wo man nicht Kennzeichen von allen möglichen Herkunftsländern sieht, teilweise verirren sich dann auch Schwerfahrzeuge auf Gemeindestraßen und verursachen dann letztlich auch im Bereich der Gemeinde Wals-Siezenheim, aber nicht nur hier, sondern auch im Bereich der Stadt Salzburg ein regelrechtes Verkehrschaos, was auch ganz massive Auswirkungen, ich glaube die Diskussion brauchen wir hier nicht länger führen, massive Auswirkungen auf die Wirtschaft bedeutet. Nicht nur das Stehen im Stau hat massive Auswirkungen, ich denke nur an das Transportgewerbe, sondern auch auf die in diesem Bereich angesiedelten Betriebe, die einen massiven Umsatzrückgang zu verzeichnen haben und ich darf Sie noch einmal ersuchen, hier wirklich Druck zu setzen, um zumindest auch Freilassung einer Lösung zuzuführen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: So kommen wir

5.8 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landesrat Mayr betreffend flächendeckende LKW-Maut

Bitteschön!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Am 26. Februar 2016 wurde bekannt, dass Landeshauptmann Haslauer Ihnen die Unterstützung bei der Umsetzung der flächendeckenden LKW-Maut entzogen hat.

Ich stelle dazu eine mündliche Anfrage gemäß Geschäftsordnung Landtag: Wird das von den Verkehrsreferenten der Länder in Auftrag gegebene Papier zur flächendeckenden LKW-Maut am 29. April 2016 präsentiert bzw. werden bzw. werden Sie in der Folge oder wirst Du in der Folge das Papier dem Salzburger Landtag präsentieren?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landesrat Mayr: Die Unterstützung wurde mir in dem Sinn nicht entzogen, wir haben nur einen verschiedenen Zugang zu diesem Thema. Zweitens: Jawohl, das Papier wird präsentiert werden, weil ja die Bundesländer Kärnten und Steiermark auf Beamtenebene von der letzten Verkehrsreferentenkonferenz den Auftrag erhalten haben, an der Umsetzung der

flächendeckenden LKW-Maut zu arbeiten und uns Expertisen darzustellen, wie diese flächendeckende LKW-Maut umgesetzt werden könnte.

Ich denke schon, wenn das ein Thema wird, weil in letzter Konsequenz ist ja das jeweils eine Landesentscheidung hinsichtlich der Einführung der flächendeckenden LKW-Maut, muss natürlich der Landtag damit beschäftigt werden, wenn dieser Antrag eine Mehrheit finden sollte.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur ersten Unterfrage: Wirst Du das Thema im Ressort gegen den Willen Deines Vorgängers, gegen den Willen des Landeshauptmannes auch weiterverfolgen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Ich werde weiterhin ganz intensiv versuchen, mit Sachargumenten mich dafür einzusetzen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass das eine Maßnahme sein wird, die mehrfach wirkt. Alle Bundesländer haben größte Probleme, auch die Gemeinden, den Erhalt der Landes- und Gemeindestraßen zu finanzieren. Das ist das erste Problem, das wir haben. Zweitens wissen wir, dass die schweren LKWs bis zu 50.000mal so viele Schäden auf den Straßen verursachen wie ein Mittelklasse-PKW. Drittens wissen wir, dass die Bevölkerung natürlich darunter leidet, wenn LKWs, wenn Transit dort stattfindet, wo er nicht stattfinden soll. Das geht auch hin bis zum ganzen Umweltschutz und bis zur Belastung der Menschen und diese flächendeckende LKW-Maut würde aus meiner Sicht da dreifach wirken.

Wir wissen inzwischen aus einigen Informationen aus der Studie, dass das Transportgewerbe, für die wäre es ein Durchläuferposten, in letzter Konsequenz zahlt es der Konsument, mit einer Erhöhung der Preise im Warenkorb von 0,15 %, ich habe mir versucht, zwei Beispiele zu errechnen. Zum Beispiel $\frac{1}{4}$ kg Butter würde statt € 1,49 € 1,4922 kosten, also nicht einmal in Cent darstellbar. Eine Packung Pampers würde von € 13,99 auf € 14,02 steigen. Preiserhöhung ja, aber in einem Bereich, der vertretbar ist. Es ist hochgerechnet worden für eine Familie im Jahr was das kosten würde, runde € 70,--. Darüber kann man diskutieren, ob das verkraftbar ist oder nicht, aber in Summe kriegt die Bevölkerung auch eine Gegenleistung, nämlich eine intakte Infrastruktur und wirklich das nächste Problem ist das. Der LKW praktisch zahlt für die Straße keinen Beitrag. Wenn wir die Güter auf die Schiene bringen wollen, kostet das Geld. Das ist auch ein weiteres Argument, warum ich fachlich weiterhin dafür eintreten werde.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur zweiten Unterfrage: Ist Dir eine Meinung des zweiten Teils, nämlich des Grünen Teils in der Landesregierung zu diesem Thema bekannt und wie

schätzt Du die Chancen ein, dass Du Dich mit Deinem Anliegen in der Regierung auch durchsetzen wirst?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Dieses Thema wird keine Regierungskrise hervorrufen, davon bin ich ganz überzeugt. Wir werden das auch im Zuge des Landesmobilitätskonzeptes sehr sachlich diskutieren und versuchen, zu einer Lösung zu kommen, wobei wir nur ein kleiner Teil des Gesamten sind. Wenn z. B. die anderen Bundesländer, gerade die Nachbarbundesländer Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten, Oberösterreich da nicht mitgehen würden, dann macht das sowieso keinen Sinn. Also ich habe immer die Meinung vertreten mindestens sieben Bundesländer müssen das umsetzen, damit das Ganze einen Sinn macht. Wenn wir so weit sind, dann werden wir auf Landesebene da auch die politische Diskussion entsprechend ansetzen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Damit ist ganz klar. Zusammenfassend der Weg ist noch ein langer und ich hoffe, Du kannst Deine Kolleginnen und Kollegen, die zuständig sind in den anderen Bundesländern, auch davon überzeugen, dass das der richtige Weg in die Zukunft wäre.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Wir kommen zur letzten

5.9 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Mete BA MA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend gemeinnützige Arbeit von Asylwerber und Asylwerberinnen

Bitteschön!

Abg. Mag. Mete BA MA: Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin Berthold, liebe Martina!

Der Salzburger Landtag hat am 3. Juni 2015 einen Antrag der Abgeordneten Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Flüchtlinge und Asylwerber, Nr. 941 der Beilagen, in abgeänderter Form mehrstimmig beschlossen, in dem es unter anderem heißt: „Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, ihre Bemühungen dahingehend fortzusetzen, die Gemeinden im Bundesland sowie die verschiedenen Dienststellen des Landes Salzburgs zu Angeboten an gemeinnütziger Beschäftigung von Asylwerbern und Asylwerberinnen anzuhalten, um deren gemeinnützige Beschäftigung landesweit zu forcieren.“

Ich stelle dazu gemäß der Geschäftsordnung folgende mündliche Anfrage: Welche Dienststellen des Landes Salzburgs wurden bisher zu Angeboten an gemeinnütziger Beschäftigung von Asylwerbern und Asylwerberinnen angehalten und mit welchem Ergebnis? Die Unterfragen ergeben sich aus der Beantwortung der Hauptfrage.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, lieber Tarek!

Ich muss Dir sagen, dass ich nicht ressortzuständig bin für die Personalangelegenheiten des Landes Salzburg. Das ist Personallandesrat Sepp Schwaiger. Ich kann Dir aber dennoch erzählen, was mein Beitrag dabei war. Als Integrationslandesrätin ist es mir natürlich wichtig, dass das Land auch von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, gemeinnützige Beschäftigung anzubieten. Ich habe in vielen Gesprächen mit unterschiedlichen Dienststellenleitern darauf hingewiesen, dass sie bitte diese Möglichkeit nutzen. Es gibt jetzt ein konkretes Interesse vom Bereich der öffentlichen Bibliotheken und Bildungsmedien. Das liegt in meinem Ressort, es hat schon Gespräche mit der Personalabteilung gegeben und es gab im Februar diesen Jahres eine Abstimmung zwischen Personalabteilung und Grundversorgungsreferat, um zu schauen, wie das Prozedere geklärt werden kann. Es gibt jetzt auf Initiative von Landesrat Schwaiger Saisonbeschäftigungen im Landesforstgarten. Da sind Asylwerbende eingestellt, und es gab jetzt schon zwei Saisonen hindurch Beschäftigungsmöglichkeit im Nationalpark. Auch da sind Asylwerber aus dem Pinzgau eingestellt.

Weitere Pläne oder Dienststellen, die jetzt schon Interesse gezeigt haben, sind bitte beim zuständigen Landesrat Sepp Schwaiger abzufragen, aber ich werde dabei bleiben, dieses Thema in allen Gesprächen einzubringen, zu forcieren, weil wir da die Möglichkeiten, die wir als Land Salzburg haben, noch bei weitem nicht ausschöpfen. Da geht noch etwas und ich freue mich, wenn da Aktivitäten gezeigt werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter bitte!

Abg. Mag. Mete BA MA: Ich freue mich auch, wenn es in diesem Bereich Fortschritte gibt, jedoch sehe ich schon die Zuständigkeit auch bei der Integrationslandesrätin, wenn es darum geht, wie auch im Antrag geschildert, die Gemeinden auch in diesem Bezug aufzuklären und zu motivieren. Gibt es auch in Bezug auf die Gemeinden derartige Vorstöße?

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Beim Thema der Gemeinden bin ich zuständig in der Information. Es hat im letzten Dreivierteljahr dreimal intensive Informationen an alle Gemeinden gegeben, wo ich sie aufgerufen habe "bitte nützt die Gelegenheit", wo wir den Gemeinden die ganzen Informationsblätter, die Handlungsanweisung wie geht denn das geschickt haben. Gleichzeitig habe ich in meiner Verantwortung für die Erwachsenenbildung und für das Salzburger Bildungswerk den Bereich der Gemeindeentwicklung beauftragt, die Gemeinden zu unterstützen beim Bereich der gemeinnützigen Beschäftigung, um da etwas voranzutreiben. Alexander Glas als Mitarbeiter ist im Flachgau sehr intensiv unterwegs.

Zusätzlich haben wir bei dem Thema der Arbeitsmarktintegration in den Gesprächen mit dem Arbeitsmarktservice darauf hingewiesen, dass sie da bitte die Prüfung, die gemacht wird, möglichst weit auslegen, damit wir wirklich viele gemeinnützige Beschäftigungen in

Gemeinden anbieten können. Es gibt die unterschiedlichsten Gemeinden, und das ist wieder die Aufgabe der Gemeinden als Dienstgeber, das in der einen oder anderen Form nutzen. Neumarkt beschäftigt schon sehr lange Schülerinnen- und SchülerlotsInnen, die Stadt Salzburg ist sehr aktiv. In Radstadt hat es einige Beschäftigungen gegeben. Bei den Gesprächen mit den Bürgermeistern oder auch mit den Quartiersbetreibern weise ich immer wieder darauf hin, bitte nützt auch diese Gelegenheit. Letzte Woche war ich in Saalfelden und habe den Bürgermeister Rohrmoser noch einmal informiert von dieser Möglichkeit. Da lasse ich keine Gelegenheit aus, um zu informieren.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

Abg. Mag. Mete BA MA: Ich sehe auch das Land in der Verantwortung natürlich als Vorbild voranzuschreiten und, sei es bei den Dienststellen als auch bei den Gemeinden, da als gutes Vorbild voranzugehen. Du hast auch das Beispiel der Stadt Salzburg als positiv hervorgehoben. So sehe ich das nämlich auch, weil diese Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, damit auch diese Menschen, auch wenn es für einen kurzen Zeitraum ist, einfach eine Möglichkeit haben, sich einzubringen, sich gemeinnützig zu betätigen. Daher erachte ich es für sehr sinnvoll, würde es aber auch sehr gut empfinden und dahingehend werde ich auch eine weitere Anfrage stellen, wie das in absoluten Zahlen dann aussieht. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herzlichen Dank. Damit sind alle mündlichen Anfragen beantwortet. Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause und wir treffen uns um 14:00 Uhr im Ausschuss. Mahlzeit!

(Unterbrechung der Sitzung von 13:00 bis 17:32 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen unsere Sitzung fort. Wir freuen uns, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, obgleich eigentlich entschuldigt, nunmehr unserer Sitzung wieder beiwohnt, weil er schneller von seinem Termin zurück ist.

Ich rufe auf

Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Wie immer werde ich zuerst die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen, also ich werde sie verlesen zuerst und dann werden wir sie gemeinsam

abstimmen. Sollte zu einem einstimmig verabschiedeten Antrag Debatte gewünscht werden, so ersuche ich um ein rechtzeitiges Zeichen mit der Hand.

Einstimmig verabschiedet wurden

7.1 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Bericht der Landesregierung über den Stand der Raumordnung im Land Salzburg (7. Salzburger Raumordnungsbericht 2011 - 2014)

(Nr. 239 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

7.4 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Anhebung des Anteiles an biologischen und regionalen Lebensmitteln in Landesküchen

(Nr. 242 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

7.7 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer, Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die Ablehnung von Maßnahmen zur Abschaffung des Bargeldes in Österreich

(Nr. 245 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.8 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Nachbesetzung des oder der Gleichbehandlungsbeauftragten

(Nr. 246 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

7.9 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Scheinast und Hofbauer betreffend eine Erhebung der touristischen Wertschöpfung im Land Salzburg

(Nr. 247 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

7.11 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser betreffend den verpflichtenden Einbau von Freisprechanlagen in mehrspurige KFZ bei Neuzulassung ab 1. Jänner 2018

(Nr. 249 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

7.12 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend Leistungen für beeinträchtigte Menschen in Österreich

(Nr. 250 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

7.13 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Verbot von zuckerhaltigen Getränken an Salzburger Schulen

(Nr. 251 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

7.14 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Scheinast und Fuchs betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches der Richtlinien im Wohnbau

(Nr. 252 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

7.17 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc, Klubobmann Schwaighofer, Essl, Klubobmann Naderer und Konrad MBA zur Umsetzung von Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Vorbereitung neuer Mittel der Teilhabe, Mitbestimmung und direkten Demokratie für Salzburgs Bürgerinnen und Bürger betreffend die Einführung des Instruments Bürgerinnen- und Bürgerrat nach Vorarlberger Vorbild

(Nr. 255 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

7.18 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Landeslehrerpensionen

(Nr. 256 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

7.19 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer; Follow-up-Überprüfung; System der Lebensmittelsicherheit in Salzburg; Follow-up-Überprüfung; Verleih von Sammlungsgut durch Landesmuseen in der Residenzgalerie Salzburg GmbH und den Museen der Stadt Wien; Follow-up-Überprüfung

(Nr. 257 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

7.20 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen und Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H.

(Nr. 258 der Beilagen Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

7.21 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2014; Internationales;

(Nr. 259 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.22 **Bericht** des Petitionsausschusses zur Petition betreffend „Gegen Wettbüros - jedes weniger ein Gewinn“ (Nr. 260 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)

7.23 **Bericht** des Petitionsausschusses zur Petition betreffend „Nein“ zum illegalen Straßenstrich in Schallmoos (Nr. 261 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

7.27 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend baurechtliche Vorsorge gegen widmungswidrige Nutzung von Bauten

(Nr. 289 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich wiederhole. Einstimmig verabschiedet wurden 7.1, 7.4, 7.7, 7.8, 7.9, 7.11, 7.12, 7.13, 7.14, 7.17, 7.18, 7.19, 7.20, 7.21, 7.22, 7.23 und 7.27. Wer mit der Verabschiedung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Alle Tops gegen Helmut Naderer. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Team Stronach!)

... Team Stronach. Du bist als Persönlichkeit auch anwesend. Gegen die Stimme von Helmut Naderer, Team Stronach Salzburg und stelle hiermit die Annahme fest.

Wir setzen mit der Abstimmung fort. Top

7.2 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die familienhafte Mitarbeit in Familienbetrieben

(Nr. 240 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, FPÖ und Abgeordneter Konrad gegen die Stimme SPÖ und Debatte ÖVP wäre angemeldet.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Die Debatte ist zurückgezogen.

Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das sind Grüne, FPÖ, Otto Konrad, Fürhapter, Steiner-Wieser und ÖVP gegen die Stimme von SPÖ und Helmut Naderer, Team Stronach Salzburg.

Auch zu Top 7.3 wurde Debatte ÖVP angemeldet.

7.3 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend notärztliche Versorgung in peripheren Regionen im Bundesland Salzburg

(Nr. 241 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Ebenfalls zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen.

Wir kommen zur Abstimmung. Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen SPÖ, FPÖ und Abgeordnete Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, Kollegin Fürhapter und Kollege Konrad gegen die Stimmen von SPÖ, FPÖ, Steiner-Wieser und Helmut Naderer, Team Stronach Salzburg. Danke.

Wir kommen zur Abstimmung Top

7.5 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung des Salzburger Mindestsicherungsgesetzes
(Nr. 243 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad und Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von FPÖ, Steiner-Wieser und Helmut Naderer, Team Stronach.

7.6 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Vermeidung von Binnen-I und geschlechtertrennendem / im dienstlichen und amtlichen Sprachgebrauch
(Nr. 244 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der FPÖ. Wer für die Annahme ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen FPÖ, Steiner-Wieser und Helmut Naderer, Team Stronach.

Wir kommen zur Abstimmung Top

7.10 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung einer 80 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung ausschließlich für Lastkraftfahrzeuge auf der Westautobahn zwischen Salzburg Nord und dem Knoten Salzburg
(Nr. 248 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Diⁱⁿ Lindner)

Hier wurde Debatte angemeldet. Bitte, Kollege Wiedermann, Du hast das Wort.

Abg. Wiedermann: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Wie heute schon angekündigt, bringen wir den Antrag 173 der Beilagen ein. Der Antrag lautet der Salzburger Landtag wolle beschließen der Antrag 173 der Beilagen 4. Session wird gemäß § 57 Abs. 3 Geschäftsordnung Landtag an den Ausschuss zurückverwiesen. Ich darf mich mit ein paar Sätzen noch zu Wort melden. .

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Wenn es unbedingt sein muss!)

... Ich möchte bei dieser Gelegenheit jetzt schon unserem Herrn Verkehrslandesrat zu seiner Beförderung zum Verkehrsminister gratulieren. Nachdem er angekündigt hat er wird auf der Autobahn in diesem Bereich eine 60 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung für LKW

erlassen. Das ist, glaube ich, eine Maßnahme, die eigentlich nur der Bundesminister für Verkehr vornehmen kann.

Zum Zweiten, Herr Landesrat, die vorgelegten Zahlen über die Landesstatistik bzw. jene, die Sie jetzt in den Medien kolportiert haben, das kann ich Ihnen jetzt schon ankündigen, die werden wir widerlegen, weil sie inhaltlich zum Teil nicht richtig sind und wesentliche Daten aus den Rohdaten der Polizei nicht übernommen wurden Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nichts Neues in dieser Regierung!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Sie haben den Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss gehört. Er ist ordnungsgemäß unterschrieben. Nach unserer Geschäftsordnung haben wir nach Abschluss der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt darüber abzustimmen. Die Debatte haben wir abgeschlossen.

Daher stimmen wir nunmehr über den Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmig. Gegenprobe! Damit ist dieser Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss einstimmig angenommen worden.

Wir setzen mit der Abstimmung fort und kommen nunmehr zu Top

7.15 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Erhöhung des Schonvermögens

(Nr. 253 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der FPÖ. FPÖ hat Debatte angemeldet.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Danke Frau Präsidentin!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen. Wer mit der Annahme des Berichtes einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, SPÖ, Otto Konrad und Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen der FPÖ, Marlies Steiner-Wieser, Helmut Naderer, Team Stronach.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung von Top

7.16 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Neuevaluierung des Bundesheer-Strukturpakets 2018 im Bundesland Salzburg

(Nr. 254 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

Hier gab es eine punktweise Abstimmung. Punkt eins und vier wurden einstimmig angenommen. Punkt zwei und drei ÖVP, SPÖ, FPÖ, Steiner-Wieser und Fürhapter gegen die Stimmen der Grünen.

Ich bringe nunmehr Punkt eins und vier zur Abstimmung. Wer für die Annahme ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Gegen die Stimme von Helmut Naderer, Team Stronach.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung von Top zwei und drei. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, FPÖ, Steiner-Wieser, Gabi Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen der Grünen und Helmut Naderer, Team Stronach.

Es ist alles abgestimmt, eins und vier und zwei und drei. Dieser Punkt ist abgeschlossen. Wir kommen nunmehr zu Top

7.24 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung

(Nr. 286 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen FPÖ. Wer für die Annahme ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabi Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen der FPÖ und Helmut Naderer, Team Stronach und Steiner-Wieser auch dagegen.

7.25 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, HR Dr. Schöchel und Ing. Sampl betreffend die Änderung der EU-Richtlinie RL 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen

(Nr. 287 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

Hier wurde auch punktmäßig abgestimmt. Die Punkte 1.1 und 1.2 wurden einstimmig verabschiedet. Punkt 1.3, 2 und 3 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, der Abgeordneten Fürhapter und Steiner-Wieser gegen die Stimmen der SPÖ und der Grünen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung von Punkt 1.1 und 1.2. Wer für die Annahme ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Gegen Helmut Naderer, Team Stronach.

Wir kommen zu Punkt 1.3, 2 und 3. Wer für die Annahme ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, FPÖ, Steiner-Wieser, Gabi Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen SPÖ, Grüne und Helmut Naderer.

Wir kommen nunmehr zu Top

7.26 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Mag. Schmidlechner, Riezler-Kainzner und Mag. Mete BA MA betreffend Unterstützung der Salzburger Schulen für eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen

(Nr. 288 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ und Otto Konrad gegen Steiner-Wieser. Wer für die Annahme ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne - Bitte noch einmal die Handzeichen für die Annahme. ÖVP, Grüne, SPÖ, FPÖ, Otto Konrad, Gabi Fürhapter gegen die Stimme von Steiner-Wieser und Helmut Naderer, Team Stronach.

Damit haben wir unsere Abstimmungen Top sieben beendet.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Hier wurden zu einigen Punkten Debatten angemeldet.

8.1 - FPÖ!

8.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 62-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend geförderte Wohnungen für Fremde (Nr. 62-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.2 - FPÖ!

8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 78-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrat Mayr, Landesrätin

Mag.^a Berthold MBA, Landesrat DI Dr. Schwaiger und Landesrat Dr. Schellhorn, betreffend die Vergabe von Freikarten durch das Land
(Nr. 78-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.4 - FPÖ!

8.4 **Anfrage** der Abg. Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 103-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat Mayr - betreffend die Harmonisierung der Bautechnikvorschriften
(Nr. 103-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.5 - Grüne!

8.5 **Dringliche Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 105-ANF der Beilagen) betreffend Druck für Sozialvereine
(Nr. 105-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.7 - Grüne!

8.7 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung (Nr. 110-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Ehrenzeichen des Landes Salzburg
(Nr. 110-BEA der Beilagen)

Bitte, Du hast das Wort!

Abg. Hofbauer: Es geht um eine Anfragebeantwortung betreffend "Ehrenzeichen des Landes Salzburg". Hier wurde in der Beantwortung darauf verwiesen, dass es eine interne Liste der geehrten Personen seit 1966 gibt und dass aber nicht mehr ganz nachvollziehbar ist, ob im Laufe der Zeit alle Personen veröffentlicht wurden und dass deswegen Bedenken bestünden, diese Personen, also diese Liste zu veröffentlichen. Es wurde ebenfalls darauf verwiesen, dass seit geraumer Zeit ohnehin die Personen, die geehrt wurden, in der Landeskorespondenz genannt wurden. Da würde ich darum bitten, dass man zumindest die Personen, die zweifelsfrei ohnehin in der Landeskorespondenz genannt wurden, dass man zumindest die Liste der Personen bereits jetzt veröffentlicht.

Dann würde ich zweitens darum bitten, weil ausgeführt wurde es gäbe da datenschutzrechtliche Bedenken, das nochmals zu prüfen, weil ich darf auf das Land Oberösterreich verweisen, wo alle Personen, die Ehrungen der diversen Art des Landes Oberösterreich bekommen haben, alle im Internet sind und ich denke was in Oberösterreich transparentmäßig möglich sein soll, sollte auch in Salzburg möglich sein. Vielen Dank.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Es wurde zu Top 8.8 Debatte FPÖ angemeldet.

8.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Rothenwänder, Steiner BA MA, Essl und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 111-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.in Rössler - betreffend die Meldung von Natura-2000-Gebieten an die EU-Kommission (Nr. 111-BEA der Beilagen)

Abg. Essl: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.13 - ÖVP!

8.13 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 125-ANF der Beilagen) betreffend Suspendierungen und Erledigung der Suspendierungen (Nr. 125-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.15 - FPÖ!

8.15 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 133-ANF der Beilagen) betreffend Haftungen des Landes Salzburg (Nr. 133-BEA der Beilagen)

Abg. Essl: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir keine weiteren Wortmeldungen und Debattenbeiträge.

8.3 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 102-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend VWAK/SMBS (Nr. 102-BEA der Beilagen)

8.6 **Anfrage** der Abg. Obermoser, Ing. Sampl und Ing. Schnitzhofer an die Landesregierung (Nr. 106-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Versicherung von freiwilligen Helfern (Nr. 106-BEA der Beilagen)

8.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 113-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Jänner 2016 (Nr. 113-BEA der Beilagen)

8.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 114-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Dezember 2015 (Nr. 114-BEA der Beilagen)

8.11 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 116-ANF der Beilagen) betreffend den Modellstandort bzw. die Modellregion für die „Gemeinsame Schule der zehn bis 14-Jährigen“ (Nr. 116-BEA der Beilagen)

8.12 **Anfrage** der Abg. HR Dr. Schöchel und Mag. Scharfetter an Landesrat Mayr (Nr. 122-ANF der Beilagen) betreffend die Sanierung des Gigerach-Tunnels (Nr. 122-BEA der Beilagen)

8.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 126-ANF der Beilagen) betreffend das tatsächliche Pensionsantrittsalter von Beamten und Vertragsbediensteten des Landes Salzburg in den Jahren 2011 bis 2015 (Nr. 126-BEA der Beilagen)

8.16 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 108-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Eltern-/Familienberatung (Nr. 108-BEA der Beilagen)

8.17 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 109-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Ausschreibung der Gebäudereinigung in der Landesklinik und psychischen Reha St. Veit (Nr. 109-BEA der Beilagen)

8.18 **Anfrage** der Abg. HR Dr. Schöchler und Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 117-ANF der Beilagen) betreffend die Liberalisierung der Müllentsorgung (Nr. 117-BEA der Beilagen)

8.19 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 120-ANF der Beilagen) betreffend Hygiene- und Reinigungsstandards in den SALK (Nr. 120-BEA der Beilagen)

8.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 121-ANF der Beilagen) betreffend die mögliche Einführung von Ambulanzgebühren (Nr. 121-BEA der Beilagen)

8.21 **Anfrage** der Abg. Konrad und Fürhapter an Landesrat Mayr (Nr. 123-ANF der Beilagen) betreffend den Salzburger Fairness-Katalog (Nr. 123-BEA der Beilagen)

8.22 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 128-ANF der Beilagen) betreffend eine mögliche Subventionierung von Asylbewerberschutzmaßnahmen (Nr. 128-BEA der Beilagen)

Als letzten Top rufe ich auf

Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Zu

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2014 betreffend ein Gesamtkonzept für die Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen (Nr. 262 der Beilagen)

haben die Grünen eine Debatte angemeldet. Darf ich jemandem das Wort erteilen?

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zurückgezogen! Danke.

Damit haben wir unsere Tagesordnung abgearbeitet. Ich bedanke mich für die Debattenbeiträge. Ich schließe die Sitzung berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 27. April 2016, 9:00 Uhr, ein. Einen schönen Abend und auch eine gute, erholsame, gesegnete Osterzeit.

(Ende der Sitzung: 17:52 Uhr)

- . - . - . - . - . -

Dieses Protokoll wurde
am **27. April 2016**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in: